

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dietrichs 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 25 Pf, frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interims-Gebühr
Betragt für die sechsgespaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf, für
politische und gemeinschaftliche Berichts-
und Berathungs-Artikeln 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Schnapsblock
als Anti-Wahlrechtsblock.

In der „Nationalzeitung“ war behauptet worden, der
Kaiser werde sich bei der Ernennung des neuen Reichskanzlers
in hohem Maße von der Absicht beeinflussen lassen, das in
der Thronrede gegebene Versprechen der preussischen
Wahlreform möglichst bald einlösen zu lassen.

Diese Auslassung des Zentrumsblattes beweist nichts
Geringeres, als daß der Schnaps- und Anti-Beamtenblock
in Preußen auch die Rolle des Antiwahlrechtsblocks
zu spielen gedenkt!

Das Spiel besteht darin, daß das Zentrum zwar an-
genehmlich für ein demokratisches Wahlrecht eintritt, aber durch
seine Gegnerschaft gegen eine Neueinteilung der
Wahlkreise von vornherein jede Reform ver-
eitelte!

Das Zentrum kündigt also mit zynischer Offenheit an, daß
es der Wahlreform Knüttel zwischen die Beine werfen will!

Natürlich! Es will keinen Nichten in die Harmonie des
neuen Mords bringen! Und in der Wahlrechtsfrage ver-
stehen die Junker noch weniger Spaß als in der Frage
der Erbschaftsteuer.

der Dummheit zieh, weil auch er seinerzeit für die
Schaffung zehn neuer Wahlkreise gestimmt habe. Daß er
von der Wahlreform prophezeite, sie werde fort-
schwemmen die Grundpfeiler des Staates, und die Throne
würden tragen und aus der Flut werde auferstehen
der Einheitsstaat, der nur eine Etappe sei
auf dem Wege zur deutschen Republik.

Kein Zweifel, daß die leitenden konservativen Kreise noch
ganz genauso denken, wie damals im Februar
dieses Jahres! Kein Zweifel, daß sie und die Genossen
ihrer reaktionären Schmach, die Zentrumsparthei, alles auf-
bieten werden, um eine Wahlreform zu verhindern, die der
junkerlich-psaffischen Ausplünderungs- und Verdummungs-
politik irgendwie gefährlich werden könnte!

Sich diese Widerstände und Intrigen des Schnaps-
blocks gegen das Wahlrecht vergegenwärtigen, heißt freilich
nur, die Massen zum schärfsten Kampf für ein
gleiches Wahlrecht aufrufen! Wenn in freijüngigen
Blättern davon die Rede ist, daß es der Wahlrechtsfeindschaft
des Schnapsblocks gegenüber am Plage sei, immer
und immer wieder an das Wahlrechtsversprechen Wil-
helms II. zu erinnern, immer wieder darzutun,
daß die Gegnerschaft des Schnapsblocks gegen die Wahl-
reform nichts weiter sei, als eine Durchkreuzung der
Absichten des Kaisers selbst, so mag diese Taktik dem Libe-
ralismus ja würdig und erfolgversprechend erscheinen.

Die Soldaten müssen's büßen!

Die Beamtenbesoldungskommission des Reichstags und das
Plenum unserer Parlaments haben es in der Tat fertig gebracht,
bei der allgemeinen Aufbesserung der Gehälter die Soldaten leer
ausgehen zu lassen.

Das Reich ist in der Lage, den Schnapsbrennern 45 Millionen
Mark in die Taschen zu schieben, das Reich ist aber nicht in der
Lage, den Söhnen des Volkes, die, einem Zwange gehorchend,
den bunten Rod tragen, pro Tag acht Pfennig mehr zu geben!

Daß die Erhöhung der Löhnung der Soldaten über-
haupt in den Kreis der Erörterungen ge-
zogen wurde, ist das Verdienst der Sozialdemokraten.

Die Vertreter unserer Fraktion in der Budget-
kommission haben im vorigen Jahre den Antrag gestellt,
die Löhnung der Soldaten um zehn Pfennig pro Tag zu
erhöhen. Dieser Antrag rief nicht geringe Verlegenheit in der
Kommission hervor.

Als die Besoldungsvorlage dem Reichstage zugegangen war,
wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß die Aufbesserung der Mannschaften
durch eine besondere Vorlage geregelt werden sollte, und zwar sollte
die Löhnung pro Mann und Tag um acht Pfennig erhöht werden.

Als die Besoldungsvorlage dem Reichstage zugegangen war,
wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß die Aufbesserung der Mannschaften
durch eine besondere Vorlage geregelt werden sollte, und zwar sollte
die Löhnung pro Mann und Tag um acht Pfennig erhöht werden.

Als die Besoldungsvorlage dem Reichstage zugegangen war,
wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß die Aufbesserung der Mannschaften
durch eine besondere Vorlage geregelt werden sollte, und zwar sollte
die Löhnung pro Mann und Tag um acht Pfennig erhöht werden.

Und doch ist es anders gekommen. Die Kommission des Reichs-
tages, die die Besoldungsvorlage durchzubringen hatte, ist über die
Vorschläge der Regierung bei einigen Propositionen hinausgegangen,
so daß die Regierung die Vorlage für unannehmbar erklärte.

Die Aufbesserung der Mannschaften hätte 13 1/2 Millionen Mark
erfordert, an der Aufbesserung der Beamten fehlten aber 14 Millionen
Mark, und so half man sich einfach damit, daß man die Aufbesserung
der Mannschaften strich! Die Soldaten müssen auch weiterhin
sehen, wie sie mit 2 Pfennig pro Tag auskommen! Man erklärte,
die Soldaten hätten eine Aufbesserung nicht nötig, denn
Kleidung, Wohnung und Verpflegung werde ihnen gewährt, so daß
sie von der allgemeinen Verteuerung dieser Dinge nicht betroffen
würden.

Bei den höheren Beamten getraute man sich keine Ab-
striche zu machen, denn sie kommen als Wähler in Betracht.
Anders die Soldaten. Sie dürfen sich nicht rühren, sie haben kein
Petitionsrecht, sie müssen es sich ruhig gefallen lassen, daß man
ihnen noch obendrein die notwendigesten Genußmittel verteuert.
Gerade sie sind zum Objekt des Uebermutes der besitzenden Klassen
gemacht worden, die nach oben mit vollen Händen geben,
und wenn es sich um die Soldaten handelt, dann kaltblütig
erklären, es stehen weitere Mittel nicht mehr zur Verfügung!

Wer gehört zum Schnapsblock?

Die treffende, wenn auch vom Präsidenten des Reichs-
tags erklärlicherweise beanstandete Bezeichnung Schnapsblock
für die neue Mehrheit hat, seitdem sie vor wenigen Tagen
durch einen aus den Reihen unserer Genossen gemachten Ju-
ruf geprägt wurde, bereits politischen Kurswert erlangt.

Die Abstimmungsliste zeigt, daß die Abgeordneten
Beder-Arnsherg, Schiffer, Schirmer und Wiede-
berg sich der Abstimmung enthalten haben. Das ist
natürlich kein Protest gegen die Liebesgabe an die
großen Schnapsbrenner, dazu fehlt es den Leuten
den Zentrumsdrahtziehern gegenüber an dem erforderlichen
Mut.

Von besonderem Interesse ist auch, wie der Schnapsblock,
der ja mit dem Steuerblock überhaupt identisch ist und die
volle Verantwortung für alle die beschlossenen neuen Steuern
zu tragen hat, sich auf die einzelnen Provinzen und Staaten
verteilt. Das Bild ist folgendes:

Table with 3 columns: Provinz, Anzahl Abgeordneter, Stimmen für das Schnapsgesetz (mit Ja, mit Nein). Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien, Sachsen, Provinz, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Kassau.

Hebertrag	Für das Schnapsgefez stimmen mit Ja		mit Nein	
	Zahl der Abgeordneten	108	71	
Rheinland mit Hohenzollern	38	19	9	
Bayern	48	34	8	
Sachsen	23	6	14	
Württemberg	17	7	10	
Baden	14	9	4	
Hessen	9	3	8	
Weide Mecklenburg	7	4	8	
Meimar	3	3	—	
Oldenburg	3	1	2	
Franken	3	2	1	
Meiningen	2	—	2	
Regensburg-Gotha	2	1	—	
Altenburg	1	—	—	
Anhalt	2	—	2	
Die übrigen thüringischen Staaten mit Lippe	7	1	6	
Freien Städte	5	—	5	
Elb-Lothringen	15	6	2	
	897	206	142	

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, hat der Schnapsblock seine Hauptstütze in Ostelbien, aber die Junker würden nicht einmal die Mehrheit in Preußen haben, wenn nicht die katholischen Agrarier und selbst zahlreiche Vertreter industrieller hochentwickelter Kreise des Rheinlands zu ihnen gestoßen wären. Der Hauptreaktionsherd liegt neben Ostelbien, wie die Tabelle deutlich zeigt, aber in Bayern. Bayern hat 48 Reichstagswahlkreise, davon hat das Zentrum, das in Bayern die rückständigsten agrarischen Anschauungen vertritt, nicht weniger als 34 im Besitz. Dann sind zum Teil mit seiner Hilfe noch drei Konervative, zwei Bauernbündler — darunter der bekannte Ostelbier Röske — und ein Antisemit gewählt. Von den noch verbleibenden acht Sitzen haben drei die Sozialdemokraten, drei die Nationalliberalen und zwei die Freisinnigen inne. Auch das demokratische Württemberg stellt sieben Abgeordnete zum Schnapsblock und das liberale Musterlande Baden von vierzehn Abgeordneten sogar neun für die vom Reichstag beschlossene volksausbeuterische Steuerpolitik! Aus den fünf süddeutschen Staaten stimmten 69 Abgeordnete für und nur 37 gegen das Branntweinsteuergesetz mit der darin enthaltenen Liebesgabe. Von den preussischen Abgeordneten stimmten 127 für und 80 gegen das Gesetz.

Was hier vom Branntwein gesagt ist, gilt in vollem Umfange auch von allen übrigen neuen Steuergefezen. Die Abstimmungsliste war immer die gleiche, nur daß hier und da aus wahltaktischen Gründen einmal einer aus der Reihe tanzte. Auch die soziale Zusammensetzung blieb bei allen Abstimmungen immer die gleiche, wie bei der Erbschaftsteuer, nur daß bei den übrigen Steuern noch die Reichspartei hinzugefügt ist. Dieselbe besteht ihrer sozialen Gliederung nach aus 10 Rittergutsbesitzern und Domänenpächtern, 8 Staats- und Kommunalbeamten, 2 Fabrikbesitzern, 1 Arzt und 1 Rentner. Zählt man diese noch zu den Gegnern der Erbschaftsteuer hinzu, so besteht der Steuerblock, welcher obendrein in der schweren Wirtschaftskrise der großen Masse 400 Millionen Mark indirekter Steuern auferlegte, aus 46 Rittergutsbesitzern und Domänenpächtern, 42 Gutsbesitzern, 22 Geistlichen, 20 Richtern, 20 Beamten usw.

Aus den Geheimnissen der russischen Polizei.

Paris, 11. Juli. (Fig. Ver.) Burzew beginnt heute im „Matin“ eine Artikelserie über die Organisation und über die leitenden Persönlichkeiten der russischen Polizei in Paris. In der Einleitung legt er dar, daß Harting-Landesen auf dem besten Weg war, Chef der sogenannten „Spezialsektion“ zu werden, die die offiziell ausgeschobene berechtigte „dritte Sektion“ vollauf ersetzt hat. Die ganze Organisation dieser Sektion ist in das tiefste Geheimnis gehüllt. Ihre Beamten müssen sogar ihre Namen verheimlichen. Sie können sich auch nach beliebigen Ausweispapieren auf irgendeinen Namen verschaffen. Nicht einmal der Direktor des Polizeidepartements, dem diese Abteilung formell untersteht, ist insdane, in ihre Geheimnisse einzudringen, wie der Fall Lopuchin beweist. Der Spezialsektion ist nun die Pariser russische Polizei zugeteilt. Ihr eigentlicher Organisator war Raschlowsky. Auch er hatte als Lodpichel begonnen, indem er für freizeitleiche Blätter schrieb und sich so Eingang in die Kreise der radikalsten Literaten verschaffte. Er knüpfte Verbindungen mit politischen Deportierten an und zur selben Zeit, als er die Behörde in die Lage versetzte, ihr Los zu verschlechtern, schrieb er eine Artikelserie, worin er die öffentliche Meinung zum Kampf gegen das Schreckensregime der Deportation aufrief. Er wurde schließlich durch den berühmten Revolutionär Melotzky-Low demaschiert, der sich in die dritte Sektion einschlich und seine fälschlichen Unternehmen mit dem Leben bezahlte. Raschlowsky ging über die Grenze und ließ sich, nach Fahrten durch ganz Europa, 1884 in Paris nieder, wo er schon fünf Jahre später Chef der Geheimpolizei war. Er war der Instruktor Landesens und organisierte mit diesem die Bombenaffäre von 1890. 1893 folgten dann Bombenattentate in Belgien, wobei Jagollowsky, genannt Baron Ungern-Sternberg, sein Gehilfe war. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch Landesen seine Hand im Spiele hatte. Die Attentate forderten mehrere Opfer, die den Revolutionären zur Last gelegt wurden und Verfolgungen gegen sie heraufbeschworen. Raschlowsky erlangte sich in Paris eine glänzende Situation. Er wurde überall empfangen und exiliert sogar eine Photographie von ihm, worauf er zwischen zwei Ministern der Republik zu sehen ist. 1903 berief ihn Bichwe, der über einige von ihm begangene Indiskretionen verstimmt war, von seinem Posten ab. Es war gerade im Augenblick, wo sich das intime Band zwischen Raschlowsky und Agew geknüpft hatte. Raschlowsky ging nach Warschau und wartete den Tag ab, wo man von neuem an seine Dienste appellieren würde. Der Tag kam bald — nach der Tötung Plehwe's, die wohl von Revolutionären ausgeführt, aber von Agew organisiert worden war. Raschlowsky wurde Direktor der Spezialsektion und tatsächlich Chef der ganzen russischen Polizei. Er organisierte nun die Propaganda auf erweiterter Stufenleiter. Man erinnert sich noch der Enthüllung des Fürsten Urussow, des Schwiegersohns Lopuchins, über die im Polizeidepartement eingerichtete Druckerei der schwarzen Hundertschaften, deren

* Die Abgeordneten, welche gefehlt oder sich der Stimmabgabe enthalten haben, sind der Einfachheit halber hier nicht mit aufgeführt.

Profanationen zur Ermordung der Intellektuellen, der Juden und — des damaligen Ministerpräsidenten Witte aufforderten. Diese Enthüllung kostete ihn allerdings seinen Posten. Er zog sich von seinen offiziellen Funktionen zurück, aber er blieb tatsächlich im Besitz der Macht. Gegenwärtig befindet er sich in Sardische Selo, am Hofe, wo er großes Ansehen und die besondere Verehrung des Zaren genießt.

Der Nachfolger Raschlowsky's in Paris war Ratajew. Von seinem Vorleben ist wenig bekannt. In Paris aber zeigte er sich bald als Meister in seinem Fach. Agew war sein bedeutendster Gehilfe. Aber Harting-Landesen, der zu dieser Zeit Chef der russischen Geheimpolizei in Berlin war, ströbte nach dem Pariser Posten und Ratajew wurde bald abberufen, um ihm Platz zu machen. Er wurde zur Entschädigung für kurze Zeit zum Chef der Spezialsektion ernannt, aber bald mit 15 000 Franks pensioniert. Er lebt in Paris. Er hat auch nach seiner Pensionierung eine gewisse Rolle gespielt. So hat ihn Stolypin kommen lassen, um über die Polizeiarriere Agew's Bericht zu erstatten. Mit Ratajew's Abgang beginnt die Ära Harting's. Von diesem berichtet Burzew, daß er die Organisation „terroristischer“ Attentate im Ausland zuließ, unter der Bedingung, daß sich seine Agenten dabei vor der Festnahme schützten.

Burzew hat aus sicherer Quelle erfahren, daß sich die durch seine Enthüllungen erschreckte russische Polizei mit dem Plan seiner Ermordung getragen hat. Eine darauf bezügliche Korrespondenz eines seiner der Czarna angehörenden Freunde wird durch andere Mitteilungen bestätigt. Burzew, der übrigens nicht glaubt, daß die Polizei einen solchen Streich in Paris wagen werde, ist in der Lage, den genauen Wortlaut eines Gespräches mitzuteilen, das einer der höchsten Petersburger Polizeifunktionäre in der Zeit, da Burzew sich erboten hatte, als Zeuge im Prozeß Lopuchin aufzutreten, mit einem Vertreter der Auslandspolizei geführt hat. Das Gespräch lautete: Was sollen wir mit Burzew machen? Es bleibt uns nichts übrig als ihn zu töten. Und die Antwort lautete: Sagen Sie genau, was Sie wollen. Wenn Sie ihn töten lassen wollen, ist es selbst mitten in Paris möglich. Die Sache kostet nur 100 Rubel. Der erste Sprecher wogte es nicht, mit einem direkten Ja zu antworten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli 1909.

Die Beamtenbesoldung.

Aus dem Reichstage, 12. Juli. Die Vorlage wegen der Beamtenbesoldung kam heute zur zweiten Lesung vor das Plenum, nachdem der zweibändige Kommissionsbericht am selben Morgen erst den Mitgliedern zugegangen war! Daß dabei von einer eingehenden Beratung nicht die Rede sein konnte, liegt auf der Hand. Daß wollte aber die Mehrheit auch gar nicht. Sie schloß bereits, nachdem ein Mitglied für jede Fraktion gesprochen hatte, die Debatte über § 1, bei welchem Paragraphen sich die Generaldebatte statthalt. Nur die Sozialdemokratie war gegen den Schluß. In der Debatte handelte es sich in der Hauptsache nur um die eine wesentliche Differenz betreffs der Besoldung der Unterbeamten. Die Sozialdemokraten hatten eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten beantragt. In der Regierungsvorlage war das Mindestgehalt auf 1100 M., das Höchstgehalt auf 1700 M. festgesetzt. Die Sozialdemokraten verlangten 1200 bis 1800 M. Ebenso wurde für Postassistenten ein höherer Satz gefordert. Auch von den liberalen Parteien waren für diese Beamtenklassen höhere Sätze verlangt, doch blieben sie hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurück. Genosse Singer begründete die sozialdemokratischen Anträge mit dem Hinweis darauf, daß für die färglich besoldeten Unterbeamten die Erhöhung der Sätze notwendiger sei als für die oberen Beamten, da sie ja unter der Lebensmittelsteuerung weit mehr zu leiden hätten. Die Vertreter der Regierung, die Herren Sydow und v. Rheinbaben suchten wieder wie in der Kommission das Haus von jeder Erhöhung der Gehälter zurückzuhalten mit der feierlichen Erklärung, daß die Verbündeten Regierungen das für unannehmbar halten würden. Das „Unannehmbar“ der Regierung läßt aber bei den Oppositionsparteien nur noch eine erhebende Wirkung aus. Genosse Singer erinnerte an die Rolle, die die Regierung bei der Steuerbewilligung gespielt hatte, und ermahnte das Haus, sich nicht von einem für notwendig erkannten Beschluß dadurch zurückhalten lassen.

Nach Schluß der Generaldebatte gelang es dem Genossen Emmel, noch einmal sich Gehör zu verschaffen, indem er die Lage der Unterbeamten in Elb-Lothringen, besonders derjenigen der Reichseisenbahnen, zur Erörterung brachte.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge zwar abgelehnt, angenommen aber die den sozialdemokratischen gegenüber abgeschwächten Forderungen der Nationalliberalen und Freisinnigen, für die nimmehr, um wenigstens etwas zu erreichen, auch die Sozialdemokraten eintraten. Da auch die Polen und Antisemiten sowie einige Zentrumsleute dafür stimmten, erhielten diese Anträge in namentlicher Abstimmung eine knappe Mehrheit. Bei der morgen stattfindenden dritten Lesung muß es sich nun zeigen, ob das Haus trotz des „Unannehmbar“ der Regierung bei seinen Beschlüssen bestehen bleibt oder ob die Mitglieder der neuen Mehrheit, die diesmal gegen die Regierung gestimmt haben, mittlerweile zum Umfallen gebracht werden.

Die Krise.

Fürst Bilkow hat Sonnabend abend den Herren des Auswärtigen Amtes ein Diner gegeben und dabei in Erwiderung auf eine Ansprache des Staatssekretärs v. Schoen seine Abschiedsrede gehalten, die der politischen Bedeutung entbehrt. Mittwoch früh soll der Kaiser nach Berlin kommen. Bald nach der Ankunft findet dann die Unterredung des Kaisers mit dem Kanzler statt. Mittwoch soll die Ernennung des neuen Reichskanzlers — Herr v. Bethmann-Hollweg steht noch im Vordergrund der Kombination — publiziert werden.

Unterdessen dauert der Streit um die Unterschrift unter das Nachwerk des „Schwarzen Woads“ fort. Die Scharfpreffe erklärt heute kategorisch:

„Von mehreren Seiten ist die Frage aufgeworfen worden, ob Fürst Bilkow die neuen Steuergefeze mit seinem Namen gegenzeichnen wird. Soweit wir informiert sind, erscheint es völlig ausgeschlossen, daß der Kanzler ein Werk unterzeichnen wird, an dessen Zustandekommen er in dem letzten Stadium nicht mehr mitgewirkt hat.“

Was das bedeutet, zeigt die „Deutsche Tageszeitung“ folgendermaßen auseinander:
„Wenn Bilkow die Gegenzeichnung ablehnen würde, so würde das doch klarerweise heißen, daß diese Stellvertreter, ja daß der

gesamte Bundesrat bei diesem letzten Akt der Reichsfinanzreform, obwohl sie sich streng an den, auch unter Zustimmung des höchsten Wälers gestellten Rahmen hielten, ihre Sache so schlecht gemacht hätten, daß der scheidende Kanzler seine Unterschrift nicht verantworten könne.“

Das stimmt schon, und eben deswegen will Fürst Bilkow, vorausgesetzt, daß er nicht noch einmal umfällt, seinen Stürzern dieses Urteil nicht vorenthalten.

Die neuen Steuern.

Die „Finanzreform“ ist Montag nachmittag vom Bundesrat genehmigt worden. Damit treten folgende Steuern in Kraft:

Steuer	Ertrag	Mill. Mark
Viersteuer	100	100
Branntweinsteuer	80	80
Tabaksteuer	43	43
Kaffee- und Teezoll	87	87
Randwarensteuer	25	25
Glühkörpersteuer	20	20
Schaumweinsteuer	5	5
Grundstücksumlagsteuer	40	40
Talonsteuer	27,5	27,5
Effektenstempelsteuererhöhung	25,5	25,5
Schecksteuer	20	20
Wechselstempelsteuererhöhung	5	5
Erhöhung der Matrikularbeiträge	25	25
Summa	458	458

Hierzu kommen dann noch 55 Millionen Mark, die man dadurch gewinnt, daß gegenüber der Regierungsvorlage die Fahrkartensteuer (20 Millionen) beibehalten und die Herabsetzung der Zuckersteuer (33 Millionen) unterlassen ist. Ob freilich dieser Ertrag in Wirklichkeit auch nur annähernd erreicht werden wird, ist sehr zweifelhaft.

Die Termine für das Inkrafttreten der Steuergefeze sind ganz verschieden. Es werden in Kraft treten: das Branntweinsteuergesetz am 1. August d. J., die Bestimmungen über die Abgabenerhebung von Bier für Rechnung von Gemeinden, die Kündigung des Goldvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1907 dagegen erst am 1. April 1910 — das Tabaksteuergesetz am 15. August 1909, bezüglich der Kündigung des Zigarettensteuergesetzes von 1906 am 1. September 1909 — das Branntweinsteuergesetz am 1. Oktober 1909 — die Reichsstempelnovelle am 1. August 1909 — die Bestimmungen über den Scheckstempel am 1. Oktober 1909 — die Erhöhung des Kaffee- und Teezoll am 1. August 1909 — die Zündholz- und Feuerungssteuer am 1. Oktober 1909, desgleichen die Schaumweinsteuer.

Ueber die Belastung durch diese neuen Steuern macht eine Korrespondenz folgende Angaben:

Kommt man die Ausgaben in einem Durchschnittshaushalt für Streichhölzer, Bier, Zigaretten, Spiritus, Kaffee und Tee an — alles Dinge, die von der Steuerreform betroffen sind — so wird man sehen, daß ungefähr 10 1/2 M. mehr im Monat zu zahlen sein werden. Bei dem Unschelmbarsten angefangen: Streichhölzer kosten jetzt 8 Pakete 80 Pf., in Zukunft werden sie voranschließlich um 45 Pf. teurer sein, und man wird 75 Pf. zahlen müssen. Auch die Flasche Bier wird nicht mehr 10 Pf., sondern mindestens 15 Pf. kosten; rechnet man im Haushalte 4 Flaschen pro Tag, so ist eine monatliche Mehrausgabe von 6 M. zu verzeichnen. Ebenso geht es mit der 8 Pf.-Zigarette, die künftig nicht unter 10 Pf. zu haben sein wird, also wiederum eine Mehrbelastung von ca. 2 M. im Monat. Dazu kommen noch die Aufschläge für Spiritus, Kaffee und Tee, so daß etwa 10 1/2 M. mehr bei gleichem Konsum herauskommen. Will man nun trotzdem die Balance halten, so bleibt nichts weiter übrig, als den Verbrauch einzuschränken.

Schluß oder Vertagung des Reichstags?

Voraussichtlich Dienstag wird die Entscheidung fallen, ob die Reichstagsession geschlossen oder vertagt wird. Für die Vertagung würde der Umstand sprechen, daß eine Reihe von Gesegentwürfen, insbesondere das Arbeitskammergesetz, die große Gewerbeordnungsnovelle, das Gesetz über Heimarbeit, die Strafgesegbuchnovelle, die Fernsprechgebührenordnung vom Reichstag in erster Lesung durchberaten und in der Kommission vorberaten sind — über das Arbeitskammergesetz liegt bekanntlich seit langer Zeit der Bericht vor. Indes dürfte für die Regierung gerade die Erwägung gegen die Vertagung und für den Schluß der Session sprechen, daß die vorberatenen Gesetze sozialpolitischer Natur sind. Die Regierungen wollen der Großindustrie durch Schluß des Reichstags und die dadurch naturgemäße Hinausschiebung der sozialpolitischen Gesetze einen Gefallen erwiesen. Es wird also wieder so kommen, daß die Interessen der Heimindustriearbeiter, der Handlungsgehilfen und der gewerblichen Arbeiter denen der Großindustriellen geopfert werden. Der Stockreichthum und das schwarze Geld sind in dem Punkte mit der Regierung einig, daß das Deutsche Reich den Arbeitern nur Kosten zu beschere hat.

Die Wahrheit — eine politische Entgleisung.

Die im Ratibor erscheinende „Oberschlesische Volksztg.“ war bisher das einzige Zentrumsblatt, das der Wahrheit über die Steuern des schwarzen Woads die Ehre gegeben hatte. So hatte es über die Finanzreform unlängst folgendes Urteil gefällt:

„Wir haben schon des öfteren unseren Unwillen über die vielen indirekten Steuern kund getan, die der Reichstag neuerdings bewilligt hat und wohl noch bewilligen wird. Man hätte meinen sollen, daß man nach glücklicher Ablehnung der Erbschaftsteuer auch daran gegangen wäre, die kleinen Leute etwas zu schonen. Aber nein, wie wir prophezeigten, so kam es; der Herr Millionär trägt auch bei der neuesten Steuerhammer wieder den Heberzischer, der arme Mann an schweren Koffer. Man braucht wahrhaftig kein Sozialdemokrat zu sein, um sich darüber bitter zu beschweren; es verfährt eine solche Art und Manier gegen die Grundsätze des Christentums. Statt die sozialen Gegensätze im deutschen Volke zu mildern, verschärft man sie; man macht sich zum Schrittmacher der Sozialdemokratie; verantwortete dies, wer will!“

Dann heißt es von den Junkern und Latifundienbesitzern in Schlesien:

„Eine Anzahl der genannten Personen führt ein luxuriöses Leben im Auslande, wenn sie es nicht vorsehen, auf den Banken der deutschen Parlamente über die Not der Rittersgutsbesitzer Klageklagen anzustellen und sich in den beweglichsten Tönen gegen die geringfügigste Besteuerung ihres Besitzes zu wenden. Sie sind es, die vor der Erbschaftsteuer bewahrt bleiben, deren Tagelöhner und Arbeiterfrau aber den höchsten Kaffeezoll bezahlen müssen.“

Ihre Taktik ist noch immer dieselbe! Andere, die armen, minder bemittelten Volksschichten zahlen lassen und sich unterdessen selbst bereichern, das ist noch heute ihr Prinzip! Und darum nennt man sie „Konervative“. Die Erbschaftsteuer, die, in gerechter Form angewendet, diese Herren schwer getroffen hätte, bisie lehnen sie ab, bewilligen aber, patriotisch, wie sie sind, mit größtem Vergnügen die Steuern auf Bier, Tabak, Kaffee, Zündhölzer usw.“

Wer aber in der jetzigen politischen Situation dem Volke die Wahrheit sagt, den kann das Zentrum nicht länger in seinen Reihen dulden. In der Nummer vom 11. Juli ver-

Öffentlich daher die „Oberfl. Volksz.“ folgende Erklärung gegen den wahrheitsliebenden Redakteur:

Herr Dr. Weher, der seit dem 11. April als verantwortlicher Redakteur bei mir beschäftigt war, hat sich während meiner mehrwöchentlichen Augenkrankheit, die mich in der Augenklinik zu Breslau festhielt, während welcher Zeit ich weder lesen noch schreiben konnte, schlimme Entgleisungen in politischen Artikeln zuschulden kommen lassen. Nach meiner Rückkehr habe ich diese mißbilligt und deshalb Herrn Dr. Weher vorgestern entlassen. Die befreundete Zentrums-Presse, die bereits fälschlich die Stellungnahme der „Oberfl. Volksz.“ zueinander „fiktifiziert“ hat, bitte ich, von dieser Erklärung Kenntnis zu nehmen. Der Verleger J. G. Schmitz.

Dah die Wahrheit zu sprechen eine politische Entgleisung ist, diese Entdeckung konnte nur das Zentrum machen.

Betriebsbeamte gegen den Hansabund.

Recht erfreuliche Einsicht zeigten die Steiger des Ruhrbeziers. Der Hansabund versuchte, sich an diese heranzumachen. Das Organ des Steigerverbandes warnt aber vor dem Beitritt und erklärt, daß der Hansabund sich zu einer antisozialen Organisation auswachsen werde. Nach Erledigung der Reichsfinanzreform werde der Hansabund eine Bremse für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung, speziell auch hinsichtlich unserer Beamten, abgeben. Außer Kirdorf bürgten noch zwei Namen dafür: Stinnes und Müller. Daß Stinnes im Vorstand des Hansabundes sei, müsse jedem mittleren und unteren Grubenbeamten zu denken geben. Mit jedem Groschen, den die Beamten an den Hansabund zahlen, würden sie die Waffen schmieden helfen, die gegen sie selbst angewendet werden sollen.

„Nicht offiziell?“

In der Reichstags-Sitzung vom vorigen Sonnabend hielt der Abg. Dr. Sieber dem Zentrum vor, in welcher unlöslichen Widerspruch die jetzige Haltung dieser Partei zu den Versprechungen der Erzberger'schen Broschüre: „Warum ist der Reichstag aufgelöst worden?“ stehe (wir haben ebenfalls schon darauf hingewiesen). Da wußten sich nun die ängstlich verzagten frommen Herren nicht anders aus der Patsche zu helfen als dadurch, daß sie besagtes Elaborat als „nicht offiziell“ bezeichneten, obwohl es auf dem Titelblatt den Vermerk: „Druck und Verlag der Germania“ enthält. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit? Wenn die Zentrums-Partei während des letzten Reichstagswahlkampfes der Meinung war, daß die in der Broschüre vertretenen Ansichten sich nicht mit ihren politischen Grundrissen decken — wäre es dann nicht ihre Pflicht gewesen, Herrn Erzberger zu desavouieren und von sich abzuschütteln? Nichts dergleichen hat sie getan. Sie hat es ruhig zugelassen, daß die Erzberger'sche Lügenschrift in Massen ins Volk geworfen wurde, daß dadurch zahlreiche Wähler die Ueberzeugung gewannen, das Zentrum werde gegen die Schnapsliebeshesgabe und gegen neue indirekte Steuern stimmen.

Und wie steht es mit Herrn Mathias Erzberger selbst? Mußte er, der schäufte sein Wort gebrochen, der die Zentrums-Wähler in unverantwortlicher Weise irre führte, nicht wenigstens soviel Anstandsgefühl besitzen, um zu erkennen, daß er sich als Politiker unmöglich gemacht hat, mußte er nicht nach dieser beispiellosen Blamage sein Mandat niederlegen? Er wird sich hüten! Und ebensowenig wird ihn seine Partei dazu veranlassen. Denn sie hat den letzten Reichstagswahlkampf in genau derselben Weise geführt wie Herr Erzberger. In einem Wahlausruf vom 15. Dezember 1906 heißt es:

„Seien wir uns auch bewußt, daß bei einer anders gebildeten Mehrheit des Reichstages die Garantie entfällt, daß bei der Bewilligung der bereits angekündigten neuen Steuern die von uns immer festgehaltene Schonung der minderbemittelten Klassen aufrecht erhalten wird.“

Der Ausruf schließt mit den Worten: „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ und ist unterzeichnet von dem „Vorstand der Zentrums-Fraktion im Deutschen Reichstag“. Ist dieses Manifest, das dieselben groben Unwahrheiten enthält wie die Erzberger'sche Broschüre, nur nicht in so klar ausgesprochener Weise, — ist das etwa auch — „nicht offiziell“? Man sieht, mit welchen Mitteln diese Partei, die anderen Moral predigen will, ihre Wahlkämpfe führt. Wahgebend ist für sie noch immer der schöne Grundfay: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Und so etwas prunkt dann mit seinem „Christentum“!

Kadavergehorsam!

Ein geradezu skandalöser Fall von „Gehorsamsverweigerung“ war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht. Wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung, Beharrens im Ungehorsam und Schimpfverleumdung war der Fahrer Wagner von der 3. Batterie des Art.-Regts. Nr. 28 in Pirna angeklagt. Am 15. Juni war der Angeklagte zum Ausmarsch des Stalles befohlen. Er litt an einem Halsleiden und hatte der Vorchrift gemäß (1) die Halsbinde während der Arbeit um. Während der Arbeit trat der aufaufsitzende Unteroffizier Flemminger an den Angeklagten heran und befahl ihm, die Halsbinde abzutun. Den ersten Befehl hatte Wagner nicht gehört und auf den zweiten Befehl machte er dem Vorgesetzten die Mitteilung, daß er ein Halsleiden habe. Trotzdem wurde der Befehl wiederholt: „Ich habe ein Halsleiden, ich tue es nicht“ antwortete schließlich Wagner. Dies hörte ein in der Nähe stehender Unteroffizier namens Wolf. Letzt nahm sich dieser den „widerpenigen“ Angeklagten vor, indem er ihm ebenfalls befahl, die Halsbinde sofort abzutun. „Ich bitte den Herrn Unteroffizier mit Rücksicht auf mein Halsleiden, von diesem Befehl abzugehen“, sagte in höflichem Tone der Angeklagte. Der Unteroffizier Wolf ging auf diese Einwendung gar nicht ein, sondern drängte auf Ausführung seines Befehls. Schließlich nahm Wagner die Halsbinde ab. Daß sich die Vorgesetzten ihrer uneingeschränkten Gewalt bewußt sind, beweist die Tatsache, daß die Unteroffiziere noch die Kühnheit besäßen, den Fall zur Wehlung zu bringen.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er den Befehl lediglich wegen seines Halsleidens nicht befolgt habe. Er habe das Verhalten der Unteroffiziere als Schikane aufgefaßt, denn nach der Vorchrift war er ja zum Tragen der Halsbinde verpflichtet. Er habe auch den Einbruch gehabt, als seien die Unteroffiziere angezogen gewesen, denn sie hätten fortwährend im Stalle herumgeschimpft; er selbst sei alles mögliche genannt worden. Der Unteroffizier Flemminger stellte sich dabei in Abrede, daß ihm der Angeklagte von seinem Halsleiden etwas gesagt habe! Der Unteroffizier Wolf gab dies dagegen zu, erklärte aber trocken, er habe das nicht geglaubt! Die beiden Unteroffiziere schritten in der Verhandlung sehr schlecht ab; sie mußten sich sagen lassen, daß der Befehl sinn- und zwecklos war.

Selbst der Anklagevertreter trat unter Berücksichtigung der ganzen Umstände für den Angeklagten ein. Er warf zuerst die Frage auf, ob der Befehl zu dienstlichen Zwecken nötig war und verneinte das. Die Befehle seien nur als Schikane aufzufassen. Es sei sogar zu erwägen, ob der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe, da er durch Ausführung des Befehls eine Gesundheitsschädigung befürchtete. Da der Unteroffizier Flemminger entschieden bestritt, daß ihm der Angeklagte etwas von seinem Halsleiden gesagt habe, so müsse der Angeklagte subjektiv wegen der Gehorsamsverweigerung bestraft werden. Zweifellos müsse aber hier dem Angeklagten § 98 des R.-St.-G.-B. (durch vorchriftswidrige Behandlung zur Not gereizt) zugebilligt werden.

Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten unter Anwendung des § 98 zu — 3 Wochen einen Tag strengen Arrest!! (Die Mindeststrafe wäre 6 Wochen ein Tag Gefängnis gewesen.) Daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe, hat das Gericht nicht angenommen, wohl aber, daß er vorchriftswidrig behandelt worden ist. Subjektiv war der Angeklagte verpflichtet, dem Befehl nachzukommen, deshalb konnte er nach dem Befehl nicht straffrei ausgehen!

Dieser Fall verleiht das Rechtsempfinden aufs tiefste und schreit geradezu nach einer Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Zur Reichstagswahl in Stollberg-Schneeberg.

Die Nachricht, daß der Universitätsprofessor Callier aufgestellt ist, wird dementiert; es ist vielmehr der Schuldirektor Borberk in Unterjachsenberg als gemeinsamer Kandidat der Ordnungsparteien im 10. sächsischen Wahlkreis aufgestellt worden.

Die badischen Landtagswahlen

finden im Oktober dieses Jahres statt. Das Ministerium des Innern hat die Gemeindeverwaltungen beauftragt, die Aufstellungen der Wählerlisten vorzunehmen.

Oesterreich.

Die ungarische Krise.

Budapest, 12. Juli. Das Abgeordnetenhause nahm einen Antrag an, nach welchem von der Wiederernennung des Kabinetts Welere Kenntnis genommen und der Wunsch ausgesprochen wird, die Lösung der Krise möge im Herbst unter Berücksichtigung der Majorität erfolgen. Danach vertagte sich das Haus bis zum 25. September.

Frankreich.

Eine Aktion gegen den Anarchosyndikalismus.

Paris, 11. Juli. (Eig. Ber.)

Die traurige Lage, in die die anarchosyndikalistischen Demagogen die französische Gewerkschaftsbewegung gebracht haben, hat die reformistischen Organisationen, d. h. diejenigen, die für eine wirklich gewerkschaftliche, nicht auf „Antiparlamentarismus“ und dergleichen hinauslaufende Arbeit eintreten, endlich veranlaßt, eine entschiedene Gegenaktion zu beginnen. Ein Ausruf, der die Ziele des neugegründeten „Komitees der Gewerkschaftseinheit“ darlegt, ist von folgenden Gewerkschaftsleitern unterzeichnet: Cordier, Bergarbeiter; Cleuet, Angestellter; Cohen, Musiker; Gerbaise, Staatsarbeiter; Guérard, Eisenbahner; Meuser, Buchdrucker; Niel, ehemaliger Sekretär der Arbeitskonföderation; Renard, Textilarbeiter, Phil, Lithograph.

Wie aus dem Manifest hervorgeht, handelt es sich nicht um eine Loslösung von der Konföderation, sondern darum, in dieser durch die angemessene Anerkennung des Organisationsrats den Willen der Mehrheit an Stelle der bisher nach Willkür und mit größter Intoleranz schaltenden Minderheit maßgebend zu machen. Der Ausruf läßt es an scharfen kritischen Worten nicht fehlen. Er weist darauf hin, daß den Statuten und den Gewerkschaftsbeschlüssen zum Trotz in der Konföderation Politik betrieben wurde — nämlich die des Anarchismus. Sie hat persönliche rivalitäten, Konflikte und Spaltungen hervorgerufen. Die Unterzeichner treten dagegen auf, daß die Gewerkschaftsbewegung eine politische Kirchengemeinde in der Hand eines Häufchens von Demagogen und schwindelnden Agitatoren werde. Die Gewerkschaftsbewegung kann nur traurig vegetieren, solange politische Leidenschaften und innere Kämpfe sie zerreißten. Das Komitee will, ohne seine Verteidigung gegen Unterschiebungen und Verleumdungen zu vernachlässigen, vor allem bemüht sein, die Gewerkschaftsbewegung in ihre natürlichen wirtschaftlichen und beruflichen Grenzen zurückzuführen, um die notwendige Einheit der Arbeiterschaft in der Arbeitskonföderation zu befestigen. Es will seine Methoden entwickeln und für Gerechtigkeit, Duldsamkeit und kameradschaftlichen Geist eintreten, um die Werbestärke der Gewerkschaften zu stärken. Dieser Aufgabe soll auch ein Propädeut dienen: „Der anarchosyndikalismus befreit mehrere Mütter, der wirtschaftliche nicht ein einziges. Darum gründen wir die „Action ouvrière“ (Die Aktion der Arbeiter)“. Der Ausruf richtet sich an alle aufrichtigen Gewerkschaftler ohne Unterschied der Tendenz und des Temperaments und fordert sie auf, mitzuwirken, die französischen Gewerkschaften zu einer methodischen, starken und männlichen Organisation zu machen, die fähig ist, die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats zu beschleunigen.

Die „Humanité“ druckt diesen Ausruf „als Dokument“ ab und Genosse Jaurès verwahrt sich dagegen, sich mit seinen Kritiken durchaus zu identifizieren. Doch hebt er die Notwendigkeit hervor, im jetzigen Zustand der Konföderation die Methoden und möglichen Reformen der Organisation zu formulieren und zu diskutieren, nur müsse das in der Einigkeit und für die Einigkeit der Arbeiterschaft geschehen.

Die oben angeführten Stellen zeigen, daß die im „Komitee“ vereinigten Gewerkschaftler ihr Ziel innerhalb der Konföderation zu verwirklichen beabsichtigen und sie dürften sich durch Jaurès Bedenken: das neue Komitee darf nicht als ein Reim der Invidiosität erscheinen, nicht getroffen fühlen. Die Reformisten, die noch einmal den Versuch unternehmen, die Arbeitskonföderation von der Bahn der anarchosyndikalistischen Abenteuer zurückzuführen, wissen sehr gut, daß sie bei diesem Unternehmen von den niedrigsten Anwürfen nicht verschont bleiben werden und daß man sie beschuldigen wird, die Konföderation der Regierung und der Kapitalistenklasse in die Hände zu spielen. Bei diesem selbstverleugnenden Ausbrennen in der Konföderation, das sie gewiß solange fortsetzen werden, als nur irgendeine Hoffnung bleibt, dort der Arbeiterklasse zu dienen, dürfen sie mit Genugtuung feststellen, daß, wenn leider noch nicht die Gesamtheit der Arbeiter, so doch ihre gefährlichsten Gegner die Bedeutung ihres Beginnecks erkannt haben und daß das Kapitalistenblatt „Figaro“ besorgt ausruft, der Reformismus, der sich hier zum Kampf vorbereitet, sei viel gefährlicher als der Lärm der Palear und Voussuet.

Ein Schiedsgericht.

Paris, 12. Juli. Die Kammer setzte die Diskussion über das Gesetz fort betr. die zeitweise Aufhebung des Monopols der französischen Flagge in Ausnahmefällen und nahm den Artikel 2 ein-

stimmig an, der die Einrichtung eines ständigen Schiedsgerichts vorseht, das im Falle von Differenzen zwischen Reedern und der Schiffsmannschaft ohne Bezug von der Regierung angerufen werden soll. Das Schiedsgericht setzt sich aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen. Das ganze Gesetz wurde mit 495 gegen 63 Stimmen angenommen. —

Weitere Enthüllungen.

Paris, 12. Juli. Burgen hat jetzt an den Justizminister Briand folgenden Brief gerichtet: „Die russische Geheimpolizei handelt in der französischen Republik wie im Zarenreich. Sie betrachtet in Frankreich die französischen Gesetze, als ob sie nicht vorhanden seien. Das französische Gesetz verbürgt jedem Bewohner Frankreichs, er sei Franzose oder Ausländer, unbedingt das Briefgeheimnis. Die in Frankreich wohnenden Russen sind jedoch dieser Bürgschaft beraubt. Die russischen Polizisten üben in Frankreich unter Verachtung des gemeinen Rechts systematisch Unterdrückung der Briefe. Ich klage Raschkow, Katajew, Manuilow, Harting-Landweiser an, in Paris ein schwarzes Kabinett eingerichtet und den Briefbestahl selbst oder durch ihre Untergebenen regelmäßig verübt zu haben. Der zweite Vorstand der russischen Geheimpolizei, Blint, der noch immer im Amt ist, hat sein Bureau in der russischen Volkstadt, wo er selbst oder seine Gehilfen die Briefe fotografieren, die sie französischen Postbeamten oder Briefträgern ablaufen oder den Empfängern stehlen. Blint und seine Gehilfen bezahlen 5 Franc für einen Brief und 2 Franc für eine Postkarte. Das ist der amtliche Tarif.“

Persien.

Ein Ausruf persischer Reformen an England.

London, 8. Juli. (Eig. Ber.) In der „Justice“ veröffentlichten zwei persische Reformen einen Ausruf an die englische Nation, die sie bitten, das ihrige zu tun, die russische Intervention von Persien abzumenden. Sie sagen, sie seien von der konstitutionellen Bewegung ihres Landes nach England geschickt worden, um alle Freiheitsfreunde mit dem Unglück Persiens bekannt zu machen. Die Perser haben bereits viele schwere Opfer für die Wiederherstellung der Verfassung gebracht, so daß sie die Sympathie Englands wohl verdienen. Aber im Augenblick, als diese Opfer nicht vergeblich zu sein scheinen, brohe die militärische Intervention Rußlands alle Hoffnungen Persiens zu vernichten. Trotz aller revolutionären Kämpfe der letzten Jahre wurde kein einziger Ausländer in Persien besetzt, und die Vertreter der ausländischen Mächte haben ausdrücklich anerkannt, daß die persischen Reformen alles getan haben, die Gebräuche der Zivilisation und die Bestimmungen des Völkerrechts zu wahren. Aber wie handeln die Vertreter der russischen Regierung? Die Herren Hartwig, Biachoff, Schapsal usw. unterliegen in jeder Beziehung den Tyrannen Persiens, und russische Truppen besetzen Herat, Kabul, Samarkand. Selten habe eine Reformbewegung mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt wie die persische, und selten habe eine revolutionäre Bewegung soviel Mäßigkeit an den Tag gelegt wie die persische. Und doch habe Europa ihr die Sympathien verweigert, die es in so freigebiger Weise den Jungtürken zugewendet habe. Der Ausruf schließt: „Wir möchten besonders die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß wir Perser den Beistand fremder Mächte nicht nachsuchen; wir wünschen nur, daß man uns allein läßt, daß wir durch unseren nördlichen Nachbarn nicht gehindert werden, unsere Freiheit zu erringen. Sind wir denn nicht genug bestraft, daß wir über uns die Regierung eines Mohamed Ali Schah ergehen lassen müssen? Müßen wir uns auch noch mit russischen Soldaten herumschlagen, die jetzt in unserem Lande lagern und die auf Einladung der britischen Regierung gekommen sind?“

Kämpfe bei Teheran.

Teheran, 14. Juli. Eine Abteilung von etwa 1200 Mann Reiterstruppen mit vier Geschützen griff heute früh die Nationalisten 15 Meilen westlich von Teheran an; es gelang ihr jedoch nicht, die letzteren aus ihrer Stellung, die zwei Stunden hindurch heftig beschossen wurde, zu verdrängen. Die Verlustziffern sind noch unbekannt. Wahrscheinlich wird das Geschick heute abend wieder ausgenommen werden.

Marokko.

Neue Kämpfe.

Der Gegensatz zwischen den Spaniern und den Rif-Talajen in Nordmarokko hat in den letzten Tagen zu offenen Feindseligkeiten geführt; bei Melilla kam es zu einem Gefecht, bei welchem auf spanischer Seite ein Offizier und vier Soldaten getötet und vier Offiziere und 22 Soldaten verwundet wurden. Die Mauren haben einen Verlust von 40 Toten und 120 Verwundeten erlitten.

Ob Spanien wirklich eine größere Armee nach Marokko schicken wird, ist noch ungewiß. Jedenfalls werden aber die Befestigungen von Ceuta und Melilla verstärkt werden.

Südafrika.

Die Eingeborenen und die Union.

London, 7. Juli. (Eig. Ber.) Die Verfassung der südafrikanischen Union, die noch vom britischen Parlament bestätigt werden muß, schließt bekanntlich die Eingeborenen und die farbigen Einwohner Südafrikas vom Wahlrecht aus, denn nur Südafrikaner „europäischer Abstammung“ sollen als Vollbürger betrachtet werden. Gegen die Herabsetzung der Eingeborenen und der Nichteuropäer haben einflussreiche Bürger englischer Abstammung in der Kapkolonie Protest erhoben und eine Petition zugunsten der Eingeborenen an das britische Parlament geschickt. Die Petition erklärt: „... In der Kapkolonie gibt es etwa 2000 farbige Wähler, darunter Geistliche, Redakteure, Lehrer, Ärzte, Beamte, Grundbesitzer, Geschäftsleute und Handwerker, die durch ihre Tätigkeit die Achtung ihrer Mitbürger gewonnen haben. ... Der Ausschluß der Eingeborenen vom Wahlrecht, ihre Brandmarkung als minderwertige Menschen ist eine große Ungerechtfertigkeit, die einen großen Teil unserer Mitbürger tief verwunden wird. Eine derartige engere politische ist eine Verleumdung gegen die Institutionen der Kapkolonie, die seit dem Jahre 1853 bestehen und auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Eingeborenen aufgebaut sind. Sie ist auch eine Gefahr für den Frieden und das Wohlergehen Südafrikas. ... Wir wären keine treuen Südafrikaner, wir wären pflichtvergessen gegenüber unserem Lande, würden wir dem Reichs-parlament und der Regierung nicht nahelegen, daß es absolut notwendig sei, die Grundrechte und Grundfreiheiten der Kapkolonie zu schützen und aufrechtzuerhalten. Nur durch das Eingreifen Englands dürfen wir hoffen, die unflugen und unliberalen Tendenzen der Unionsverfassung zu beseitigen, die unserer traditionellen Politik, den besten Idealen moderner Politik und den edelsten Anforderungen der Humanität und der Religion widersprechen.“

Die Petenten sind — mit der einzigen Ausnahme Schreiners — lauter Bürger englischer Abstammung. Wurzennamen sind darunter nicht zu finden.

Gewerkschaftliches.

Der Zugang von Tabak- und Zigarrenarbeitern nach Deutschland ist streng fernzuhalten!

Der deutsche Reichstag hat in dritter Lesung und damit definitiv beschlossen, den Tabak nach bisher als bisher zu belasten, und zwar in Höhe eines 40prozentigen Wertzollens. Dieser Beschluß tritt mit dem 15. August 1909 in Kraft. Diese steuerpolitische Maßnahme führt mit Sicherheit zu einem bedeutenden Konsumrückgang an Tabakfabrikaten und damit zu einer großen Arbeitslosigkeit im deutschen Tabakgewerbe. Der Zugang von Tabak- und Zigarrenarbeitern ist deshalb bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter des In- und Auslandes werden gebeten, diese Notiz zum Abdruck zu bringen.

Bremen.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes,
J. A.: C. Deichmann.

Berlin und Umgegend.

Brauereiarbeiter. Das Betriebs- und Fahrpersonal der Pilsener-Brauerei Andreas Reich, Salzweider Straße 15, hat heute morgen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Selbst die bestehenden Forderungen, wie 11stündige Netto- und 11stündige Bruttoarbeitszeit waren noch Ansicht des Herrn für ihn unannehmbar, ebenso eine minimale Lohnaufbesserung. Die Brauerei Reich ist für organisierte Brauereiarbeiter gesperrt. Brauereiarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, C. 54, Pilsenerstraße 10. Fernsprecher Amt 3, 4518.

Die Lohnbewegung der Staler hat in der verflochtenen Woche bereits gute Fortschritte gemacht. Die Rosa am Sonntag in der Mitgliederversammlung der Staler berichtete, hatten zur selben Zeit schon neun Firmen, die rund 100 Staler beschäftigen, die Forderungen unter schriftlich anerkannt. Nur zwei von den Firmen, denen die Forderungen bisher zugestimmt worden waren, bewilligten nicht. Ueber ihre Bauten ist nur die Sperre verhängt. Jedem Staler, der zu den neuen Bedingungen arbeitet, wird eine rote Arbeitsberechtigungskarte ausgestellt, damit er allen übrigen Bauarbeitern gegenüber nachweisen kann, daß er nicht etwa als Streikbrecher tätig ist. Nach den bisherigen Erfolgen zu urteilen, kann man wohl erwarten, daß das tatkräftige und wohlüberlegte Vorgehen der Staler zu einer allgemein geltenden Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen wird. Die Bewegung schreitet rüstig vorwärts. Am Montag sind einer weiteren Reihe von Firmen die Forderungen vorgelegt worden. — Die Versammlung zeigte übrigens, daß unter den Stalern und ihrer Lohnkommission volle Einmütigkeit herrscht, was ja auch die erste Bedingung zu erfolgreicher Durchführung einer Lohnbewegung ist.

Eine Maßregelung der Maschinen u. Co.

Der Zentralverband der Maschinen und Heizer hatte zum Sonntag eine Protestversammlung nach den Arminshallen einberufen. Es sollte Protest erhoben werden gegen die Behandlung der Arbeiter in der Krafstation der Firma Maschinen u. Co., besonders aber gegen die pöbliche Entlassung des Vertrauensmannes dieser Abteilung. In den Verhandlungen, die deswegen eingeleitet wurden und an welchen sich die Organisationsleitung, der Arbeiterausschuss und die Firma beteiligten, wurde von der letzteren anerkannt, daß „Rehler“ gemacht worden seien, aber auf eine juristische Entlassung wollte man sich nicht einlassen. — Jetzt sollte eine Versammlung dazu Stellung nehmen. Der Referent Picart wies darauf hin, wie Maschinen Zeitungen, speziell die „Morgenpost“, gern vor der Öffentlichkeit recht radikal schillern, aber jedesmal da versagen, wo die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen auch nur das kleinste Opfer kostet. Man könne dies bei jedem Streik in Berlin beobachten. Die „Morgenpost“ vermeidet es regelmäßig, für die Arbeiter Stellung zu nehmen. Die Arbeiter aber lassen sich durch geschickte Manöver derselben Zeitung täuschen, wenn sie zum Beispiel sehr radikal gehaltene Artikel gegen die Unternehmer in — Schweden lesen, oder wenn die armen deutschen Vergarbeiter bedauert werden. Von den Vergarbeitern zieht ja die „Morgenpost“ keinen Nutzen, darum kann sie ihnen auch mal den Text lesen, ohne Schaden befürchten zu müssen.

Im Angeigentheil der „Morgenpost“ werden nicht selten Arbeiter gesucht, die „nicht organisiert“ sind. In dem eigenen Betriebe von Maschinen muß die Organisation sehr energisch auf dem Fohen sein, um sich zu behaupten, das hat der jetzt vorliegende Fall Schröder wieder bewiesen.

Zu der Diskussion erklärte der Obmann des Arbeiterausschusses, daß auch der Ausschuss den Standpunkt einnehme, daß eine Maßregelung vorliegt. Der Obmann machte den Arbeitern in der Krafstation manchen Vorwurf, daß sie selbst daran schuld seien, wenn Mißstände eintriften. Ihr Vertrauensmann habe niemals die rechte Unterstützung gefunden, ohne welche er seine Organisation nicht in der Weise vertreten kann, wie man es von einem Vertrauensmann erwartet.

Der Vorsitzende Schwittau beschwerte sich über die Form, in der er als Organisationsvertreter bei den letzten Verhandlungen von Herrn Maschinen empfangen wurde. Wenn Schwittau in gleicher Weise Maschinen entgegengetreten wäre, würde man es ihm furchtbar übel genommen haben.

Eine Resolution wurde von der Versammlung angenommen, in welcher die Entlassung von Schröder als eine Maßregelung bezeichnet und die Wiedereinstellung des Entlassenen gefordert wird. Zugleich wird verlangt, daß bei neuen Einstellungen nur die Organisationsnachweise berücksichtigt werden.

Deutsches Reich.

Das Zentralfiskusamt für das Postwesen und Reiseartikelgewerbe Deutschlands tagte mit beiderseitigem Einverständnis am 10. Juli in den Räumen des Berliner Gewerbegerichts. Die von den Arbeitnehmern gestellte Frage: „Was ist eine Maßregelung im Sinne des § 13 des Tarifvertrages?“ konnte nicht prinzipiell erledigt werden. Entgegen dem Entschluß des Offenbacher Schiedsgerichts wurde jedoch festgelegt, daß die Entlassung oder Kündigung eines Arbeiters bei Maßregelungen nicht zeitlich mit seinem Vorgehen resp. Eintritten für die Einhaltung des Tarifvertrages zusammenzutreffen braucht.

Bei der dreitägigen Schlichtungskommission in der Kündigung bzw. Entlassung eines Arbeiters eine Maßregelung im Sinne des Tarifvertrages erblickt, so ist der Unternehmer, der sich dieses Tarifvertrages schuldig gemacht hat, zur Schadloshaltung des Arbeiters bis zur Dauer von 2 Wochen, gemäß seinem bisherigen Wochenverdienst, zu verurteilen. Das Tarifamt hat dann noch Feststellungen über die Stellung und tarifliche Bewertung der Arbeiter zu machen und Stanzler in Postwesen- und Reiseartikelbetrieben gemacht. Die Vereinbarungen im Offenbacher-Frankfurter Industriegebiet, das Behringhausen betreffend, sollen, als Bestandteil des Tarifvertrages gelten. Für Feiertage, an denen schon vor Inkrafttreten des jetzt gültigen Tarifvertrages gearbeitet worden ist, dürfen auch jetzt keine Lohnabzüge gemacht werden. Hier trifft der § 13 des Vertrages zu, wonach bessere Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen.

Freund Strohhelds Gang nach Canossa.

Der verflochtenen Bezirksleiter der schlesischen Hirsche hatte seine vornehmste Aufgabe als Oberhirsche darin erblickt, seine gewerkschaftlichen Gegner, anstatt sie sachlich zu bekämpfen, in der widerwärtigsten Weise mit Schmutz zu bewerfen und sonder Skrupel zu verleumdern. Dabei war er selbst außerordentlich empfindlich, und wurde ihm einmal wegen seiner sehr eigenartigen Führertätigkeit von Rechts wegen etwas über die Finger geklopft, so ließ er sofort zum Hade, wie er es z. B. auch mit dem „Vorwärts“ tat, weil dieser seine Streikbrecherermittlungsdienste beim Sudbisch-Streik

in Regnitz geübt hatte. Als er aber wieder einmal in seinem Blatte, der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ seligen Andenkens, den Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Genossen Schlegel-Breslau, den „Volkswacht“-Redakteur Genossen Albert-Breslau und den von den Hirschen übergetretenen Schlosser Kapelle-Breslau mit seinen Schmähungen bedacht und dem Genossen Schlegel-Diestahl (!) und Mandatsfälschung unterstellt hatte, wurde auch gegen ihn Klage angehängt. Vor Gericht mußte er sich nun dazu bequem, zugegeben, daß seine Verleumdungen völlig aus der Luft gegriffen waren, und jetzt hat er in öffentlichen Erklärungen auf Grund eines Vergleichs den von ihm Schmähungen Abbitte geleistet. Dieser Ausgang Strohhelds ist seine letzte Leistung, mit der er von der Öffentlichkeit Abschied nimmt.

Der Streik der Knopfmacher in Frankenhäusen am Rhf-Häuser ist nach 21 Wochen langem Kampfe mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Der Versuch, die an sich schon geringen Löhne zu kürzen, ist zurückgeschlagen worden. Einmütig standen Fabrik- und Heimarbeiter zusammen. Nur dieser Einmütigkeit ist der Erfolg zu verdanken.

Eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle Thüringens fand am Sonntag im Gewerkschaftshause zu Jena statt. Die Konferenz war von 38 Kartellen durch 48 Vertreter besetzt. Zu den Vätern der Arbeitervertreter auf Grund der Versicherungsgehalte und der Reichsversicherungsordnung wurde ein Beschluß gefaßt, der gewährleistet, daß nur Personen gewählt werden, die das Vertrauen der organisierten Arbeiter wirklich besitzen und auch verdienen.

Verlangt wurde Ausbau, Erweiterung und Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Basis der vollen Selbstverwaltung. In dem von den verbündeten Regierungen dem Reichstage vorgelegten Arbeitskammerentwurf konnte die Konferenz einen erheblichen Fortschritt für die Arbeiter nicht erblicken. Ohne die von der Reichstagskommission beschlossenen Änderungen betreffend die Wählbarkeit der Organisationsangestellten und die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht, erklärt sie den Entwurf als vollends wertlos und unannehmbar.

Um die Bildungsbefreiungen im Sinne des Zentralbildungsausschusses nach einheitlicher Grundlage aufzubauen, systematisch zu fördern und zweckmäßig zu organisieren, bestimmte die Konferenz Jena als Zentralstelle für Thüringen.

Die Konferenz sprach weiter die Meinung aus, daß die Genossenschaften ausgebaut werden müssen und hält es im Interesse der Genossenschaften für geboten: 1. Daß die gewerkschaftlichen Arbeiternachweise in erster Linie berücksichtigt werden. 2. Die gewerkschaftlichen Löhne und Forderungen allgemeinen Charakters anerkannt werden. 3. Die Genossenschaften bei ihrem Warenbezug in erster Linie die Produktivgenossenschaften und nach Möglichkeit solche Firmen beim Wareneinkauf berücksichtigen, die angemessene bzw. tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen haben.

Erster Konflikt in den Münchener Gaswerken.

Zur Amtsniederlegung des Arbeiterausschusses in den Münchener Gaswerken nahmen zwei Versammlungen — der Laternenwärter und der Gasarbeiter — Stellung. In beiden Versammlungen wurde einstimmig folgende gleichlautende Resolution angenommen:

„Die Versammelten verweisen ihrer Entrüstung über die unzulässige Haltung der Gasdirektion gegen die durch den Gemeindearbeiterverband gestellten Anträge der Gasarbeiter Ausdruck.

Unter der einmütigen Berücksichtigung vollsten Vertrauens begrüßen die Versammelten die Amtsniederlegung des Arbeiterausschusses als die einzige richtige Antwort auf die Veruche der Direktion, der zuständigen Organisation in der Vertretung der Interessen der Mitglieder Hindernisse in den Weg zu legen.

Die Versammelten fordern nach wie vor nicht nur Aufhebung, sondern Anerkennung der Organisation, deren Leitung und Behandlung eingereichter Anträge. Sie erkennen, daß mit der Inbetriebnahme des neuen Moosacher Werkes der Hochmut der Direktion bis zur Unerschütterlichkeit gestiegen ist und erwarten deshalb von allen städtischen Arbeitern, daß sie sich des Ernstes dieser Sachlage bewußt, immer fester um das Banner der Organisation scharen, um den Übergriffen der Betriebsleitungen mit gebührendem Nachdruck entgegenzutreten zu können.“

Ausland.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften

wird vom 16. bis 22. August im Volkshause zu Stockholm ihren 5. ordentlichen Kongreß abhalten. Der vorige Gewerkschaftskongreß fand im Jahre 1906 statt. Die Organisation ist seitdem stark gewachsen. Im Jahre 1908 ist jedoch infolge der furchtbaren Wirtschaftskrise ein Rückgang der Mitgliederzahl eingetreten. Zu Anfang des Jahres zählten die der Landesorganisation angeschlossenen Gewerkschaften 188 236 Mitglieder, am Jahresabschluss nur 163 776. Der Verlust von 16 450 Mitgliedern hat den Prozentsatz der organisierten Arbeiter im Verhältnis zu der Zahl der nicht von der Arbeitslosigkeit heimgeführten Arbeiter keineswegs herabgedrückt. Bemerkenswert ist es auch, daß die sozialdemokratische Partei im selben Jahre fast ebenso viele Mitglieder, nämlich 18 191, verloren hat. Solange die Landesorganisation besteht war bisher nur in den Krisenjahren 1900—1902 ein Ausstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen, die damals von 45 000 auf 41 000 sank. Wie damals, wird zweifellos auch jetzt wieder, sobald die Krise überwunden ist, die Mitgliederzahl sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei bedeutend wachsen.

Infolge der Krise konnten Lohnbewegungen im Jahre 1908 natürlich nicht in dem Umfange und mit dem Nachdruck geführt werden wie bei guter Konjunktur. Gleichwohl waren die Lohnbewegungen und Kämpfe ziemlich zahlreich und zu einem guten Teil auch fruchtbringend für die Arbeiter. Zu Beginn des Jahres waren 243 Lohnbewegungen und Kämpfe vorhanden, und im Laufe des Jahres kamen 1001 neu hinzu. Es gelang jedoch, sie soweit zu Ende zu führen, daß am Jahresabschluss nur noch 219 übrig blieben. 772 Lohnbewegungen wurden ohne Kampf beendet durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern; 103 erst, nachdem die Unternehmer Aussparungen veranlaßt hatten, und in 82 Fällen waren die Arbeiter in den Streik getreten. Von den Aussparungen waren 16 444 Arbeiter betroffen, an den Streiks 4159 beteiligt. Durch die Aussparungen gingen 818 653 Arbeitstage verloren, durch die Streiks nur 185 090.

Ueber das Ergebnis der Bewegungen und Kämpfe meldet der Jahresbericht der Landesorganisation, daß 46 112 Arbeiter auf friedlichem Wege durch Verhandlungen, 15 294 Arbeiter infolge von Streik und Aussparung Lohn- und Gehaltssteigerungen erzielten. Arbeitszeitverkürzungen wurden von 4850 auf friedlichem Wege und von 15 170 Arbeitern nach mehr oder minder langwierigen Streiks oder Aussparungen erreicht.

Zu dem bevorstehenden Kongreß liegt bereits eine große Anzahl von Anträgen vor, und mehrere davon bezwecken eine gründliche Umgestaltung der Organisation, teils in dem Sinne, daß die einzelnen Zentralverbände überhaupt aufhören sollen zu bestehen und die Verbandsteile sich direkt der Landesorganisation anschließen sollen, teils dahin zielend, daß die Berufsverbände sich allgemein zu Industrieverbänden vereinen und diese der Landesorganisation angeschlossenen sein sollen. Das Landessekretariat der Gewerkschaften, das die verschiedenen Anträge geprüft hat, schlägt dem Kongreß vor, sich für allmählichen Uebergang zu reinen Industrieverbänden auszusprechen und dem Landessekretariat wie den einzelnen Verbandsvorständen anheimzugeben, die Entwicklung in dieser Richtung zu fördern. Ferner wird in einer Reihe von Anträgen verlangt, daß die Landesorganisation auch zu einer Angriffsorganisation ausgestaltet werde, während sie sich bislang auf die Verteidigung beschränkt und in der Hauptsache nur bei Aussparungen Unterstützung leistet, wozu die Gelder je nach Bedarf durch obligatorische Extrabeiträge aufgebracht werden. Sollen nun aber bei den gewerkschaftlichen Kämpfen aller Art die Unterstützungen von der Landesorganisation ausgehen, so ist es

selbstverständlich notwendig, daß ein großer Zentralfonds geschaffen wird und daß die einzelnen Gewerkschaften dem entsprechend hohe regelmäßige Beiträge an die Landesorganisation abführen. Auch über diese Frage kann der Kongreß selbstverständlich nur im Prinzip entscheiden, so daß die weitere Erörterung dann vorerst den Gewerkschaften selbst überlassen bleiben muß.

Das Personal der Elektrizitätswerke von Porto hat, wie aus Lissabon gemeldet wird, den Generalstreik beschlossen, bis eine Lohnerhöhung gewährt worden ist. Die Bevölkerung ist den Streikenden günstig gesinnt.

Die amerikanischen Straßenbahner haben kürzlich in Pittsburg einen Streit geführt und gewonnen, der eine beherzigenswerte Lehre enthielt. Der Bürgermeister von Pittsburg, Wager, stand nicht auf Seiten der Straßenbahngesellschaft und dadurch erhielten die Streikbrecher auch nicht den gewünschten polizeilichen Schutz. Das genügte aber nicht, um die Gesellschaft zum Nachgeben zu bewegen, und der Bürgermeister ging energisch einen Schritt weiter. Er verlangte von der Gesellschaft, daß sie sofort den Betrieb aufnehmen solle, anderenfalls werde er Weisung von den Bahnen ergreifen und sie im Namen der Stadt in Betrieb setzen. Die Kapitalisten bestritten die geforderte Berechtigung des Bürgermeisters zu einem solchen Vorgehen, aber die Drohung erschien ihnen doch so bedenklich, daß sie ihren Widerstand aufgaben und Frieden mit der Gewerkschaft der Straßenbahner schlossen. Die Bürger standen auf Seiten der Streikenden und zwei Bundeskongressen hielten es aus politischen Gründen für angezeigt, auf den Bürgermeister Wager zugunsten der Streikenden einzuwirken, so daß dieser es wagen konnte, der Bahngesellschaft entgegenzutreten. Die Arbeiter konnten deutlich erkennen: Sobald den Kapitalisten die politische Macht nicht zur Verfügung stand, war ihr Widerstand gebrochen. — Diese Erkenntnis aber ist es, die den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nicht nur in den Vereinigten Staaten noch außerordentlich mangelt, obgleich sie oft eindringliche Lehren in dieser Beziehung empfangen. — Ähnlich war eine Bewegung der Straßenbahner kurz vorher in Philadelphia verlaufen. Auch dort mußte die Gesellschaft nachgeben, weil sie die politische Macht nicht auf ihre Seite bringen konnte. — Ebenso waren für den Kohlenstreik politische Gründe maßgebend, als er sich jüngst entschlief, es im Hartloshenrevier von Pennsylvania nicht auf einen Kampf mit den Kohlengräbern ankommen zu lassen, sondern einen für die Gewerkschaft günstigen Vertrag abzuschließen.

Aus der Frauenbewegung.

Damenleben.

In einer Klasse, wo die Frau nicht Persönlichkeit sondern nur Weibchen ist, deren Lebensinhalt darin besteht, sich für den Mann zu schmücken und den Reiz ihrer Wirkwestern herauszufordern, können die Erscheinungen eines intellektuellen und ethischen Fortschritts nicht ausbleiben. Wo statt dessen Ringens, ernstes Streben um große Lebensfragen Mätzchen und Puzucht plaggeißt, machen sich auch Ausschweifungen jeder Art bemerkbar. Die Erörterungen im Gerichtsteil der Presse über Vorlesungen in gewissen Frauenklubs mögen in manchen Volksteilen Aufsehen erregt haben; wer jedoch tiefer in das Leben der „oberen“ Gesellschaft eindringt, merkt gar bald, daß noch viel mehr Schlimmes vorhanden ist. Damenklubs gibt es viele. Nicht in allen wird der „lesbischen Venus“ geopfert. In manchen thront der Spielgott. Die Spielwelt feiert hier wahre Orgien und die spielenden Frauen stehen an Bier und Leidenschaft nicht hinter ihren jüendlichen Vätern zurück. Säftige Weine strömen die Spielgeister auf. Der Rauch von den teuersten Zigaretten und Zigarren kränzelt sich in der Luft — und das Gold rollt. Damen, die am Tage mit jüchtig verschämten Widen einhergehen und mit „schmerzlichen“ Gebahren über die zunehmende Demoralisation der unteren Klassen jammern, sitzen hier und jenen und pokern nach Vergnügen. Damen, die sich in der Häuslichkeit als sparsame Hausfrauen gerieren und ihrem Personal alles bis auf Haar nachrechnen, spielen hier um Summen, von denen eine Arbeiterfamilie oft Jahre leben könnte. Sie, die vor Entrüstung bebden, wenn ihr Dienstmädchen einmal Sonntags erst um Mitternacht nach Hause kommt, bringen hier im Labakrauch, bei Karten und Selbstluge drei Viertel der Nacht zu. Und sie können es, so lange die große Masse des Volkes für die kleine entnernte Minderheit die höchsten des Lotterlebens aufbringt, das heißt, so lange die kapitalistische Ausbeutung dauert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unter Wasser.

Breslau, 12. Juli. (B. L. B.) Heute nachmittag sind hier schwere Regengüsse niedergegangen, welche die niedrig gelegenen Straßenteile, Anlagen und Gärten überflutet haben. In den südlichen Stadtteilen sind viele Kellerwohnungen unter Wasser gesetzt, so daß sie geräumt werden mußten.

Explosion und Panik.

Hensburg, 12. Juli. (B. L. B.) Bei der Station Nordschleswiger Weiche fand heute nachmittag gegen 5 Uhr im Kohlen-Schuppen der Königlich Staatsbahn eine Kohlenfaure-Explosion statt. Der ganze Schuppen ging in Flammen auf. Der Luftdruck war so stark, daß sämtliche Fenster der Bahnhofsverwaltung und des Bahnhofsgebäudes zertrümmert wurden. Ein Mann wurde schwer verbrannt. Holz- und Eisenteile wurden bis dreihundert Meter weit geschleudert. Unter den Passagieren des Sonderburger Zuges, der gerade die Weiche passierte brach eine Panik aus.

Schema P.

Paris, 12. Juli (B. L. B.) Deputiertenkammer. Bei der Besprechung von Interpellationen über die allgemeine Politik führte Ministerpräsident Clemenceau aus, das Ministerium habe niemals eine Politik der Unterdrückung getrieben. Die Wahl seiner, sozialistischen Freunde Briand und Viviani zu Mitarbeitern sei ein deutlicher Beweis für seine politische Anschauungsweise. Clemenceau ging sodann auf die von den Parteien der Rechten gegen den Parlamentarismus unternommene Kampagne über, rechtfertigte die Gewährung von Vätern und warf den Konservativen ihre Unfähigkeit und gewissen Sozialisten ihren Mangel an republikanischer Bestimmung vor. (Lärm.) Von der Partei der geeinigten Sozialisten erhob Comperre-Morel scharfen Protest gegen die Angriffe des Ministerpräsidenten, der ihm antirepublikanische Gesinnung vorwerfe. Der Lärm steigerte sich nunmehr detart, daß Clemenceau von der Rednertribüne herabstieg. Als er sie wieder betrat, erscholl lebhafter Beifall.

Im weiteren Verlauf seiner Rede warf Ministerpräsident Clemenceau den Sozialisten vor, daß sie Anhänger der Gewalt seien, die sie in der Theorie verwerfen, in der Praxis aber einschuldigen. Sodann legte er dar, daß die Regierung mehrere Reformen zu Ende geführt habe; die Altersversicherung für die Arbeiter werde von Ende der Legislaturperiode angenommen werden oder er werde dann nicht mehr Minister sein. Die Wahlreform lasse sich erst nach der Reorganisation der Verwaltung durchzuführen. Clemenceau tadelt die Sozialisten weiterhin, weil sie seit dem Dreßdener Kongreß das Zusammenarbeiten mit den Gruppen der Linken aufgegeben hätten und lud Jaurès ein, seinen früheren Platz wieder einzunehmen. Er schloß mit den Worten, er habe sich der französischen Republik ganz und gar gewidmet und werde fortfahren, dem Volke die Wahrheit zu sagen, denn er sei überzeugt, daß das das beste Mittel sei, ihm zu dienen. (Anderwärtiger Beifall.) Nach der Rede des Ministerpräsidenten kritisierte der Abgeordnete Charles Benoît die Politik der Regierung und der Mehrheit. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Reichstag.

281. Sitzung vom Montag, den 12. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Weismann-Hollweg, Sydow, v. Rheinbaben, Kraetke, v. Schoen, Dernburg.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Besoldungsgesetzes.

Der hamburgische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Klugmann beantragt, daß Hamburg von der Budgetkommission nicht in eine höhere Serviceklasse gesetzt ist.

Der württembergische Bundesratsbevollmächtigte Oberst v. Dorrer beantragt das gleiche für Stuttgart, der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Frhr. Oberst v. Salza und Lichtenau für Dresden und Leipzig. (Heiterkeit.)

Abg. Dräger erstattet den Bericht der Kommission.

Staatssekretär Sydow:

Durch die hingebende Arbeit der Kommissionsmitglieder ist es möglich geworden,

„das große Werk der Beamtenbesoldung“

und der Wohnungsgeldzuschüsse ein wesentliches Stück vordrückt zu bringen. Änderungen in der Klasseneinteilung bitte ich jetzt nicht mehr vorzunehmen. Nicht richtig ist, daß die unteren und mittleren Beamten weniger ausgebildet sind als die höheren. Prozentual beträgt der Aufschlag bei den höheren Beamten 8,12 Proz., bei den mittleren 18,08 Proz. und bei den Unterbeamten 16,08 Proz. Das deutsche Beamtentum wird in bezug auf selbstlose Pflichterfülle, hohe Intelligenz und unerschütterliche Vaterlandsliebe von den Beamten seines anderen Landes übertroffen und von wenigen erreicht. Um so mehr ist es unser Wunsch, die Beamten so zu stellen, daß sie in ihrer Tätigkeit nicht durch dauernde Not gelähmt werden. Wenn wir auch den Beschlüssen der Kommission erster Lesung im Hinblick auf die finanzielle Lage ein kategorisches Nein entgegenzusetzen müßten, so halten wir doch die jetzt vorliegenden Beschlüsse der Kommission für

angemessen

und stimmen ihnen zu. Alle Beamten werden dadurch nicht zufrieden gestellt werden, das ist unmöglich;

wir können nur die verständigen Leute zufrieden stellen!

Einer weitergehenden Agitation darf nicht nachgegeben werden; es ist im Interesse der Disziplin nicht gut, wenn die Beamten glauben, beim Reichstage Hilfe gegen ihre vorgeordnete Verwaltung zu finden!

Was die Verbündeten Regierungen in der Kommission als die Grenze ihres Entgegenkommens bezeichnet haben, ist wirklich das äußerste Maß. Abweichende Beschlüsse würden daran nichts ändern können, sondern würden geeignet sein, die Vorlage zu Falle zu bringen!

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Auch die Besoldungsvorlage ist durchgepeitscht, nicht durchberaten worden. (Sehr richtig! links.) Der Vorlage im ganzen werden wir zustimmen. Aber das Verfallensrecht und Petitionsrecht der Beamten muß unbedingt aufrecht erhalten bleiben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Daß die neuen Aufwendungen hoch sind, verkennen auch wir nicht. Aber die Beamten sollen doch nur so gestellt werden, wie sie vor der Steuer standen. Dieselben Kreise, welche sich dagegen verweigert haben, irgend ein Opfer zur Befestigung der Finanzen des Reiches zu bringen, erhalten auf dem Umwege der erhöhten Preise auch die Viertelmilliarde, die für die Beamten nötig ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Den Beschlüssen erster Lesung der Kommission setzen die Verbündeten Regierungen ein „Unannehmbar“ entgegen, und ausgerechnet die Konserverfabriken wüßten davor zurück, die einem solchen „Unannehmbar“ bei der wichtigsten Frage, die uns in den letzten Monaten beschäftigt hat, gar keine Bedeutung beigelegt haben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ebenso ist das Zentrum umgefallen, und so sind denn die Erhöhungen für die unteren und mittleren Beamten ganz minimale, in einzelnen Fällen wird ein Beamter sogar weniger erhalten als vorher! Ein 23jähriger Postkassierer z. B., der 14 Jahre beim Militär gedient hat, erhält für 1908 insgesamt 1492 M., für 1909 wird er nur 1390 M. erhalten. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Die Mannschaften beim Militär, deren Löhnung nicht aufgebessert wird, sind durch die Verteuerung von Bier und Tabak erheblich schlechter gestellt als früher. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Spohr (Z.): Der Vorwurf, daß Zentrum sei umgefallen, ist unberechtigt; bei der ersten Lesung billigten wir, daß für die Erhöhung der Gehälter nicht mehr als 100 Millionen Mark verwendet werden sollen. Trotzdem haben wir schließlich zugestimmt, daß nach den Kommissionsbeschlüssen 117 Millionen für diesen Zweck verwendet werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Redner geht

Kleines feuilleton.

Hamburger Probenlage. In Hamburg herrscht großer Trubel. Es ist zurzeit der Rendezvousort der „honesten“ Leute in grünem Schützenrock, mit „Kabelknäuel“ Geknistung und gefülltem Fortemonnaie. Aus allen deutschen Gauen sind sie herbeigerollt, die Gewatter Schenker und Handschuhmacher, die reichgewordenen Bäcker- und Schlächtermeister, die Rentiers und Hausquartier und andere „Kollektende“. Aber auch die Vertreter des deutschen Volkstums im Auslande, wie sie in den bekannten Begrüßungsartikeln der bürgerlichen Presse genannt werden, sind zu Tausenden erschienen, um am 16. deutschen Bundesfeste teilzunehmen.

Bei solcher Gelegenheit läßt Hamburg sich nicht lumpen. Es draht einmal wieder. Für die „wackeren deutschen Schützen“ haben Senat und Bürgerschaft die Kleinigkeit von 150 000 M. bewilligt, für die splendide Befestigung ist außerdem noch für 7000 M. eine Aufwärtstribüne gebaut worden, damit sie behaglich und allem Volk sichtbar den großen Festzug mit den historischen Erinnerungen, Wagen, Reitern, Schützenbrüdern an sich vorbeiziehlenden lassen können. Die Hamburger Pfefferkörner lassen es sich bei solcher Gelegenheit etwas kosten. Hamburg gilt als gastfreundlich. Ueberall ist der übliche Blunder errichtet, die Festzugstrahlen sind überall reichlich besetzt, einzelne Straßen haben Zehntausende ausgefüllt. Diese „Gastfreundschaft“ hat auch ihre Nachteile, und die heißt Geschäft. Die Hotelpreise sind um 50 Proz. erhöht, und der Schaulustler mußte für Sitzplätze enorme Summen bezahlen. Man zahlte und — schimpfte über die Unerschämtheit der „Gastfreundschaft“. Viele Besucher werden Hamburg ein teures Andenken bewahren. Auch andere „Andenken“ wird man sich fiderer Schützenbrüder, der vorwärtschaltender seine bessere Ehehälften zu Hause gelassen hat, vom Elbstrand mitnehmen. Die bekannte Schützenstraße in Hamburg, die Straße mit den vielen „Gastfreundschaft“ — Vorderseite im politischen Sinn gibt es nach der Erklärung des hantsattischen Bundesratsvertreters in Hamburg nicht — hatte sich, um der harten Nachfrage genügen zu können, doppelte und dreifache „Garnituren“ zugelegt, und die anderen Straßen mit den grünen Säben waren nicht zurückgeblieben. Die „staatsberhaltenden“ Schützenbrüder haben zu einem großen Teile schon in der Vorwoche den fündenhaften „Wuch von Hamburg“ kennen gelernt, um später mit um so tieferer sittlicher Entrüstung gegen die Umstürzler, gegen die Vertreter der „freien Liebe“ donnern zu können.

dann auf die Bezüge der einzelnen Gruppen von Beamten näher ein.

Abg. Beck (nall.): Sehr bedauerlich ist es, daß die Einigung, die in erster Lesung bei der Besoldungsordnung im Interesse der Beamten erreicht war, in zweiter Lesung nicht mehr zustande kam. Bei den Unterbeamten hat man durchweg in der zweiten Lesung gerade die Anfangsgehälter herabgesetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Dedung des Mehrbedarfs unserer Anträge waren wir durchaus bereit zu sorgen. Aber für die Art, wie die Mehrheit in den letzten Tagen die Dedung beschafft hat, können und dürfen wir die Verantwortung nicht übernehmen. Bezüglich der Erhöhung der Mannschaftslöhne soll eine Resolution angenommen werden; aber was hat diese für einen Wert, wenn in demselben Moment der Reichstag eine im vorigen Jahre einstimmig gefasste Resolution für belanglos erklärt! (Sehr richtig!) Wenn wir ein dauerndes Werk zustande bringen wollen, müssen wir die Beamten so stellen, daß sie der dringenden Sorgen überhoben werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Singer (Soz.):

Voraussetzungen möchte ich, daß die Budgetkommission und die Verbündeten Regierungen sich bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses auf den Grundgedanken geeinigt haben, daß er drei Viertel der wirklichen Miete betragen soll. Wenn jetzt Anträge gestellt sind, einige Orte in eine andere Klasse zu versetzen, so kann ich die Befürchtung nicht unterdrücken, daß, falls es das Unglück will, daß diese Diskussion noch einige Stunden anhält, wir wahrscheinlich 100 bis 150 solcher Anträge haben werden. (Sehr richtig!) Nachdem die Bahn für solche Anträge einmal eröffnet ist, wäre es töricht, irgend jemand einen Vorwurf zu machen, wenn er für die Versetzung einer Stadt in eine höhere Gehaltsklasse eintritt. Aber ich glaube, an eine sachliche Prüfung der Berechtigung dieser Anträge, soweit nicht etwa neues Material beigebracht ist, ist hier im Reichstage gar nicht zu denken. (Sehr richtig!) Für den Reichstag ist eine Prüfung dieser vielen Anträge jetzt einfach unmöglich. Er wird sie den Verbündeten Regierungen als Material überweisen müssen. Die Städte, welche sich benachteiligt fühlen, können nichts besseres tun, als wirklich neues Material dem Bundesrat einzusenden. In bezug auf einen Ort, Stuttgart, kann man heute schon sagen, daß in der Zwischenzeit das Material beigebracht ist, aus dem hervorgeht, daß Stuttgart ebenso wie München nach Klasse A gesetzt werden muß.

Ich komme nun zum Hauptteil. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß derselbe Block, der sich zur Durchführung der Finanzreform zusammengefunden hat, sich auch jetzt zusammenschließt, um die Schritte, die der Reichstag in der Besoldungsfrage früher getan hat, illusorisch zu machen. Ich möchte nicht an der Tatsache vorbeigehen, welcher scharfe Widerspruch darin liegt, daß die Majorität zwar dem „Unannehmbar“ der Regierung bei den Vermögenssteuern unbedingtem Gegenüberstand hat, daß sie aber bei der Besoldung der Unterbeamten und Postassistenten vor diesem „Unannehmbar“ die Segel streicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Tatsache muß festgehalten werden, daß der konservativ-liberale Block (Luraf bei den Sozialdemokraten: Schnapsblock!) es fertig gebracht hat, die Finanzreform anzunehmen, welche den Mittelstand und die Arbeiter schwer belastet, daß er sich aber in dem Augenblick zurückzieht, wo der Versuch gemacht wird, den Beamten die ihnen dadurch aufgelegten Lasten zu erleichtern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Berichtserstatter hat in einer langen Rede seinen und seiner Freunde Unwillen auf die Schulden geschoben. Aber noch solange Leben und noch soviel platonisches Bedauern darüber, daß nicht mehr herausgelassen ist, lösen ihn und seine Freunde nicht von der Verantwortung los, daß mehr erreicht worden wäre, wenn die Herren festgeblieben wären. (Sehr richtig! links.) Die Herren von der Regierung haben es durch ihr Verhalten bei der Finanzreform bewirkt, daß ihrem „Unannehmbar“ vom Reichstage Bedeutung beigegeben wird. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Auch heute bin ich noch der Überzeugung, daß, wenn der Reichstag auf den Beschlüssen der Kommission erster Lesung einmütig beharren würde, die Regierung nicht den Mut hätte, die Besoldungsordnung scheitern zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie läme sie auch dazu, dem einmütigen Beschlusse des Reichstages entgegenzutreten? Gewiß ist der Bundesrat ein gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung. Aber wer wollte bestreiten, daß in dieser Frage das größere Sachverständnis auf Seiten des Reichstages

ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Beamtenräte haben nicht die Fühlung mit den Beamten wie die Mitglieder des Reichstages. (Erneutes Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Die Situation ist für die Majorität des Reichstages eine höchst blamable. Die Beamten haben das Recht, sich auf einmütige Beschlüsse des Reichstages zu stützen, und diese Beschlüsse werden jetzt nicht beachtet. Die Vertreter der Parteien, welche sich jetzt in Gegensatz zu den früheren Beschlüssen des Reichstages stellen, haben noch vor wenigen Wochen den Beamten gegenüber Auge in Auge die Verpflichtung übernommen, an den Beschlüssen des Reichstages festzuhalten! (Hört!

Ehedem der Sammelpunkt des aufstrebenden Bürgertums, sind jetzt die Schützenvereine die Zummelplätze des obersen Speichertums, das nur ein Ideal kennt: Geld verdienen.

Die Zahl der Fremden mag am Sonntag wohl mehr als 100 000 betragen haben, und der Schaulustler zählte nach Hunderttausenden. Den proletarischen Hamburgern, unter denen sich gegenwärtig mehr als zehntausend brutal auf Pflaster geworfene Bauhandwerker und Arbeiter befinden, ist jetzt hinreichend Gelegenheit geboten, über den Charakter des Klassenstaates nachzudenken.

Die größten Buchdruckereien Deutschlands mit einer Gehilfenzahl von 100 und darüber, sind nach dem neuesten Tarifverzeichnis in Berlin: Rud. Woffe 308, Aug. Scherl 390, H. S. Hermann 287, Ulstein u. Ko. 265, Jul. Sittenfeld 250, Lindendruckerei 230, W. Gärdenstein 218, Norddeutsche Zeitung 188, Otto Eisner 180, Mittler u. Sohn 180, Hempel u. Ko. 172, Deutscher Verlag 165, Waf u. Garleb 135, „Vossische Zeitung“ 121, Röder, Sehdel u. Ko. Troitzsch u. Sohn, Verlagsanstalt Wrammel und Gutenberg und die „Vorwärts“-Buchdruckerei je 100 Gehilfen. In Leipzig: Breitkopf und Härtel 248, W. G. Teubner 230, Oskar Wrammstetter 172, Spamerische Buchdruckerei 160, Doffe u. Veder 145, Metzger u. Wittig 135, Julius Klinhardt 117, C. W. Röder 110, Edgar Herfurth u. Ko. 105. In Hamburg zählt die meisten Gehilfen und zwar 151, Verlagsanstalt Auer u. Ko. Betriebe mit 100 Gehilfen und mehr befinden sich ferner in Köln, Magdeburg, Stuttgart, Hannover, Breslau, Altenburg, Burg b. M., Chemnitz, Dresden, Erfurt, Eisen, Freiburg i. Br., Raumburg a. E., Reudamm, Potsdam, Stralsburg, Wittenberg, Würzburg. Mit Einschluß der Reichsdruckerei sind in ganz Deutschland 61 Buchdruckereien mit 100 und mehr Gehilfen zu verzeichnen.

Grundstückspreise im alten Rom. Großstadt und hohe Grundstückspreise hängen zusammen. Das zeigen auch die Verhältnisse im alten Rom, die etwa mit den heutigen Berlins zu vergleichen von Interesse ist. Die uns erhaltenen Zahlen stammen aus den letzten Zeiten der Republik, in denen der Luxus zwar schon hoch, aber noch nicht so hoch wie unter den Kaisern gestiegen war. Das Terrain, auf dem Cäsar das Forum anlegte, über 8000 Quadratmeter, kostete pro Geviertmeter rund 2000 M. Der Geviertmeter in Berlin kostet durchschnittlich 400 M. und erreicht nur selten, in beengter Lage 2100 M. und darüber. Cäsar gab damals an Grundverwaltern und Entschädigten etwa 28 Millionen Mark aus, nahm also eine große „Transaktion“ vor. Domitius Ahenobarbus bot für ein Haus des Cossus vergeblich an 800 000 M.,

(Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie sollen denn die Beamten noch auf irgend einen Versuch des Reichstages vertrauen, wenn jetzt das Gegenteil geschieht? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In weiten Kreisen der Beamten wird die Meinung entworfen, daß

die Versprechungen nur deshalb gemacht sind, weil damals das Gespenst der Auflösung drohte!

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Deute, wo die Gefahr der Auflösung des Reichstages nicht mehr besteht, wird die Erfüllung der Versprechungen nicht mehr für notwendig gehalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deute weicht man vor dem „Unannehmbar“ der Regierung, um das sich der Reichstag auf anderen Gebieten nicht gekümmert hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), zurück.

Die Aeuherung des Herrn Schafsekretärs, die Beamten sollten sich nicht an den Reichstag wenden, bedeutet

eine vollständige Regierung des Petitionsrechtes der Beamten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das durch die Befassung der Beamten wie allen Staatsbürgern gewährte Petitionsrecht nicht illusorisch gemacht werden soll, so müssen wir dringend verlangen, daß die Herren von der Regierung derartige Redensarten in Zukunft unterlassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag ist die Vertretung der Beamten ebenso gut wie die Vertretung des ganzen Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Rum operieren die Herren der Regierung immer damit, daß sie hier die Millionenziffern aufmarchieren lassen. Man spricht von hundert Millionen Mehrbedarf für die Beamtenbesoldung im Reiche, von 82 Millionen Mehrkosten, wenn die Beschlüsse erster Lesung durchgeführt würden, und von 17 Millionen, die die Regierung nachgegeben hätte. Glaubt denn die Regierung wirklich, mit diesen Zahlen in die Zukunft zu sein, die Unrichtigkeit der Forderungen nachweisen zu können, die wir im Interesse der Beamten zu stellen verpflichtet sind? Was können denn die Beamten dafür, daß Deutschland so viel Beamte braucht und infolgedessen eine solche Besoldungsordnung 100 Millionen erfordert? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn uns erzählt wird, daß für eine einzelne Beamtenkategorie 72 Millionen erforderlich sind, so geschieht das doch nur, um den Eindruck wachzurufen, als ob nun für diese Beamtenkategorie etwas ganz Besonderes geschieht. Nein, um ein richtiges Bild von den Dingen zu bekommen, muß man die Zahl der Beamten dieser Kategorie in die betreffende Summe hineindividuieren. Die Millionen können und nicht bleiben, wo es sich darum handelt, festzustellen, was der einzelne Beamte zu einer vernünftigen Lebenshaltung notwendig braucht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bewundere den Mut der Regierung, vor dem Lande zu erklären, sie sei

nicht in der Lage, den Mannschaften des Heeres 8 Pfennig Zulage pro Tag zu geben!

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Offizieren und höheren Beamten hat die Regierung kein Unannehmbar ausgesprochen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir als Voraussetzung für unsere Zustimmung zu dieser Besoldungsvorlage die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und Postassistenten auf das unbedingt notwendige Maß ansehen und daß wir ohne diese nicht für eine Erhöhung der Gehälter der höheren Beamten und Offiziere zu haben sind. Die Aussicht auf Erfüllung dieser Voraussetzung ist jetzt gestanden, und wenn unsere Anträge abgelehnt werden, so werden wir gegen die Erhöhungen bei den Offizieren und höheren Beamten stimmen, die über die Vorlage hinausgehen. Die Aufbesserung für die Unterbeamten ist eine ganz minimale. Bisher hatten sie 900 M. und 150 M. Feuerzulage, also 1050 M.; jetzt sollen sie 1100 M. erhalten. Kann man 60 M. im Jahre,

15 Pf. pro Tag

wirklich als eine Zulage bezeichnen, die gegenüber den durch die Politik des Reiches verteuerten Lebensverhältnissen irgendwie ausreicht sein könnte? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht wir allein, sondern die gesamten Parteien des Reichstages haben durch die Beschlüsse der ersten Lesung kundgegeben, daß für die Unterbeamten ein Anfangsgehalt von mindestens 1200 M. angezeigt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Spannung zwischen den Gehältern der unteren und mittleren Beamten durch die neue Vorlage noch vergrößert wird. Solche unansehbaren Zahlen beweisen, daß das Maß des Wohlwollens, das bei den Verbündeten Regierungen für die Unterbeamten vorhanden ist, nicht so hoch bewertet werden kann, als die Herren vom Regierungstische es beanspruchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter verlangen wir eine Erhöhung der Besoldung der

Landbriefträger.

Diese haben einen besonders schweren Dienst. Jahrzehntlang sind die Landbriefträger

die Vorläufer der Beamten

Paffala bezahlte das Haus des Antonius mit 860 000 M. Der Palast des Claudius kam auf 2 620 000 M. zu stehen und der des Seautus sogar auf 17 700 000 M. Allerdings hatte der Eigentümer für seinen Bau Monolithensäulen aus schwarzem Marmor von etwa 13 Meter Länge kommen lassen, deren Transport allein große Vorkehrungsmaßregeln nötig machte und große Summen verschlang. Auch im alten Rom feierten Kaufspekulation und Bauwucher Triumphe und der bekannte Crassus versuchte sogar ein Stück, das man ihm heute nicht mehr nachmachen kann, er suchte nämlich die Arbeitskräfte zu monopolisieren, indem er Techniker und Handwerker aufkaufte und dann für schweres Geld wieder vermietete.

Notizen.

— Hans Hoffmann, der seine Erzähler, ist nicht ganz 61 Jahre alt in Weimar gestorben. Der Gymnasiallehrer und spätere Schriftsteller, der den klassischen Boden aus eigener Anschauung kennen gelernt hatte, hat in stillen, intimen Vätern Geschichten aus dem Leben- und Schülerleben erzählt und Bilder aus dem sonnigen Süden in anmutiger Sprache gezeichnet.

— Der Krieg zwischen Direktor und Dramaturgen, der im Hebbeltheater um des Defizits willen ausgebrochen war, hat mit einem Siege des Direktors geendet. Der Dramaturg und Hauptgläubiger wird abgefunden und — geht. Hoffentlich findet sich aber auch für diese Bühne bald wieder ein junger Mann mit Geld, der den Ehrgeiz hat, in Kunst machen zu dürfen.

— Simon Newcomb, einer der hervorragendsten amerikanischen Astronomen, ist in Washington im Alter von 74 Jahren gestorben.

— Der Siegeszug des Bieres in Italien. Wir machen wenig moralische Eroberungen im Auslande. Aber ein Trost bleibt einem guten Patrioten: unser Bier erobert die Welt. Amerika ist in diesem Sinne längst eine deutsche Kolonie. Aber auch in den romanischen Ländern wächst der Bierkonsum. Juerst trank man nur importiertes deutsches Bier, dann kamen deutsche Brauer, die im Lande der Zitronen Bier brauten. Schließlich lernten die Söhne des Südens selber die „deutsche Kunst“, als welche früher die Buchdruckerkunst galt, während jetzt das Bierleben diesen Rang beansprucht. In Italien wuchs beispielsweise (bei erhöhtem Import von deutschem Bier) die inländische Produktion von 182 696 Hektoliter im Jahre 1898 auf 477 408 Hektoliter im Jahre 1908. Italien produziert auch bereits Hopfen und Malz selber und denkt schon daran, beide Produkte auszuführen.

gewesen, und wenn sie jetzt auch etwas mehr bekommen, so sind die Gehälter doch noch sehr niedrig. Wir verlangen für die Unterbeamten eine Gehaltstabelle von 1200 bis 1800 Mark. Die Regierung und der neue Vorkurs wollen nur 1100 bis 1700 Mark bewilligen. Wir sind aber der Überzeugung, daß ein Unterbeamter, der seinen Dienst ordentlich und treu erfüllt und der aus seinem Einkommen sich und seine Familie ernähren muß, mindestens ein Anfangsgehalt von 1200 Mark haben muß, und wir können nicht aus dem Umstand, daß es sich um eine große Zahl von Beamten dabei handelt, von dieser Forderung ablassen. Ein Gehalt von 1800 Mark, das erst nach einem Dienstalter von 21 Jahren erreicht wird, ist doch wirklich auch eine sehr bescheidene Forderung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht kann man doch noch die Hoffnung hegen, daß die Konservativen sich in letzter Stunde auf die ersten Beschlüsse des Reichstages zurückziehen. Sie würden sich damit ein großes Verdienst erwerben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind ja jetzt die Herren, Sie stehen über der Regierung und können deshalb um so leichter Ihre Beschlüsse durchsetzen. Auch wir wünschen, daß Ruhe in die Reihen der Beamtenschaft einzieht, aber nicht die Ruhe des Kirchhofes, sondern die Ruhe der Friedfertigkeit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ruhe wollen auch wir. Die Befolgsordnung soll für eine ganze Reihe von Jahren gelten. Das beweist schon die Tatsache, daß Änderungen nur durch besondere Gesetze vorgenommen werden können.

Die Verrückung der Postassistenten wird zurückgewiesen mit dem Hinweis auf die Gehälter der preussischen Eisenbahnassistenten. Preußen ist ja immer der Vater aller Hindernisse auf diesem Gebiete gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollten uns aber durch das Vorgehen Preußens nicht beeinflussen lassen, sondern es Preußen überlassen, dem Reiche nachzukommen. Ich bitte Sie dringend, unsere Anträge zuzustimmen. Sollten sie abgelehnt werden, so werden wir natürlich für die Anträge stimmen, die eine Verbesserung der Kommissionsvorschlüsse bedeuten.

Ich möchte noch in letzter Stunde die Meinung an Sie richten, sich von dem „Unannehmbar“ der Regierung nicht scheiden zu lassen. Sie werden nur dann auf ein arbeitsfreudiges, pflichttreues Beamtenpersonal rechnen können, wenn die Bezahlung der Beamten nicht zu gering ist. Nehmen Sie unsere Anträge nicht an, so werden Sie die Unzufriedenheit in den Kreisen der Beamten nur erhöhen, und sie wird sich dann berechtigterweise auch gegen den Reichstag richten. Die Herren vom Zentrum und von den Konservativen haben der Regierung viel zu wertvolle Dienste geleistet, als daß sie nicht erwarten dürften, daß die Regierung sich ihren Wünschen fügt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine Majorität, die die Regierung gezwungen hat, auf die Gehälter zu verzichten, sollte sich nicht prospektieren in blauer Furcht vor der Regierung, sondern sollte auf ihren wohlverdienten Gehältern stehen bleiben und das den Beamten gegebene Versprechen einlösen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Herr v. Rheinbaben:

Ich muß bestreiten, daß Preußen bei der Beamtensoldatung der Vater aller Hindernisse ist. Nein, umgekehrt: Preußen ist in dieser Frage vorangegangen, es hat nicht weniger als 200 Millionen Mark für Gehälter der Beamten, Lehrer und Geistlichen dauernd aus der Staatskasse übernommen. Die unteren Beamten sind um 20 Proz., die oberen nur um 7 Proz. aufgebessert. (Hört! hört! rechts.) Es ist ja sehr einfach, wenn Herr Singer die weitestgehenden Anträge stellt, ohne von der Deckung zu sprechen, das mag sehr populär sein, ist aber nicht sehr politisch im staatsrechtlichen Sinne. (Sehr richtig! rechts.) Die Agitation unter den Beamten für die weitergehenden Forderungen hat vielfach unerwünschte und unerlaubte Formen angenommen. Wir sollten nicht durch Anträge, die unerfüllbar sind, (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) dieser Agitation neue Nahrung geben. Die wahren Freunde der Beamten sind nicht diejenigen, die ihnen eine fata Morgana zeigen. (Große Unruhe und lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Singer meinte, die Regierung habe es bewirkt, daß ihre Unannehmbarkeitsklärungen noch beachtet werden, so kann ich ihm nur erwidern: Nachen Sie mal den Versuch, dann werden Sie ja sehen, daß die Regierung fest bleibt. (Erneute große Unruhe h. d. Soziald. Zurufe: Größtenteils!) Wir können den bereiten Massen der Bevölkerung unmöglich noch höhere Lasten aufbürden, als die Beamtensoldatung sie jetzt schon verursachen. (Sehr wahr! rechts.) Seit dem Beginn der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind für 21 Millionen Personen 6,8 Milliarden Mark ausgegeben. Gegenwärtig werden jährlich 231 Millionen Mark dafür ausgegeben. Würden wir die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefolge einbeziehen und die Hinterbliebenenversicherung einführen, so würde dies wieder 127 Millionen jährlich erfordern, von denen 95 die Arbeitgeber zu tragen hätten. Beweis ist die sozialpolitische Gesetzgebung ein sehr reiches Werk, das auch fortgesetzt werden soll, aber doch mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. (Sehr wahr! rechts.) Und diese Rücksicht darf auch bei der Anhebung der Gehälter der Beamten nicht außer Acht gelassen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Reichert v. Gump (Sp.): Die Vins, welche die Finanzreform abgelehnt hat, hat kein Recht, weitergehende Gehaltssteigerungen zu fordern. (Sehr richtig! rechts.) Die Erhöhungen der Unterbeamten sind keineswegs gering; im preussischen Abgeordnetenhaus haben das auch die Sozialdemokraten anerkannt. (Hört, hört! rechts.) Ueberhaupt kann man mit den Herren dort diese sachlichen Fragen viel unparteiischer verhandeln als mit den Sozialdemokraten hier. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner befürwortet einen Antrag, die Postverwalter durch eine Stellenzulage den Postassistenten gleichzustellen.

Schatzsekretär Sydow: Die Verbündeten Regierungen würden diesem Antrag nicht zustimmen können.

Herr Dr. Dreßler (L.): Der Widerspruch der Regierung entspringt nicht einem Mangel an Wohlwollen für die Beamten, sondern ihrer pflichtmäßigen Abwägung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Deshalb weise ich den Vorwurf, wir seien ungeschicklich, zurück. (Gelächter links.) Das Unannehmbar der Regierung war hier von ganz anderer Bedeutung als bei der Finanzreform. (Lachen links.) Die Herren, welche die Finanzreform abgelehnt, die Mittel also verweigert haben, überbieten sich jetzt in Anträgen, von denen sie wissen, daß sie nicht angenommen werden können. (Unruhe links), um sich bequemem, billigen und geistlosen Agitationsstoff zu verschaffen. (Sehr wahr! rechts.) Wir haben kein Versprechen gegeben, denn wir haben gar keine gegeben! (Schallende Pfeiferei links.) Aus zahlreichen Verhäußerungen geht hervor, daß es der Linken nur auf Agitation ankommt. Herr Volkhoff sprach davon, daß hier mit der Dampfwalze alles niedergedrückt wird; er selbst hat für die Beamten keinen Finger gerührt. (Sehr wahr! rechts, Lachen links.) Wir wollten ein Kompromiß zustande bringen, daß Anträge auf Änderung der Disziplinen hier nicht mehr gebracht werden sollen; Herr Kollege Singer hat das ja auch sachlich begründet, die Freisinnigen aber schlossen sich diesem Kompromiß nicht an und haben Anträge gestellt; da können Sie doch uns nicht verdenken, daß wir dasselbe tun. (Sehr wahr! rechts.)

Herr v. Brudzewski (Pole) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen.

Herr Rattmann (Wirtsch. Vg.): Die Rationalisten haben das Recht versichert, hier weitergehende Anträge zu stellen. (Große Unruhe links.) Wir müssen Ihnen jetzt dieselben Vorwürfe machen, die Sie früher immer den Sozialdemokraten gemacht haben. An der Entlassung und Erbitterung der Postbeamten sind, das wollen wir uns nicht verhehlen, die 104 Abgeordneten mitschuldig, die im vorigen Jahre an dem Verhandlungstag der Postbeamten teilgenommen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Schatzsekretär Sydow:

Heute nachmittag hat der Bundesrat einstimmig beschlossen, daß jedes hinausgehen über die Beschlüsse der Kommission ein Scheitern der Befolgsordnung zur Folge haben wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist heute seine Ansicht.)

Herr Dr. Braun (Antif.) weist der linken Vernehmung vor. (Zuruf links: „Wahrheit!“)

Ein Schlußantrag

wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Es folgt die

Spezialberatung der Befolgsordnung.

Zu Klasse I liegt ein Antrag Albrecht und Genossen vor: das Gehalt der Nachwächter beim Kanalamt und der Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnverwaltung auf 1100 bis 1500 Mark festzustellen. Auf Wunsch des Abg. Emmel (Soz.) wird die Diskussion über die folgenden Klassen verbunden, wozu die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, die Unterbeamten der Landbriefträgerklasse auf 1200 bis 1500 Mark, eine Reihe weiterer Klassen von Unterbeamten auf 1200 bis 1800 Mark zu stellen.

Abg. Emmel (Soz.):

Wenn wir in Klasse I für die Nachwächter und Bahnwärter ein Gehalt von 1100 bis 1500 Mark verlangen, erreichen wir noch nicht das, was anderwärts bezahlt wird. In Bayern wird diesen Beamten 1200 bis 1700 Mark bezahlt, in Württemberg 1100 bis 1500 Mark, wozu noch eine pensionsfähige Wohnungszulage von 150 bis 400 Mark kommt. Einzelne Nachwächterposten sind in Bayern sogar mit 1400 bis 2000 Mark dotiert. Unser Antrag kann also sehr wohl angenommen werden. In ihrer Petition weisen die Bahnwärter mit Recht auf ihren

sehr anstrengenden Dienst

hin, und in der Kommission hat der Oberregierungsrat Neumann als Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung ausdrücklich bestätigt, wie schwer dieser Dienst ist. Auch die

Landbriefträger

werden in Bayern höher bezahlt, als wir es beantragt haben. Jedenfalls halten wir ein Anfangsgehalt von 1200 Mark für das mindeste, was notwendig ist, um diesen und den Beamten der folgenden Klassen, bei denen wir ein Aufsteigen bis 1800 Mark verlangen, ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer Reihe von Fällen ist Bayern weiter gegangen als die Kommissionsbeschlüsse, in einzelnen Fällen sogar weiter, als unser Antrag für das Reich verlangt. Es befinden sich unter den Eisenbahnunterbeamten eine ganze Reihe Leute mit einem sehr verantwortungsvollen Dienst. Baffert durch irgendein kleines Versehen ein Unglück, so sehen sie einer hohen Strafe entgegen. Es ist unerklärlich, wie man diese und eine Reihe anderer Beamten, die besondere Prüfungen ablegen müssen, mit so niedrigem Gehalt abspesen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Petition der

Bremser und Bahnsteigschaffner

ist von dem Zentrumsabgeordneten Wll. Straßburg überreicht worden; sie weisen darauf hin, daß sie unbedingt ein Anfangsgehalt von 1200 Mark haben müssen, das bis zu 1800 Mark steigen soll. Herr Wll. hat durch Ueberreichung der Petition doch wohl die Verpflichtung übernommen, nicht nur persönlich dafür einzutreten, sondern auch dafür zu sorgen, daß seine Partei dafür eintritt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist darauf verwiesen worden, daß die Forderungen der Beamten nicht erfüllt werden könnten, weil schon sehr hohe Summen für die Erhöhung der Gehälter ausgeworfen seien. Das kann und doch aber nicht zurückhalten, zu verlangen, daß man das Minimum dessen gibt, womit der Beamte

eine menschenwürdige Existenz fristen

kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man uns sagt, zunächst müßten wir für Deckung sorgen, so verweise ich darauf, daß wir gern bereit sind, die zur Deckung nötigen Summen zu bewilligen, aber natürlich nur in einer Art und Weise, die wir für richtig halten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der preussische Finanzminister wies darauf hin, daß wir den Einzelstaaten und Kommunen nicht durch unser Beispiel zu viel auflären dürften. Diesen Einwand kann ich als stichhaltig nicht anerkennen. Die Politik der Mehrheit hat zur Verteuerung aller Lebensmittel geführt, und deshalb hat die Mehrheit die Pflicht, wieder gutzumachen, was sie verschuldet hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unbegreiflich ist mir, daß der Finanzminister in Zusammenhang mit diesen Dingen die Lasten der sozialen Versicherung bringen konnte. Die Beamtensoldatung haben mit den Lasten, welche die Unternehmer hierfür aufbringen und die — nebenbei bemerkt — in Wirklichkeit von den Arbeitern aufgebracht werden, gar nichts zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Baasche: Die Generaldiskussion ist bereits geschlossen. Ich bitte den Redner, sich an die Anträge zu halten.

Abg. Emmel (Soz.): Unsere Anträge gehen über die Kommissionsbeschlüsse hinaus, und deshalb muß ich auf das „Unannehmbar“ der Regierung eingehen können.

Vizepräsident Baasche: Nachdem die Generaldiskussion geschlossen ist, dürfen Sie bei den einzelnen Positionen nicht mehr auf dieselbe zurückkommen. (Beifall.)

Abg. Emmel (fortfahrend): Ich bin dem Präsidenten gegenüber machtlos und muß mich fügen. Herr Dreßler hat gesagt, wir hätten nur agitatorische Interessen bei unseren Anträgen. Ich stelle demgegenüber fest, daß unsere Anträge bereits in der Kommission vorlagen, und muß einen solchen Vorwurf entschieden zurückweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird ein

Antrag auf Schluß der Debatte über die Befolgsordnung angenommen.

Der Antrag Albrecht (Soz.) auf Verrückung der Nachwächter beim Kanalamt sowie der Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnverwaltung wird abgelehnt.

Ueber einen Antrag Wed (natl.), Dr. Altsch (fr. Vg.): Die Landbriefträger in die nächsthöhere Klasse der Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnverwaltung (1100—1500 Mark) aufzunehmen, wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 172 gegen 161 Stimmen angenommen.

Die Klasse 4a (Wagenwächter, Bureauarbeiter usw.) bei den Probantämtern, Lotengräber in Meh. Kasernenwärter usw.) beantragen die Sozialdemokraten von 1100—1600 Mark auf 1200—1800 Mark heraufzusetzen. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 292 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Anträge Albrecht (Soz.) in Bezug auf die Klassen 4b—7 werden abgelehnt. Ueber einen Antrag Wed (natl.), Dr. Altsch (fr. Vg.): Diese Klassen (4a—7) zu vereinigen in eine Klasse mit den Sägen der Klasse 7 (1200—1800 Mark), wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird angenommen mit 200 gegen 134 Stimmen.

Zu Klasse 9 wird ein Antrag Albrecht (Soz.) abgelehnt, ebenso zu Klasse 11a und 11b. — Ein Antrag Dr. Wed. Dr. Altsch zu Klasse 11a: Die Unterbeamten der Postverwaltung 100 Mark im Anfangsgehalt festzustellen, wird angenommen. Dafür stimmen außer der Linken die Wirtschaftliche Vereinigung und ein kleiner Teil des Zentrums.

Weiter wird in Klasse 21 ein Antrag Dr. Wed. Dr. Altsch: Das Endgehalt (3b) der Bureaubeamten II. Klasse der Postverwaltung, der Lagerverwalter, der Oberpostassistenten, Werkmeister der Reichsbreuderei, Betriebssekretäre der Reichseisenbahnverwaltung von 3300 auf 3600 Mark zu erhöhen, in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 114 Stimmen angenommen.

Der Rest der Befolgsordnung wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Darauf werden die §§ 1—11 des Gesetzes debattiert angenommen.

Bei § 12 betont:

Herr Dr. Volkhoff (fr. Vg.), daß zu den Anständen, Wegen deren die Regierung ermächtigt ist, die Zulagen einem Beamten zu verweigern, keineswegs die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte Anlaß geben kann. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Der § 12 wird angenommen und debattiert der Rest des Gesetzes; nur zum Tariflassenferbis beantragt

Abg. Baffermann (natl.), die zahlreichen Anträge, bestimmte Städte in eine höhere Serviceklasse zu setzen, den Verbündeten Regierungen zur Prüfung und Erwidrigung zu überweisen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt die

Vorsetzung der zweiten Beratung des Schanngesetzes.

Die Kommission beantragt, die höhere Verwaltungsbehörde zu ermächtigen, das sog. Schaummaß bei Schanngesetzen für Bier auf 2—4 Zentimeter (statt bis zu 2 Zentimeter) festzusetzen.

Abg. Neumann-Doser befürwortet einen Antrag, der bis zum 1. Oktober 1913 den Gebrauch von Schanngesetzen für Bier mit einem Mindestabstand des Füllstrichs vom Rand von 1 Zentimeter gestattet.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die alten Gläser weitergebraucht werden dürfen.

Abg. Jubelt (Soz.):

Dem Antrage Neumann-Doser werden wir zustimmen, wenn er auch nicht von besonderem Werte ist. Die Erklärung des Regierungvertreter, daß die Birte, welche die Biersteuer auf ihre Schultern nehmen wollen, die alten Gläser benutzen dürfen, befriedigt mich nicht. Ich erinnere an die Erklärung des Regierungvertreter zum Vereinsgesetz und an die Praxis der Polizei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei muß ausdrücklich angewiesen werden, daß sie die Gastwirte nicht schikanieren darf, welche die Steuer auf ihre eigenen Schultern nehmen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird mit dem Antrage Neumann-Doser angenommen.

Ein Gesetz betr. die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer wird debattiert einstimmig angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. (Kleinere Vorträge in dritter Lesung, Wahlprüfungen. Dritte Lesung der Befolgsordnung.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

„Der Dritte im Bunde.“

Vielleicht gestattet die Redaktion mir zu den parteigenösslichen Aufmerksamkeiten, die Wehring mir am Sonntag widmete, ein paar Bemerkungen. Zunächst die, daß ich die von mir in den „Soz. Monatsheften“ mitgeteilten Tatsachen nicht aus Wehrings Munde geschöpft habe; das konnte schon um deswillen nicht geschehen, weil seine parteigenösslichen Arbeiten ihrer ganzen Abfassung nach eigentliches Quellenmaterial nicht bieten. Aber ebenso unschuldig wie Wehring ist Eugen Richter an meinen „Geschichtsskizzen“; ich habe in meiner Vanausgabe mein Leben nicht gewagt, daß auch dieser brave Mann sich mit sozialdemokratischer Parteigeschichte befaßt hat. Auch ich in diesem Stücke dem Parteigenossen Wehring entgegengetreten, so gefesse ich andererseits, daß sein Artikel vom Sonntag mir eine belangvolle Reinigung gebracht hat. Nämlich die, daß Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nicht in jugendlichem Frischmut, in naiver Waldurprünglichkeit, zu einer konservativen Regierung Vertrauen setzten, sondern daß sie greifenhaft berechnend, mit Ueberfläue glaubten, diese Regierung vor ihren Wagen spannen zu können. Unsere Liberalen, die sich Ende 1906 einem ähnlichen Wagnis hingaben, haben mitihm Genossen im Unglück; sie können sich darauf berufen, daß vor 43 Jahren schon hervorragende Sozialdemokraten eine Art Modopolitik trieben, wie die, die jetzt so schmählich Schiffbruch gelitten hat. Es liegt vielleicht an meiner revisionistischen Verbohrtheit, daß diese Entdeckung mir vorab noch einiges Magenbräuen bereitet; aber vielleicht gewöhne ich mich an ihre Folgen. Wilhelm Schröder.

Ueber die Bildungsarbeit der Wiener Parteioffizien.

berücksichtigt der Sekretär des von der Parteileitung subventionierten Unterrichts-ausschusses, Genosse R. Danneberg im „Kampf“ einen sehr interessanten Artikel, dem wir folgendes entnehmen: In Wien existieren heute in 16 von den 21 Bezirken (Stadtteilen) Bezirks-Unterrichtsorganisationen, von denen 13 eigene (gemietete) Lokale besitzen, die jährlich 20 000 Kronen kosten. Diese Unterrichtsorganisationen haben von den angeschlossenen politischen, gewerkschaftlichen und anderen Organisationen Beiträge ein, die zwischen einem Heller pro Mitglied und Monat und zwei Heller pro Mitglied und Woche schwanken. Wer in einem Bezirk einer der Unterrichtsbeiträge entrichtenden Organisation angehört, ist zum Besuch aller in irgend einem der Bezirke stattfindenden Veranstaltungen berechtigt. Der zentrale Unterrichts-ausschuss, der seit November 1908 besteht, bestreitet seine Vermoögenskosten aus den Subventionen der Reichs- und der niederösterreichischen Landesparteivertretung, sowie der Differenz zwischen den Vortrags-honoraren, die er einbezieht und die er auszahlt. Es werden auch die Spenden für die den Jugendlichen kostenlos bereitgestellten Vorträge gedeckt. — Der Unterrichts-ausschuss, der die Vortragsvermittlung immer mehr „monopolisiert“ hat, vermittelte von Anfang November 1908 bis Ende Juni 1909 insgesamt 1216 Vorträge, wovon 569 an Gewerkschaften, 338 an die Unterrichtsorganisationen und die wenigen noch bestehenden Bildungsvereine, 140 an Jugendorganisationen. Die Vorträge verteilten sich nach Themen: Sozialismus und Sozialpolitik 309, Geschichte und Politik 174, Agitationen 115, Philosophie, Jurisprudenz usw. 103 und so fort. Ferner veranstaltete der Ausschuss 60 Vortragszyklen, wovon 48 in den Unterrichtsorganisationen, 53 in Wien und 7 in der Provinz. An Elementarunterricht, Schmittzeichnen, Stenographiekursen und dergl. veranstaltete die Wiener Arbeitervereine per Saison etwa 100. Der Unterrichts-ausschuss verfügt über 60 bis 60 geschulte und verlässliche Referenten.

Seit 1904 besteht die vom wissenschaftlichen Verein „Zukunft“ gegründete und geleitete Wiener Arbeiterhochschule, eine Fachschule für Sozialwissenschaftler mit sorgfältiger Auswahl der Schüler.

Die Schule wird von der Gewerkschaftskommission und den Gewerkschaften erhalten, die Teilnehmer zahlen zwei Kronen Schulgeld per Semester. Der Kurs umfaßt zwei Jahrgänge — vier Semester, in denen allgemeine Staats- und Gewerkschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Geschichte des Sozialismus und österreichisches Recht gelehrt werden. Als Lehrer fungieren u. a. die Genossen Abg. Dr. Kerner und Dr. Otto Bauer. Am Unterricht nehmen insgesamt etwa 100 Schüler teil, die im Alter von unter 20 bis zu 60 Jahren stehen. Diese Schüler sind Funktionäre der Partei und Gewerkschaftsorganisation, auch sind mehrere Gewerkschaftsbeamte darunter.

Man wird dem Wiener Unterrichts-ausschuss das Zeugnis nicht verlagern können, in der kurzen Zeit seines Bestehens sehr viel für die in Oesterreich doppelt notwendige theoretische Durchbildung der Genossen geleistet zu haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das besidende Obergericht. Unter der Stichmarke „Antimilitaristisches“ berichtete das „Damburger Echo“ in der Nummer 111 vom 13. Mai 1908 über eine Verhandlung des Kriegsgerichts der 17. Division gegen den Anarchisten Albert Libisch, der wegen unsinniger Streiche zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Libisch hatte in einem Briefe an die Militärbehörde erklärt, daß er nicht zur Kontrollverfassung komme; der Militarismus sei eine schandliche Institution und ähnliches mehr. Das Obergericht hob das Urteil auf und setzte die Strafe auf sechs Jahre Gefängnis hinauf! In einem Artikel behandelte das „Echo“ in der Nummer vom 19. Juli 1908 das entsetzliche Urteil. Die Kritik des

„Echo“, die das Urteil aus dem innersten Wesen des Militarismus hervorgehend bezeichnete, hat nun das Oberkriegsgericht so verurteilt, daß dieses Klage beim Landgericht in Hamburg anstrengte. — Die dritte Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Genossen Peterfen, am 19. März 1909 zu 500 M. Geldstrafe. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde diesen Montag vom dritten Straffenat des Reichsgerichts verhandelt und in wenigen Minuten abgetan. In der Revisionsbegründung wurde die Anwendung des Beleidigungsparagrafen gerügt, da sich der Artikel nicht gegen Personen, sondern gegen das System richtete und Personen sich sonach nicht beleidigt fühlen könnten. Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision, da das Reichsgericht in einem Falle schon prinzipiell entschieden habe, ein Urteil des Reichsgerichts somit schon vorliege. Der Senat erkannte auch dementsprechend auf Verwerfung der eingelegten Revision ohne ein Wort der Begründung!

Aus Industrie und Handel.

Produktionsverteilung und Haufe.

Alles reimt sich zusammen! Im allgemeinen wird eine Verteuerung der Selbstkosten in irgendeiner Industrie von der Spekulation als ungünstig für die Rentabilität bewertet. Heute erlebt man aber das Schauspiel einer mühsameren Haufe, nachdem eine kräftige Belastung des betreffenden Gewerbes feststand. Auf dem Markt für Brauereieraktien trat dieses anscheinend Ungereimte in Erscheinung. Die Annahme der Finanzreform, die dem Brauereigewerbe 100 Millionen neuer Steuern auferlegt, veranlaßte die Börse zu Kurssteigerungen bis zu 10 Proz. Die Erklärung dafür liegt in der Tatsache, daß den Brauereien die Abwälzung der Belastung auf die Konsumenten durch die Einführung der Kontingentierung sicher garantiert ist. Und nicht nur das: die Brauereien können sogar noch ein gutes Geschäft machen, indem sie mehr abwälzen als sie zu tragen haben. Die Großbrauereien waren von Anfang an keine scharfen Gegner der neuen Steuer. Sie erhoffen von dieser eine Verschleunigung in der Ausschaltung der kleineren Unternehmen. Und in dem Maße, wie sich dieser Prozeß vollzieht, kommen die Großunternehmer dem Ziele einer Monopolisierung des Marktes näher. Die ausländische Konkurrenz spielt ja im allgemeinen für das Brauereigewerbe in Deutschland keine Rolle. Je mehr nun durch Vernichtung und Ausschaltung der kleinen Betriebe der Zusammenschluß der großen Unternehmen erleichtert wird, um so schneller und sicherer bekommen diese sowohl die Dichte wie auch die Konsumenten als ganz willenslose Objekte der Plusmacherei in die Hand. Deshalb bekämpfen sie die Mehrbelastung nicht. Zudem fügte der Salopp-Steuerblock dem Brauereigewerbe noch eine Bestimmung bei, die die Großbrauer geradezu als ein Göttergeschick für ihre Monopolbestrebungen betrachten können. Es heißt nämlich in dem Gesetz: „Für neue Brauereien, die nach dem 1. August 1909 in Betrieb genommen werden und mit deren Bau nicht bereits vor dem 1. Januar 1909 begonnen war, sowie für solche, die nach dem 1. August 1909 wieder in Betrieb genommen werden, nachdem sie mehr als zwei Jahre außer Betrieb waren, erhöhen sich die Steuerätze bis zum 31. März 1915 um 50 Proz., für die nächsten drei Jahre um 25 Proz.“ Durch diese Bestimmung wird natürlich die Gründung neuer Brauereien erschwert; mindestens haben neue Unternehmen mit einer so starken Mehrbelastung zu rechnen, daß sie kaum Lust haben werden, als Quislibet der Preispolitik eines Brauereizweiges Schwierigkeiten zu bereiten. So erklärt sich die Haufe am Brauereieraktienmarkt. Sie läßt die Konsumenten eine weit über die steuerliche Mehrbelastung hinausgehende Verteuerung des Bieres an, und dem konterbätionalen Steuerblock befehligen sie, daß er auch auf diesem Gebiete der Monopolisierung des Marktes und der Vernichtung des Mittelstandes energischen Vorstoß geleistet hat.

Die Getreidepreise an deutschen Frachtmärkten.

Weizen wurde im Juni an 46 Markorten in einer Menge von 27 086 Doppelzentnern umgesetzt; der Preis stellte sich im Durchschnitt auf 26,55 M. pro Doppelzentner gegen 24,63 M. im Mai und 20,86 M. im Juni 1908. Das Preisniveau steht demnach um nicht weniger als 27 Proz. über dem des Vorjahres. Der Preis für Spelz belief sich auf 27,13 M. pro Doppelzentner; er hatte im Mai 25,68, im Juni 1908 22,10 M. betragen. Der Roggenpreis betrug bei einem Umsatz von 48 028 Doppelzentnern an 66 Markorten durchschnittlich 18,86 M. gegen 17,82 M. im Mai und 16,13 M. im Juni 1908. Damit ist nun auch der Roggenpreis wieder höher als im Vorjahre. Hafer wurde an 84 Markorten in einer Menge von 38 877 Doppelzentnern umgesetzt; der Durchschnittspreis betrug 19,60 M., während er im Mai 18,76, im Juni 1908 16,01 M. betragen hatte. Der Preis für Gerste stellte sich bei einem Umsatz von 10 793 Doppelzentnern an 30 Markorten auf 16,78 M. pro Doppelzentner gegen 17,10 im Vormonat und 14,77 M. im Juni 1908. Für die einzelnen Getreidearten ergibt sich folgende Übersicht:

	Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner in Mark		
	Juni 1908	Mai 1909	Juni 1909
Weizen	20,86	24,63	26,55
Spelz	22,10	25,68	27,13
Roggen	16,13	17,82	18,86
Gerste	14,77	17,10	16,78
Hafer	16,01	18,76	19,60

Das ist der Agrarier Wonne, der Arbeiter Trübsal.

Betriebsbeschränkung in der Baumwollspinnerei. Die in Berlin stattgefundene Versammlung der Delegierten sämtlicher deutscher Verbände der Baumwollspinner beschloß eine gemeinschaftliche Aufforderung an die deutschen Baumwollspinner und Spinnweber, welche noch mehr als 10 Stunden arbeiten, zu erlassen, in der Spinnerei die Produktion sofort auf 10 Stunden zu reduzieren und gleichzeitig auf Grundlage der Tagesnotierung für Baumwolle eine Erhöhung der unter der Selbstkosten getrennten Garnpreise vorzunehmen. — Wenn die Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, dann hört man ein Gemurmel über die Vernichtung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie, jetzt soll die tägliche Produktion auf 10 Stunden reduziert werden, um die Rentabilität der Unternehmen zu erhöhen. Wie's gerade trifft!

Kanalbauten und Arbeitsmarkt.

In beschränkter Weise wenigstens wird der Arbeitsmarkt günstig von der Tätigkeit bei Kanalbauten beeinflusst. Die Kräfte würde für manche Zweige des Erwerbslebens scharfer zur Geltung kommen ohne die zurzeit ausgeführten Kanalarbeiten. „Es vergeht jetzt fast keine Woche“, so schreibt man der „N.-W.-Ztg.“, „ohne daß in Mittel-, West- und Ostdeutschland für die Herstellung der Binnenkanäle Millionenobjekte vergeben werden. Der majestätische Schiffkanal soll Anfang nächsten Jahres begonnen werden. Zu den einigen Hundert Millionen Mark, welche für die Kanäle im Binnenlande jetzt verbaut werden, tritt nun noch die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Von den Arbeiten

für diesen ist für eine Woche ein Teil, und zwar 52 Millionen Kubikmeter Erdmassenbewegung vergeben worden, wozu 18 Unternehmen beteiligt sind. Etwa 33 Millionen Kubikmeter sollen noch im Herbst d. J. oder im Frühjahr 1910 ausgeschleift werden. Da diese gewaltigen Arbeiten fast ausschließlich durch große Baggermaschinen ausgeführt werden, erhalten dadurch besonders die Firmen der Baggerbau- und der Feldbahnindustrie Beschäftigung. Wie umfangreich diese Aufträge sind, erweist man daraus, daß eine einzige Großunternehmung jetzt für Bauten am Nordseeanal für 900 000 M. Baggermaschinen an eine Lübecker Maschinenbauanstalt vergab.“

Da bei den Bauten große Mengen Zement verbraucht werden, dürfte auch in dieser Industrie der jetzige Beschäftigungsgrad teilweise von dem berechneten Bedarf abhängig sein.

Warenhausrust. In Amerika, wo die Vertrauens- in Handel und Industrie die weitesten Fortschritte gemacht hat, ist auch schon das Warenhaus das Objekt von Betriebskombinationen geworden. Einem bereits seit einiger Zeit bestehenden Trust hat sich ein zweiter zugesellt. Eine neue Aktiengesellschaft ist gegründet worden, in der die große Warenhausfirma Siegel, Cooper u. Co., Chicago, die Hauptrolle übernimmt. Mit einem Aktienkapital von 10 275 000 Dollar hat sich unter den Gesetzen von Delaware die Siegel Stores Corp. organisiert und inkorporieren lassen; eine Neugründung zur Übernahme der großen, bisher bereits von Henry Siegel kontrollierten Waren- und Kaufhäuser von Siegel, Cooper u. Co. in Chicago, sowie der Simpson-Crawford Co. und des „14. Street Store“ in New York. Ein Teil der 2 000 000 Dollar 7prozentigen kumulativen Vorzugsaktien der neuen Gesellschaft soll den Angestellten zum Verkauf offeriert werden. Auf diese Weise macht man die betreffenden Angestellten zu Interessenten, in der Richtung, daß sie als billige Anreize funktionieren.

Der englische Kufenhandel. London, 10. Juli. Der Kufenhandel im Monat Juni zeigt eine entschiedene Besserung der englischen Geschäftslage. Im Berichtsmonat belief sich die Einfuhr auf 51 721 282 Pfund Sterling (Zunahme gegen den gleichen Monat des Vorjahres 6,8 Millionen oder 13 Proz.), die Ausfuhr auf 29 717 075 Pfund Sterling (Zunahme 0,8 Millionen oder 2,8 Proz.), die Durchfuhr 7 085 600 Pfund Sterling (Zunahme 1 936 283 oder 32 Prozent).

Keine Unternehmungslust. Der „Ironmonger“ bemerkt in seinem Wochenbericht, der Verkehr am Eisen- und Stahlmarkt sei sehr ruhig. Man glaubt nicht, daß eine Steigerung der Unternehmungslust unmittelbar bevorsteht. Besonders in Schottland ist der Verkehr auf dem Stahlmarkt träge; Aufträge gehen spärlich ein und die fortgesetzte Stille auf den Schiffswerften bestimmt sehr. Das Trägerhandels hat den Rabatt für Aufträge aus China, Japan, Südafrika und Australien von 8 Schilling auf 9 Schilling per Tonne erhöht.

Soziales.

Aus dem Innungs-Schiedsgericht.

Der Bäckermeister Wagner hatte den Bäckergehilfen H., weil er die Zeit verschlafen hatte und um eine Stunde zu spät zur Arbeit erschien, entlassen und ihm den rückständigen Lohn im Betrage von 6,80 M. vorenthalten. Deshalb wurde gegen ihn Klage erhoben. Im gestrigen Termin sagte der Beklagte, daß er der für den Kläger genommenen Kasse für die restlichen vier Tage der Woche mehr als den üblichen Lohn habe zahlen müssen. Zur Deckung des ihm dadurch entstandenen Schadens habe er dem Kläger den Lohn einbehalten. Das Schiedsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung, weil die Aufrechnung des Schadens gegen Lohn unzulässig und weder der Schaden selbst noch die Schuld des Klägers daran erwiesen sei. Während der Urteilsverkündung verließ der Beklagte das Verhandlungszimmer mit dem Bemerkten, daß ihm die Ansicht des Schiedsgerichts nicht mabehende sei.

Gegen den schon häufig beklagten Tischlermeister J. Gerah, Bogenhener Straße 21, klagten gestern abermals 8 Tischlergehilfen. Sie forderten durchweg die Zahlung rückständiger Lohnbeträge, einige von ihnen auch Entschädigung für die noch nicht fertiggestellten Aufträge. Der Vertreter des Beklagten bestritt die Berechtigung der Forderung auf die Entschädigung, denn die Kläger haben selbst das Arbeitsverhältnis gelöst. Der Vorsitzende beehrte ihn dahin, daß die Kläger, da sie am Lohnstage anstatt des vollen Lohnes nur 15 M. erhielten, zur Lösung des Arbeitsverhältnisses befragt waren und deshalb auch den Anspruch auf die Entschädigung gerechtfertigt sei. Die Beträge wurden daraufhin anerkannt und Anerkennungsurteil gefällt. Ob aber vom Beklagten noch was zu holen sein dürfte, ist sehr fraglich.

Vom Fleischerberuf.

Ueber die Lage der Fleischergehilfen in Deutschland gibt und der Bericht der Fleischer-Verbandsvereine etwas Aufschluß.

Der Bericht sagt, daß sich zahlreiche Meister der Ausübung ihres Amtes als Vertrauensmann oder Stellvertreter ohne hinreichenden Grund zu entziehen, die auf sie entfallende Wahl unter wichtigen Gründen abzulehnen suchten. Bedauerlich wird diese Haltung der Unternehmer, zumal ja so wenig Anforderungen an ihre Tätigkeit gestellt würden. Die Revision der Betriebe könnte auch den Meistern nicht überlassen werden, weil hierzu nach Ansicht des Reichsversicherungsamtes technisch vorgebildete Beamte nötig seien, die auf Verlässlichkeit beruht wären.

Wer die Stellung der braven Metzgermeister zu der Gehilfenschaft im allgemeinen näher kennt, wird sich eines Wackelns nicht entwehren können, wenn er im Bericht liest: „wenn man auch eine Befehung der Schiedsgerichtsstellen aus den Berufskreisen der Verletzten sehr vermehrt, so wird doch unter den gegebenen Verhältnissen auf ihre Wiedereinführung nicht mehr zu rechnen sein“. Dagegen hofft man, daß das Abhängigkeitsverhältnis zu den Versicherungsanstalten beseitigt würde und eine Einrichtung getroffen werden sollte, die der Würde der Schiedsgerichte entspricht und andererseits die Berufsvereine in Hinsicht auf ihr Verhältnis zu den Schiedsgerichten den Versicherungsanstalten gleichstellt“. Das ist eben des Pudels Kern. Die Berufsvereine, als einseitige Unternehmerorganisationen möchten eben die Wahlen und Befehung der Richterstellen an den Schiedsgerichten selbst vornehmen, auch hier unbeschränkter Herrscher sein. Daß die Verletzten auch fernherin von der Verwaltung der Berufsvereine gänzlich ausgeschlossen werden sollen, finden die eblen Meister ganz in Ordnung.

Verdient waren im Jahre 1907: 58 500 Betriebe mit 107 453 Arbeitern, im Jahre 1908 58 555 Betriebe mit 110 191 Arbeitern. Die Zahl der Betriebe hat sich also nur um 55 mit 2788 Arbeitern gegen das Vorjahr vermehrt.

Der Bericht erwähnt, daß der Zugang an Betrieben kein beträchtlicher sei, wie man nach den früheren Jahren erwarten dürfte. Es sind 4990 Betriebe neu angemeldet, die gleiche Zahl fast aber auch wieder abgemeldet worden. „Dies dürfte in der Hauptsache auf die derzeitige ungünstige Geschäftslage im Fleischerberuf zurückzuführen sein, nicht aber zuletzt auch darauf, daß das Schlachten durch Privatpersonen und der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren in kaufmännischen Geschäften mehr und mehr zunimmt.“ Eine Anmeldung dieser Betriebe erfolge aber fast nie. Die Frage dieser Hauschlächter sowie der sogenannten Kopf- und Stückschlächter oder Schlachthausgehilfen und „Heiser in den öffentlichen Schlachthöfen würde immer brennender und müsse in absehbarer Zeit gründlich gelöst werden. Dies hätte schon längst geschehen müssen.

Eine dem Fleischerberuf größeren Abbruch verursachende und in neuerer Zeit immer häufiger werdende Betriebsart sei die der Hotelfleischer. Auch hier sei der Streit über die Versicherungspflicht vorhanden. Denn wenn nicht mehr als zehn Personen damit beschäftigt werden, werden diese als Nebenbetrieb des Hotells

angesehen. Anders liege das Verhältnis bei den mit Wirtschaften verbundenen Fleischerbetrieben. Der Wirtschaftsbetrieb sei in der Regel nicht versicherungspflichtig, jedoch der beschäftigte Metzgergehilfe bei der Fleischerberufsgenossenschaft anzumelden.

Es wird im Bericht weiter darauf hingewiesen, daß viele Betriebsunternehmer sich nicht anmelden, weil sie ja nur ihre Söhne oder Töchter beschäftigen und wird wiederum durch Belehrung versucht, den Irrtum aufzuklären.

Eine große Stütze habe die Genossenschaft an den Schlachthausverwaltungen, welche die neuen Zugänge melden. Es sind in 1158 Gemeinden in Baden, Hessen, Sachsen, Mecklenburg und Oldenburg durch die Ortsbehörden Erhebungen über noch nicht gemeldete Betriebe angestellt worden. In 472 Gemeinden wurden noch 770 Betriebe ermittelt, die ihrer Anmeldepflicht noch nicht nachgekommen waren. Der Vorstand der Genossenschaft hatte in zwei Sitzungen seine ganze Arbeit bewältigen können. Eigentümlich liegt es sich, daß ein Herr über die Prüfung der Jahresrechnung Bericht erstattet, der „selbst bei der Revision nicht anwesend war“.

Zu Punkt Unfallverhütung wird bemerkt, daß weitere Aufsichtsberechtigungen eingeleitet worden seien. Die Beamten erwähnen, daß eine sehr große Anzahl von Unfällen durch Fehlen von geeigneten Schutzvorrichtungen, mangelhaften Betriebsbedingungen, durch ungenügende Beaufsichtigung der Arbeiter usw. verursacht werden und klingen. „Häufig werden in ganz unverantwortlicher Weise von Rüstern oder Gesellen jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, sogar Kinder, die noch jahrelang die Schule zu besuchen haben, an gefährlichen Arbeitsmaschinen beschäftigt“.

Von der Berufsvereinschaft würde sehr viel für die Belehrung der Mitglieder getan, so daß „man nur eine unzerstörliche Gleichgültigkeit annehmen kann, wenn dieses oder jenes immer wieder nicht geschieht“. Gegen 8450 Unternehmer mußten Strafverfügungen in Höhe von 11 688 M. erlassen werden. Rügen wird es aber nichts.

Unfälle wurden im Berichtsjahre 4498 gemeldet, gegen 4338 im Vorjahre, von denen 1818 nur entschädigt wurden. Aus der Statistik der entschädigten Fälle ersehen wir, daß unter 16 Jahren 112 Verletzte waren, unter 18 Jahren 382. Die meisten Verletzungen bestanden aus Schnitt- und Hiebverletzungen: 607, dann folgten Quetschungen mit 193 und Knochenbrüche mit 172. Dem Berichte der Aufsichtsberechtigten entnehmen wir, daß im Vorjahre 2552 Betriebe beaufsichtigt wurden (von 56 000 versicherten Betrieben). Gefunden wurden insgesamt 6213 Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften. An den so gefährlichen Fleischwölfen fehlte in 1240 Fällen jeder Schutz usw. Aus den ganzen Ausführungen der Beamten, die sich große Mühe zu auferlegen — wußten, geht hervor, daß der Unfallschutz im Fleischerberuf erst dann vorhanden sein wird, wenn die Gehilfen besser organisiert, sich selbst um ihre Lage kümmern. Wie nötig dies ist, ergibt sich schon aus dem Durchschnittslohn der Gesellen und Arbeiter in diesem Berufe. Laut Bericht betrug der Jahresdurchschnittslohn im Jahre 1908 nur 815 M., gegen 801 M. im Jahre 1907. Billige Arbeitskräfte sind auch der Berufsvereinschaft nicht gefährlich. Denn die Verletzten haben 75,9 Proz. ihrer Verurteilungen am Schiedsgericht und gar 75,3 Proz. aller Rekurse am Reichsversicherungsamt verloren.

Gerichts-Zeitung.

„Maximilian Graf von Passy“ alias „Oberst Schiemangl“, der bekannte Abenteuerer und Hochstapler, mußte sich gestern vor dem Strafrichter verantworten. Gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführten Gastwirtsohn Albert Schiemangl verhandelte die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splettschöber wegen wiederholten Betruges im strafschweren Plünderungsfalle und wegen wiederholter schwerer Urkundenfälschung. Wegen Beihilfe zum Betrüge in einem Falle war der Arbeiter Emanuel Hoppe mitangeklagt. — Die vorliegende Strafsache hat schon einmal am 12. Februar v. J. dieselbe Strafkammer beauftragt, Schiemangl, gegen den der Staatsanwalt seinerzeit acht Jahre Zuchthaus beantragt hatte, wurde zu drei Jahren Zuchthaus, 900 M. Geldstrafe und fünf Jahren Erwerbsverlust verurteilt, während Hoppe wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten und auch die Staatsanwaltschaft Revision ein. Die Revision des Schiemangl wurde verworfen, während der der Staatsanwaltschaft stattgegeben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. Ebenso wurde das erste Urteil auf die Revision des Hoppe vom Reichsgericht aufgehoben. — Der Angeklagte Schiemangl, der wiederholt schon die Gerichte und die Deffinitivität beschäftigt hat, führt seit vielen Jahren ein Abenteuerleben, wie es nur unter den „Helden“ in gewissen Schundromanen angedeutet wird. Schiemangl ist aus einer sehr anständigen Familie hervorgegangen. Es ist der Sohn eines noch lebenden Gasthofbesizers im Kreise Ludau. Er besuchte das Gymnasium in Ludau und wurde, da er verschiedene tolle Streiche verübte, von seinem Vater in die Unteroffizierschule in Weinburg und später in Potsdam gesteckt. Schon hier kam der damals 17jährige Sch. mit dem Strafgesetz in Konflikt und wurde wegen Betruges verurteilt. Er wurde dann Soldat in dem Pionierbataillon in Torgau und erlitt auch hier Strafen und Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes wegen Diebstahls und Betruges. Im Jahre 1889 wurde er schließlich von seinen Angehörigen nach Amerika abgeschoben. Von dieser Zeit an beginnt sein wirkliches Abenteuerleben. Er trat in das erste Artillerieregiment der Vereinigten Staaten ein, desertierte jedoch bald wieder und kehrte nach Deutschland zurück, wo er in der Uniform eines amerikanischen Colonels verschiedene Hochstapeleien verübte. Als er dann unter dem Verdacht der Spionage verhaftet werden sollte, flüchtete er wieder nach Amerika, wo er angeblich in das von Roosevelt gegründete Korps der „Rauhen Reiter“ eintrat und hier den Majorrang erreicht haben will. Tatsächlich wurde er als Deserteur verhaftet. Nach seiner Freilassung kam er wieder nach Deutschland zurück und wurde hier im Jahre 1899 vom Schwurgericht I wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Während der Verbüßung dieser Strafe lernte Schiemangl in der Strafanstalt zu Sonnenburg den jetzigen Mitangeklagten Hoppe kennen, der dort eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren wegen Diebstahls verbüßte. Bald nach seiner Entlassung verübte Sch. als amerikanischer Offizier neue Hochstapeleien und wurde vom Schwurgericht zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. Im Zuge seiner Entlassung erschien er mit Hoppe, den er als seinen Diener ausgab und zwei „Damen“ bei dem Schankwirt Olyvier, dem er sich als Major v. Schiemangl vom Corps of Engineers in Fort Hamilton ausgab. Durch das sichere Auftreten des Schwunders ließ sich O. verleiten, ihm nicht nur die Reize zu kredittieren, sondern ihm auch noch ein Darlehen von 80 Mark zu geben. — Anfangs Oktober 1907 erschien der Angeklagte in dem Bureau des Heiratsvermittlers Bodzus, bei dem er eine Frau mit mindestens einer Million Mark Vermögen suchte. Ueber seine Personlichkeiten ließ Schiemangl in das Journal des Bodzus folgende Eintragung machen: „Comte de Passy, Maximilian, Oberstleutnant im Generalstabskorps der Vereinigten Staaten, New-York, Fort Hamilton, 1869 Bogis geboren, war altlicher Offizier, hat ein Gut 55 000 M. Wert, 14 000 M. Einkommen spricht englisch, deutsch, spanisch, arabisch, türkisch, russisch, ist sehr musikalisch und Erfinder auf militärischem Gebiete.“ Aus dieser Heiratsgeschichte wurde jedoch nichts, da Schiemangl von einem Angestellten erkannt wurde. — Einem Fräulein K., welches Sch. auf der Potsdamer Brücke kennen gelernt hatte, gegenüber gab sich der Angeklagte als Comte de Passy aus, verlobte sich mit ihr und ließ sich verschiedene kleinere Darlehen geben. Um die K. recht sicher zu machen, ergründete er, daß er von dem Grafen Soden-Wibran das Gut Neubrück gekauft habe und fuhr mit ihr auch nach einem kleinen Verbleiben in Hesse, um sich den Segen des dort wohnhaften Vaters der K., der Polizeiwachtmeister ist, zu erbitten. Die K. hatte nach und nach ihre gesamten Er-

Paraffin geopfert. Schließlich fällt die Schlemmer noch einen Wapfel über 7000 M. auf den Namen seiner inwärtigen geschiedenen Ehefrau Mary Sch. — In den übrigen Fällen der Anlage handelte es sich um verschiedene kleinere Kreditbewilligungen.

Eine Reihe Gerichtsärzte begutachteten, daß Schlemmer zwar geistig minderwertig sei, der § 51 bei ihm aber nicht in Anwendung zu bringen sei. Die beiden anderen Sachverständigen vertraten die Ansicht, daß man im Zweifel darüber sein könne, ob Schlemmer nicht schon die Grenze zwischen geistiger Minderwertigkeit und Unzurechnungsfähigkeit überschritten habe. — Das Gericht kam, trotzdem die Staatsanwaltschaft seinerzeit Revision eingelegt hatte, zu einer milderen Verurteilung des Schminners. Das Urteil gegen ihn lautete auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus, 450 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft und der erkannten Geldstrafe. Coppe wurde mangels ausreichenden Beweises freigesprochen.

Unlautere Konkurrenz.

In dem Bericht über den vor dem Reichsgericht verhandelten Prozeß der Konfektionsfirma Peiser wider Pukraß (vom 7. d. M.) ist unserm Berichterstatter der Irrtum unterlaufen, daß er die Beklagte verurteilt hat. Der Tatbestand des Prozesses ist folgender. Die Konfektionsfirma Peiser hatte gegen die Konkurrenzfirma Pukraß eine Schadenersatzklage in Höhe von 12000 M. erhoben. Diese war damit begründet, die Firma Pukraß habe dadurch, daß sie eine Reihe bei ihr beschäftigter Konfektionsarbeiter verpöbelte, nicht mehr für einen von der Firma Pukraß zu der Firma Peiser übergegangenen Konfektionär zu arbeiten, ihr Arbeitskräfte entzogen. Auf deren Mitwirkung sei aber zur Effektivierung der ihr erteilten Ordere notwendig angewiesen. Daher liege Schadenersatzpflicht vor. Das Landgericht I stellte in erster Instanz diesen Schadenersatzanspruch der Firma Peiser dem Grunde nach fest. Auf die seitens der Firma Pukraß eingelegte Berufung wies das Kammergericht die Klage mit der Begründung ab, die Firma Pukraß habe durchaus im Rahmen der durch die Sachlage für sie gebotenen Konkurrenz gehandelt, demgemäß könne von einem Verstoß der Firma Pukraß gegen die guten Sitten keine Rede sein. Die gegen das Urteil des Kammergerichts von der Firma Peiser eingelegte Revision ist nunmehr vom Reichsgericht zurückgewiesen worden.

Literarisches.

Die technische Entwicklung der Schwefelsäurefabrikation und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Von Dr. Elinor Dröffer. Technisch-volkswirtschaftliche Monographien. (Herausgeber Dr. Ludwig Singheim.) Band IV. Verlag Dr. Werner Klinckschield, Leipzig.

Es ist nur ein Teilgebiet der chemischen Industrie, welches der Verfasser behandelt. Aber die Schwefelsäure bildet für ganze Abteilungen der chemischen Industrie die absolut notwendige Unterlage. Daher ist ihre technische und wirtschaftliche Entwicklung vom größten Einfluß auf das Werden und Sein der meisten chemischen Industriezweige und eng verbunden mit der rapiden Entwicklung des ganzen Industriegebietes.

Die Schwefelsäureindustrie ist eine der sehr wenigen chemischen Gewerbe, deren Anfänge bis ins Mittelalter zurückreichen. Schon die Alchimisten, die mit der chemischen Behandlung der Naturkörper den Anfang machten, benutzten Schwefelsäure zu Präparaten und stellten mit ihr allmählich auch noch die wichtige Salzsäure und Salpetersäure her.

Erst nach Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich in der Herstellungsweise der Schwefelsäure ein Großbetrieb, um dem plötzlich anschwellenden Bedarfe der Textilindustrie zu genügen. Das Aufkommen der Maschinen in England und Frankreich und die bald darauf folgende Vervollständigung und Umbildung der Apparate zur Erzeugung von Schwefelsäure steht im unmittelbaren Zusammenhang. Daher gelangt die Schwefelsäureindustrie entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung zunächst in England und Frankreich zur Entfaltung. Notwendig mußten auch in Deutschland die Anfänge einer nennenswerten deutschen Schwefelsäureindustrie hervortreten. Während Deutschland im Jahre 1855 erst 25 000 Tonnen 60gradige Säure hervorbrachte, betrug die Produktion 1904 schon 1 900 000 Tonnen.

Die erste fabrikmäßige Herstellung von Schwefelsäure erfolgte im Jahre 1740 durch den englischen Apotheker Ward. In Glasballons, die etwas Wasser enthielten, wurde ein Gemisch von 8 Teilen Schwefel und 1 Teil Salpeter eingeführt und verbrannt.

1746 vertauschte ein Dr. Koebud in Birmingham die zerbrechlichen Glasballons Wards mit kleinen Bleikammern von 6 Fuß im Quadrat Grundfläche. Der fabrikmäßigen Produktion von Schwefelsäure folgte ein rascher Preisrückgang der Säure fast unmittelbar auf dem Fuße. Während vor Wards Fabrikationsbeginn 100 Kilogramm Schwefelsäure, dazu noch nur 50 Grad, zirka 8000 Mark kamen, sankte Wards den Preis auf 450 M., Koebud mit seinen Bleikammern auf 104 M. Dieser Preisrückgang begleitete denn auch in der weiteren Fabrikationsentwicklung in jedem technischen Fortschritt, jedwede Verbesserung der Schmelzöfen und des Bleikammerverfahrens. 1876 war in Rheinland-Westfalen der Durchschnittspreis für 60gradige Säure, loco Fabrik, auf 5,90 M., 1906 der Rheinisch-Westfälische Syndikatspreis sogar auf 2,25 M. gesunken.

Dabei verschlangen die zur Fabrikation notwendigen Bleikammern, der Bau der zum Schmelzen der Schwefelmetalle oder Schwefelsteine notwendigen Oefen riesiges Anlagekapital. Eine gewöhnliche Bleikammeranlage für eine Tagesproduktion von 20 Tonnen älteren Systems kam 370 000 M., die Anlage neuesten Systems, dem Kontaktverfahren, auf 400 000 M. Damit war natürlich die Schwefelsäurefabrikation von vornherein dem Großkapital reserviert!

Reben der speziell technischen Seite der Fabrikation, den verschiedenen Oefen und Bleikammersystemen, die ja nur den Fachmann interessieren, behandelt der Verfasser eingehend das Kapitel Arbeitszeit und Arbeitslohn in ihrer Beziehung zur Schwefelsäureindustrie, während er die Rentabilität nur an einigen Stellen knapp streift. Die Lage der beschäftigten Arbeiter, zirka 6000, ist überaus traurig. 12stündige Arbeitszeit und ein nur knapp den ortsüblichen Tagelohn übersteigender Arbeitsverdienst sind hier die Regel. Nach einer beigefügten Lohnabelle erhalten z. B. im Jahre 1908 ein Ofenmeister in der Nähe Staßfurt zirka 4,50 M. pro Tag, in den Harzer Schwefelsäurewerken zu Oder ein solcher 1907 3—3,15 M., ebenfalls in Kammerwärdern, ein Hilfsarbeiter zirka 3 M. pro Tag. Selbst in der Nähe von Berlin beträgt für einen Kammerwärter der Durchschnittslohn nur 4 M. pro Tag. Stundenlöhne von 30—40 Pf. bilden die weitaus überwiegende Mehrzahl. Daneben macht sich in der Industrie noch durchgehend ein Prämien- und Vergütungswesen breit, das bestimmt ist, die Arbeiter auf das intensivste auszunutzen. Da die Stundenlöhne absichtlich so niedrig gehalten sind, daß der Arbeiter ohne Prämie überhaupt keinen zur Lebenshaltung ausreichenden Arbeitsverdienst erhält, muß er sich vollständig der Willkür der Betriebsleiter unterwerfen. Nur bei äußerster Anstrengung ist es ihm möglich, 0,70 bis 0,50 M. Tagesprämie zu erzielen.

Diese überaus niedrigen Löhne werden obendrein noch vermindert durch einen ganz außerordentlich großen Verbrauch von Kleidungsstücken. Die Säure, deren Berührung sich nicht vermeiden läßt, zerfrisst unweigerlich sämtliche Stoffe und Leder.

Aber etwas noch viel wichtigeres zerfrisst die Säure, das Leben und die Gesundheit der zu so niedrigen Löhnen beschäftigten Arbeiter. Wie gefährlich die Schwefelsäurebetriebe in gesundheitlicher Beziehung sind, beweist allein schon die Verheerung, die sie in der freien Natur anrichten. Einen Begriff von dem durch den Hüttenrauch (Ausströmen schwefeliger Dämpfe), verursachten Schaden bezugt Glaustrahl. Am diesen Ort war der Pflanzenwuchs durch Hüttenrauch vernichtet: 1750 auf 10 Hektar, 1845: 75 Hektar, 1882: 85 Hektar. Alle drei Oberharzer Hütten zu Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Döwle, Dichtenberg. Für den

zusammen haben nicht weniger als 4400 Hektar Pflanzenwuchs mehr oder weniger beschädigt.

Leidet die Natur, so leiden natürlich auch die Menschen. Arsenvergiftungen, Vergiftungen durch das Ausströmen schwefeliger Dämpfe sind an der Tagesordnung. Zahlreich sind daher die Erkrankungen der Atmungsorgane. Daneben die vielen Gefahren durch Hitze, Staub und umhersprühende Säure. Eine beigefügte Krankheitsabelle eines rheinischen Großbetriebes zeigt in übersichtlicher Weise die Gefahrenhöhe, der die Arbeiter im Schwefelsäurebetrieb ausgesetzt sind. Es kommen da durchschnittlich auf jeden Mann im Jahre bis 18 Krankheitsstage, 10 aber bilden die Regel. Leider sind die Sterblichkeitsziffern nicht mit angeführt, sie würden den traurigen Eindruck der Tabelle nur noch verstärken. Dabei ist die Schwefelsäurefabrikation noch nicht einmal die gefährlichste der ganzen Industrie; die Chromatfabrikation hatte 1900/01: 23,6, 1903/04: 19,9, die Anilinfabrikation aber 1900/01 sogar 81,2 Krankheitsstage pro beschäftigten Arbeiter. Während der Krankheitsdurchschnitt von 1881—1904 bei der Schwefelsäure 9,9 Tage ausmacht, hat die Chromatfabrikation im gleichen Zeitraum 17,2, die Anilinfabrikation 13,8 Tage.

Bei derartigen Zuständen fordert der Verfasser denn auch energisch wirksame Schutzmaßnahmen sozialer und hygienischer Art. Besonders die Möglichkeit und Notwendigkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit wird von ihm überzeugend nachgewiesen. „Ein Mittel, um die Praxis dem Hochstande der Technik anzupassen, ist, neben einer starken Arbeiterorganisation, vor allem die Erschaffung einer Hochgewerkschaft für die Haupttypen der chemischen Fabriken, wie sie England in seiner Alkaliinspektion besitzt. Bei der heutigen Einrichtung der Gewerkschaften für alle Arten von Betrieben, chemischen, mechanischen und manuellen, ist es kaum möglich, für den Inspezierenden grade in einer chemischen Industrie, deren Eigenschaften nicht so offen zutage liegen, zu beurteilen, welche Arbeit wirklich innerhalb technischer Notwendigkeit liegen. (Der Verfasser verweist dabei auf eine Fabrik, welche aus Ersparnisgründen die Bleikammer statt mit Blei, wie es die Technik verlangt, mit Lehm oder Kalk gebläht und dadurch natürlich die Gesundheit der beschäftigten Arbeiter verberberischerweise aufs höchste gefährdet hatte.) Ein weiteres Erfordernis wäre dann freilich, daß der Beamte möglichst nur unangemeldet die Fabriken besichtigt und die vorhergehende Anmeldung seines Besuches eine Ausnahme ist.“ Wie traurig, daß so etwas erst noch gefordert werden muß!

Verfammlungen.

Die Freie Volksschule hielt ihre abschließende Jahresgeneralversammlung im Gewerkschaftshause ab. Der Vorsitzende Conrad Schmidt eröffnete den Abend mit einer Ansprache, welche die große geistige Bewegung, die vor nun bald 20 Jahren zur Gründung des Vereins geführt hatte, sowie die weitere Entwicklung im allgemeinen Ulrich schilderte und mit einem warmen Appell an die Mitglieder schloß, die Agitation zur Fällung der neu eröffneten Abteilungen mit aller Kraft zu betreiben.

Der gedruckte vorliegende Jahresbericht teilt mit, daß die Mitgliederzahl, die gemäß der abgeschlossenen Bühnenverträge bis zum Herbst um 2200 vermehrt werden muß, zurzeit 15 400 beträgt; ferner, daß von den 10 regulären Vorstellungserien vier im Neuen Schauspielhaus, eine im Lessingtheater, eine im Residenztheater, drei im Thalia-Theater und eine im Herrnsfeldtheater — auf den beiden letztgenannten Bühnen natürlich unter eigener Vereinsregie — stattfinden werden. Außer den wie bisher fortlaufenden Abendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus sind sechs Extravorstellungen vorgesehen. Zur Aufführung gelangen in den ersten Serien „Gogol“ von Hebbel, „Müßiggang“ von Hauptmann, „Hanneles Himmelfahrt“ von Hauptmann, „Vater und Sohn“ von Schumann, „Geschäft ist Geschäft“ von Pirbeau. — Den Kassenbericht erstattete Kassierer Winkler. Die Einnahmen betragen für das 4. Quartal (April—Juni) 58 158,05 M., die Ausgaben 54 109,50 M. Die Gesamteinnahmen von Juli 1908 bis Juni 1909 belaufen sich auf 157 975,58 M., die Gesamtausgaben auf 153 926,13 M., so daß am 1. Juli 1909 ein Kassenbestand von 4049,45 M. vorhanden war. — In der Diskussion übten die Herren Jahn, Reng und Frankenstein Kritik an dem letztjährigen Repertoire. Baake, der Leiter der Versammlung, antwortete im Namen des Vorstandes in wirkungsvoller Weise auf die Angriffe. Was „Mache“, das letzte Stück, betraf, so sei der Ausschuss durch eine Erklärung der betreffenden Theaterdirektion, daß zurzeit etwas anderes für den Verein unmöglich einstudiert werden könnte, in eine Zwangslage versetzt worden, die keine Wahl ließ. — Bei der nun folgenden Wahl wurden in den Vorstand Dr. Conrad Schmidt als erster, Baake als zweiter Vorsitzender und Winkler als Kassierer wiedergewählt. An Stelle von Buschold und Friedländer, die eine Weiterführung ihres Amtes zum Bedauern des bisherigen Vorstandes abgelehnt hatten, treten nach der Abstimmung der Versammlung Kaliski und Sassenbach als Schriftführer in den Vorstand ein. Für den Ausschuss wurden wiedergewählt: Dr. Bloch, Dr. Schifowski, Robert Schmidt, Stampfer, Bach, Frau Dr. Jades; die Kooptierung des Dr. Lindheimer wird bestätigt. Als Revisoren werden wiedergewählt: Gutschmidt, Jonas, König; als Obleute: Rüttardt, Wagner, Hube, Schnase, Weiner, Hauptmann, Weidt, Karl, Wilde, Kolb, Lude, Wieg, Wolff.

Vermischtes.

In einem Sandberg verschüttet und erstickt. Einen schrecklichen Tod hat der dreizehnjährige Schüler Willi Dahms aus Velten gefunden. Der Knabe wurde bereits seit einigen Tagen vermisst. Anfangs glaubte man, daß er das Opfer eines Verbrechen geworden sei. Gestern wurde der Verunglückte in einem Sandberg an der Bergstraße in Velten erstickt aufgefunden. Der Knabe hatte wohl jedenfalls in den Sandhügeln gespielt und war bei dem Einsturz eines der Hügel verschüttet worden. Da der Vorgang von niemand beobachtet worden war, so mußte das bedauerndste Kind hilflos umkommen.

Hochwasser. Karlsruhe, 12. Juli. Die Hochwassernachrichten aus dem Lande mehren sich in bedenklicher Weise. Bei Maxau zeigte der Rheinspiegel gestern 6,88 Meter. Er ist gestern um 25 Zentimeter gestiegen und zeigt noch immer steigende Tendenz. Die Wasserwehr wird alle zwei Stunden abgedüst. Die Weichsitz ist zum reißenden Strom angeschwollen und überschwemmt die dort liechten Hochwasser kann erholten Distrikte. Auch der Redar führt Hochwasser. Aus Rehl wird gemeldet, daß der Wasserstand sehr bedenkliche Dimensionen annehme. Die Kinzig nimmt ihren Weg über Biefen, Keder und Strachen. Auch aus dem Oberland werden große Wasserberberungen gemeldet. Der Bau des Kraftwerks bei Augst-Wihlen ist vom Hochwasser bedroht.

Infolge der starken Regengüsse und eines dadurch hervorgerufenen Dammbrechens mußte der Verkehr auf der Strecke Endorf—Obing bis auf weiteres eingestellt werden. Aus Nordtirol werden ebenfalls starke Regengüsse gemeldet, so daß große Gefahr einer Ueberschwemmung vorhanden ist. Die Flüsse steigen rasch.

60 Häuser niedergebrannt. Czernowitz, 12. Juli. Gestern Abend sind in Wicny 60 Häuser samt den Nebengebäuden niedergebrannt. 150 ärmere Familien sind obdachlos, doch sind Opfer an Menschenleben nicht zu beklagen.

Grubenkatastrophen.

Siedenkopf, 12. Juli. Auf der Grube Storch und Schöneberg im Siegerlande sind zwei Bergleute, die beim Bohren auf einen fogenannten alten Schuß kamen, durch Explosion schwer verletzt worden.

Essen a. d. R., 12. Juli. Auf der Zeche Carolus Wagnus bei Geroge-Wurde entstand in Viehagen Feuer, durch das zwei Insuperantestler veranwortl. Redakteur: Wilhelm Döwle, Dichtenberg. Für den

Bergleute abgeschritten wurden. Die Rettungs- und Löscharbeiten wurden eifrig betrieben und es gelang, des Feuers Herr zu werden; doch wurden die eingeschlossenen Bergleute tot aufgefunden. Die Brandstätte bleibt vorläufig eingedämmt.

Essen a. d. R., 12. Juli. Auf der Zeche Unser Fried in Gelsenkirchen wurden zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein erschlagen.

Den Freund erstochen. München, 12. Juli. In einem Vorort hat gestern der Tagelöhner Koblner einen anderen Tagelöhner, den er bei seiner Geliebten fand, durch Messerstiche getötet, ohne in der Dunkelheit zu erkennen, mit wem er es zu tun hatte. Später stellte es sich heraus, daß Koblner seinen besten Freund getötet hatte.

Von der Cholera. Petersburg, 12. Juli. In der Cholera sind gestern 101 Personen erkrankt, 47 gestorben. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 813.

Die Erde bebt. Sidney, 12. Juli. In Neubritannien und im Bismarckarchipel haben sich heute Erdbeben bemerkbar gemacht.

Eingegangene Druckschriften.

„Bibliothek für Alle“. Band IX und X a 0,60 M.
Die bayerische Steuerreform von L. Dübbe. München, Verlag J. Schöner. 2 M.
Der praktische Kaufmann. Von Konstantin Keusch. Ein Unterrichts- und Nachschlagewerk. 45 Lieferungen a 60 Pf. Literaturverlag, Essen (Aubr).
Die Frau und ihre Zeit. Heft 6. Monatschrift, redigiert von A. Brauner. 50 Pf. „Sunndrud“, G. m. b. H., Berlin.
Deutsche Liebeslieder vom 12.—20. Jahrhundert, ausgewählt von B. Reichardt, geschmückt von H. Gogol. 1,75 M. Einhorn-Verlag, München.
Der Kollektivismus und die soziale Monarchie. Von Dr. A. v. Reupauer. 5 M. A. Linde, Dresden.
Reichsvereinsgesetz. Systematischer Kommentar von Prof. Ester-Somlo. 2. Bd. 2 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Ein Schidbuch aus Ost. Nummernreihe von M. Ries. 1 M. D. Gullig, Wisa i. W.
Jugendrecht und Gericht. Das Kulturparlament. Heft 3 und 4. 2 M. — Vita, Deutsches Verlagshaus Charlottenburg.
Reichsgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Vom 7. Juni 1909. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister. Vom Oberlandesgerichtsrat Jinger. Verlag J. Kahlen, Berlin. Geb. 1,20 M.
Militäranglichkeit und Großstadteinfluß. Von Dr. M. Alberg. 1 M. — B. G. Teubner, Leipzig.
Der Tropenpflanzer. Nr. 7. Herausgegeben von D. Warburg und J. Bollmann.
Die Willensfreiheit. Eine Studie von C. Günther. 1 M. — G. Weidmann, Berlin.
Eine Studienreise von Handelskäufern ins Ausland. Von Eugen Garstin. Brosch. 60 Pf. Verlag W. Müller, Charlottenburg.
Nag Nordens jüdische Schriften. Herausgegeben vom Jüdischen Aktionskomitee. 2 M. Jüdischer Verlag in Köln.
1000 Aufgaben und Prüfungen der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Preseverdienst. Als Lehrgangsstoff für Examenkandidaten zusammengestellt von Dr. C. R. Hartlein. Heft 1—5. Preis pro Heft 1,20 M. Verlag B. Neumann, Frankfurt a. M.

Briefkasten der Redaktion.

W. G. 105. Wenden Sie sich mit dem Antrag direkt an das Kriegsministerium. — Cuba. I. Zurzeitige Auslastung in Kasanaburungangelegenheiten erhalten Sie nur im amtlichen Auslastungsbureau, Berlin, Schellingstr. 4, II. 2. Gehtiger Körperlicher Fehler (Blattbildung) oder dergleichen, der zum Dienst nicht unzulässig macht. — U. S. Der Staat ist zu einer Vergütung in Ihrem Falle nicht verpflichtet. — Sparkasse. Auf amtliche Anfragen ist Auskunft zu erteilen und kann dann Befehlsgabe erfolgen. — R. D. 29. Die Darlegung ist falsch; wir haben ausschließlich darüber berichtet. — U. G. 32. Ja, aber die Unbedingtheit, aus einem wichtigen Grund zurückgetretene Prämie kann Entschädigung verlangen, wenn sie als Unbedingtheit im strengen Sinne zu verstehen und gegen den erhobenen Anspruch einen Teil ihrer Forderung aufzuweisen. — G. W. Krop. 1. und 2.: Ja. — M. D. 10. Reklamieren Sie bei der Eisenbahndirektion; viel Aussicht auf Erfolg liegt nicht vor. Ein Preisgerichtsverfahren hierüber ist uns nicht bekannt. — M. R. 1. Ja. 2. Nein. — W. G. 99. Unterstützungsberechtigt ist Ihre Mutter in der Gemeinde, in der sie das letzte Jahr hindurch ohne Armenunterstützung gewohnt hat. — H. R. Die Klage müssen Sie annehmen, dann Ihre Einwendungen dem Gericht mitteilen und Ladung Ihrer Zeugen unter Angabe dessen, was sie bezeugen sollen, zum Termin beantragen. — W. G. 19. Sie brauchen bis zu der Abnahme der Firma nur das mit dem Vertreter vereinbarte zu zahlen. Daß die Vereinbarung getroffen ist und daß der Vertreter zur Vertretung berechtigt war, müssen Sie beweisen. — G. 898. Voraussetzungen sind nur die Wanduhr und der Spiegel als plünderbar erachtet werden, weil das Sofa als Schlafstätte dient. Sind mehr geplündert, so müssen Sie beim Amtsgericht Beschwerde einlegen. — Stat. Anst. Das Anrecht des ausgeschlossenen Mitspielenden auf den Gewinnanteil bleibt bestehen, wenn nicht im Statut ausdrücklich das Gegenteil vereinbart ist. — W. G. 87. 1. Die Armenverwaltung wird Erbe des vollen Nachlasses, wenn sie bis zum Tode Almosen gewährt hat. Der Betrag aus der Lebensversicherung fällt dem zu, auf den die Vollgelt lautet. Entschlossen sich die Kinder nicht der Erbschaft innerhalb 6 Wochen durch eine gerichtliche oder notariell beglaubigte Erklärung, so sind sie Erben und haften als solche für die Schulden des Nachlasses. 2. Im Fall einer Klage gegen den Vater würde in Ihrem Falle voraussichtlich der Wert abgezinst werden. —

Amthlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Rind- und Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft tege, Preise anziehend.

Wasserkunds-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		am	seit	Wasserstand		am	seit
		11. 7.	10. 7.			11. 7.	10. 7.
		cm	cm			cm	cm
Remel, Mühl	160	+12		Saale, Großhly	82	-2	
Bregel, Inderburg	41	+48		Qabel, Spandau	35	+6	
Reichel, Horn	198	+2		Radzenow	38	-5	
Oder, Raibor	264	+40		Spree, Doremberg	—	—	
Kraffen	266	+8		Deeslow	74	+1	
Frankfurt	248	+8		Weser, Minden	-38	+19	
Wartde, Schrimm	63	+7		Minden	9	+5	
Landberg	2	+6		Weser, Wargenillanbau	661	+41	
Rehe, Boddamm	-23	-1		Kauß	343	+31	
Elbe, Leimberg	80	-10		Köln	366	+37	
Dresden	-18	-17		Neckar, Neillbrom	158	-27	
Warty	285	-39		Rain, Wertheim	156	+2	
Magdeburg	248	-34		Rosel, Trier	240	+68	

) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Witterungsübersicht vom 12. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temp. u. d. Luft
Wismar	752	W	2 Regen	16	Dapranba	752	D	2 bedekt	19
Damburg	756	W	3 bedekt	15	Westerburg	747	W	— halb bb.	19
Berlin	754	W	4 wolbig	16	Essly	766	W	2 halb bb.	14
Frankfurt	758	W	5 wolbig	13	Übersee	764	W	2 halb bb.	13
München	757	W	5 Regen	9	Paris	762	W	2 bedekt	11
Wien	762	SW	— wolbig	14					

Wetterprognose für Dienstag, den 13. Juli 1909.

Zeitweise aufklarend, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hente Dienstagabend von 6 1/2 Uhr an: Flugblatt-Verbreitung von den bekannten Stellen aus.

Morgen Mittwoch: Zahlabend in Berlin und Vororten.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag, den 3. August, findet in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, die ordentliche Generalversammlung des Kreises statt.

Dritter Wahlkreis. Die Genossen der Bezirke 253 und 278 werden ersucht, sich diesmal zur Flugblattverbreitung bei Gräber, Seydelstr. 22, einzufinden. Der Vorstand.

Charlottenburg. Achtung! Dritte Gruppe. Der Zahlabend findet am Mittwoch im „Volkshaus“ gemeinschaftlich für die ganze Gruppe statt.

Wilmersdorf-Ostensee. Der 1., 2. und 3. Bezirk halten ihren gemeinsamen Zahlabend bei Wegner, Johann-Georgstr. 11, ab.

Friedenau. Die heutige Flugblattverbreitung findet auch in unserem Ort statt. Erwarten vollständiges Erscheinen der Genossen um 7 Uhr abends in den Bezirkslokale.

Lichtenberg. Heute findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Grüner. Dienstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Mittwoch, den 14. d. M.: Generalversammlung des Wahlvereins.

Sonnabend, den 17. d. M., im Neuen Schilgenhaus (Domnid): Volksversammlung. In dieser Versammlung Freitag abend Handzettverbreitung.

Mariensfelde. Die Flugblattverbreitung findet heute abend um 7 1/2 Uhr vom Lokal Adolf Berger, Berliner Straße 114, aus statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. In demselben Lokal findet am Mittwoch der Zahlabend statt.

Hohen-Neuendorf, Stolpe, Birkenwerder. Am Mittwoch, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, gemeinschaftlicher Zahlabend im „Paradiesgarten“ zu Wilmersdorf.

Grünau. Morgen, Mittwoch, abends 9 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Franz, Köpenicker Straße 88, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Unser Organisationsstatut. Bericht von der Gemeindevertretung. Gäste willkommen.

Karlshorst. Die Flugblattverbreitung findet am Mittwoch, den 14. Juli, von den bekannten Stellen — Sabrowski und Fr. Bartels — aus statt. Die Parteigenossen wollen sich pünktlich 1/8 Uhr abends einfinden. Nachdem Zahlabend bei Sabrowski.

Bernau. Heute abend 8 Uhr Flugblattverbreitung von Künze, Bürgermeisterstraße, aus.

Reinickendorf-Ost. Heute abend findet von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es wird erwartet, daß sich jeder Genosse an der Parteiarbeit beteiligt.

Rummelsburg. Heute Dienstag, abends um 7 1/2 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine allgemeine Flugblattverbreitung über den ganzen Ort statt. Die Parteigenossen werden freundlichst gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen zu wollen.

Bohnisdorf. Den Genossen zur Nachricht, daß die Generalversammlung des Wahlvereins nicht am 14., sondern am Mittwoch, den 21. Juli, stattfindet.

Nieder-Schöneweide. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, treffen sich die Genossen in den Bezirkslokalen zur Flugblattverteilung.

Morgen, Mittwoch: Zahlabend für den ersten Bezirk, umfassend die Berliner Straße von 88—100, die Prager, die Köllnische, die Randower und die Sedanstraße, beim Genossen Karl Vottke, Berliner Straße 54. Für den zweiten Bezirk, umfassend die Berliner Straße von 81—87a und 110—118, die Haselwerder und die Fernstraße, beim Genossen Hermann Hiescher, Berliner Straße 110. Für den dritten Bezirk, umfassend die Berliner Straße von 1—30 und 119 bis 140, die Grünauer, die Spree, die Brücken, die Wasser, die Karlshorster und die Gartenstraße, beim Genossen Otto Reumann, Grünauer Straße 6. Die Genossen wollen sich diese Einteilung merken, da wir dieselbe nicht wieder veröffentlichen.

Berliner Nachrichten.

Sparbarkeit in der Wasserwerksverwaltung.

Am 17. Mai d. J. beschloß die Deputation für die städtischen Wasserwerke die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für das Personal der Werkstätte, nachdem infolge eines früheren Beschlusses für die Kolonnenarbeiter der Wasserwerke die neunstündige Arbeitszeit seit 1. April d. J. besteht. Der Beschluß vom 17. Mai war eine logische Folge dieser Einführung. Die Arbeiter werden je nach Bedarf bald in der Werkstätte, bald in den Kolonnen beschäftigt. Es ergab sich nun die eigenartige Situation, daß die Arbeiter dieser einen Verwaltung je nach der Arbeitsstelle heute die neunstündige und morgen die zehnstündige Arbeitszeit hatten. Hier wurde der Lohn für neun, dort für zehn Stunden berechnet. Dieser Zustand mußte zu den größten Unzuträglichkeiten führen. Der Beschluß der Deputation vom 17. Mai sollte dem ein Ende bereiten. Hier scheint aber auch das Wort zuzutreffen: „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.“ Seit dem Beschlusse sind 2 Monate ins Land gegangen, ohne daß seine Durchführung gelungen wäre. Der unergiebliche und ungeredete Zustand besteht weiter. In einer zahlreich besuchten Versammlung der Wasserwerksarbeiter kam der Unwille der Arbeiter sehr scharf zum Ausdruck. Es wäre wirklich zu wünschen, daß in der Verwaltung etwas Schnelles gearbeitet würde.

Berliner Verkehrsverhältnisse. Befördert wurden durch die Straßenbahnen im Mai dieses Jahres 42 1/2 Millionen Personen (gegen 42 1/2 Millionen im Mai vorigen Jahres). Davon kamen 33 1/2 Millionen (81 1/2 Millionen) auf die Große Berliner Straßenbahn. Der Rückgang beträgt also nicht weniger als Dreiviertel-Millionen bei der Großen Berliner Straßenbahn. Durch die Hoch- und Untergrundbahnen einschließlich Berliner Ostbahnen) wurden 5 Millionen (3 7/8 Millionen) befördert. Hier ist die Zahl um 1 1/8 Millionen gestiegen. Auf die Omnibuslinien mit Pferdebetrieb kamen 9 Millionen (7 1/2 Millionen) Personen. Also auch bei den Omnibuslinien vergrößerte sich die Zahl der beförderten Personen und zwar um 1 1/2 Millionen Personen. Zu 5 Pf. wurden bei den Omnibuslinien 7 1/2 Millionen befördert und zu 10 Pf. 1 1/2 Millionen. Mit Kraftomnibussen wurden in diesem Jahre vierhundert Millionen Personen mehr befördert als im vorigen Jahre.

Zu dem Schnellbahnprojekt der westlichen Vororte meldeten wir dieser Tage nach einer Korrespondenz, daß Schöneberg gegen Charlottenburg das Ergänzungsverfahren beantragt habe wegen der Endstrecke der Untergrundbahn an der Moltkestraße nach dem Rollendorfsplatz. Hierzu schreibt die Charlottenburger „Neue Zeit“:

Diese Nachricht ist uns durchaus unverständlich. Tatsächlich hat in ihrer Sitzung vom 30. Juni die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung Charlottenburgs zur Schöneberger Untergrundbahn sowie zum Abschluß eines Grenzregulierungsvertrages zwischen Charlottenburg und Schöneberg erteilt. Der erste Vertrag betrifft den Bau der Schöneberger Untergrundbahn vom Bayerschen Platz über den Viktoria-Luisen-Platz durch die Moltkestraße nach dem Rollendorfsplatz und von dort durch die Moltkestraße bis zur Wehrensstraße in Berlin. Die Zustimmung zur Benutzung Charlottenburger Straßen für den Einbau dieser Untergrundbahn hat Charlottenburg der Gemeinde Schöneberg auf die Zeitdauer von 90 Jahren erteilt. Außer der allgemeinen Grenzregulierung zwischen den beiden Nachbargemeinden ist in der Moltkestraße und auf dem Rollendorfsplatz eine Grenzregulierung nach Maßgabe eines besonderen Grenzregulierungsvertrages vorzunehmen. — Nachdem hiernach Charlottenburg allen Wünschen Schönebergs bereitwillig nachgegeben ist, bleibt es unbegreiflich, was Schöneberg noch hätte veranlassen können, irgend einen dringlichen Ergänzungsauftrag beim Bezirksausschuß zu stellen. Der Charlottenburger Magistrat ist durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich ermächtigt, den vereinbarten Grenzregulierungsvertrag mit der Stadtgemeinde Schöneberg abzuschließen und ferner die Umgemeindung von Schöneberger Gebietsteilen nach Charlottenburg und von Charlottenburger Gebietsteilen nach Schöneberg den Bestimmungen des Vertrages gemäß zu betreiben. Demnach kann von einem Streitpunkte zwischen Charlottenburg und Schöneberg unmöglich noch die Rede sein.

Militär- und Zivilmuster. Ein Schützenfestzug mit Militärmusik bewegte sich am Sonnabend vom Berliner Rathaus die Linden entlang nach dem Reichert Bahnhof. Den etwa 200 brandenburgischen Schützenbrüdern voran schritt die Regimentskapelle und das Trommelkorps des vierten Garderegiments, beide in voller Uniform. Sie fuhren mit den Schützen zusammen auf Kosten der reichen Berliner Gilde nach Hamburg zum Bundesfestzug und blieben dort bis zum Montag.

Kürzlich hieß es in der bürgerlichen Presse, nach einer neueren Verfügung mache das Kriegsministerium die Erlaubnis des Mitwirkens von Militärmusikern bei Privatfestlichkeiten stets davon abhängig, daß die Interessen der Zivilmusik nicht gefährdet werden. Wie die Schulkommission des Vereins Berliner Musiker dem „Totalanzeiger“ schreibt, sind solche neuen Bestimmungen, welche den Beschwerden der Musiker des Zivilstandes mehr Rechnung tragen sollen, überhaupt nicht erlassen worden. In Wirklichkeit bestehen nur die alten, im Jahre 1908 erlassenen lausdularartigen Vorschriften, welche den Zivilmusikern jede Vereinfachung zu einer Verkleinerung illusorisch machen. Das bestmögliche ja auch der Schützenfestzug, der die Interessen der Zivilmusik doch ganz sicher geschädigt hat. Die meist den bestehenden Klassen angehörenden Schützen konnten es sich natürlich nicht verneinen, ihren Festzug, der übrigens recht dürftig ausfiel und vom Straßenpublikum mit neugierigem Schweigen aufgenommen wurde, ein uniformiertes Benennungsmantelchen umzuhängen. Wie die genannte Schulkommission unter Berufung auf Altematerial erklärt, arbeiten jetzt die Militärmusiker sogar noch billiger als die Zivilmusiker. Das grenzt, da die Militärmusiker ja schon vom Staate bezahlt werden, beinahe an unlauteren Wettbewerb.

Im übrigen zeigt auch dieser Festzug der Schützenbrüder von neuem, daß bei uns mit zweierlei Maß gemessen wird. Arbeitervereine genießen dieses Recht auf die Straße nicht. Und wenn sie es sich nehmen, müssen sie genötigt sein, mit Schulkommissionen Bekanntschaft zu machen. Wenn zwei daselbe tun, ist es eben nicht daselbe.

Aus Herrn Münsterbergs Reich. Ein 22 Jahre alter Arbeiter, der durch einen in früherer Jugend erlittenen Schlaganfall auf der rechten Körperhälfte verkrüppelt und nur ganz beschränkt erwerbsfähig, aus demselben Anlaß auch geistig nicht intakt ist, bezieht monatlich 10 Mk. laufende Armenunterstützung, seitdem er mit dem Tode der Mündigkeit aus der Heilanstalt Wuch, wo er sich längere Zeit befand, entlassen wurde. Die Eltern, arme Leute, hätten das Recht gehabt, sich für den verkrüppelten Sohn bis zum 14. Lebensjahre aus städtischen Mitteln eine Unterstüfung, die in solchem Falle gewöhnlich 6 Mk. monatlich beträgt, zahlen zu lassen, haben aber davon aus falscher Scham keinen Gebrauch gemacht. Die Stadt hat also in zehn Jahren mehr als 700 Mk. gespart. Die jetzige Armenunterstützung wurde erst auf Veranlassung der Anstaltsleitung von Wuch bewilligt. Dagegen sind wiederholte Bitten, die Unterstüfung, welche jetzt eben seit anderthalb Jahren gezahlt wird, zu erhöhen, da der junge Mensch nur 5 bis 6 Mk. wöchentlich verdient, von den bisher zuständigen, im Zentrum antretenden Armenvorstehern abgelehnt worden. Kürzlich ist der Unterstüfungsberechtigte nach dem Norden verzogen, und sofort erklärte der hier zuständige Armenvorsteher, daß die Unterstüfung zu gering sei. Er werde für Erhöhung sorgen, könne aber bestimmungsmäßig das erst tun, wenn der Empfänger drei Monate im Bezirk wohnt.

Dieser ist zweierlei auffallend. Deshalb befürwortet der eine Armenvorsteher in der Kommission nicht das, was der andere auf den ersten Blick als notwendig erkennt? Dies ist wieder mal ein schlagender Beweis dafür, daß manche Armenvorsteher nicht auf der Höhe ihrer verantwortlichen Aufgabe stehen und nicht imstande sind, sich von den Lebensverhältnissen armer Leute eine richtige Vorstellung zu machen. Verkrüppelt, geisteskrank, weniger als ein Drittel erwerbsfähig — und dann ohne Invalidenrente nur 10 Mk. Armenunterstützung! Da sollte doch jeder einsehen, daß hier tatkräftiger geholfen werden muß. Der Armenvorsteher kann neben der laufenden Unterstüfung Vorschlag für Lebensmittel und andere notwendige Bedürfnisse ohne Verletzung der Kommission bewilligen, aber auch dazu hat sich der Mann im Zentrum nicht verstanden. Ihm scheint auch nicht die wiederholte Erklärung des Stadtrats Münsterberg bekannt zu sein, daß gerade Abkömmlinge — der junge Mann ist nachweisbar seit der Antiklassifikation strenger Abkömmlinge — weitgehendste Hilfe finden sollen. Zweitens erscheint es uns als ein Japs, daß die Erhöhung der Unterstüfung von vierteljährlichem Aufenthalt in ein und demselben Bezirk abhängig gemacht wird. Die Verhältnisse liegen gerade bei Armenempfängern so eigenartig, daß sie häufiger die Wohnung wechseln. Dann müssen sie also ungebührlich lange auf die Erhöhung warten. Ihre Not wird mit unnötigen Qualen verlängert.

Die Hochzeiten auf dem Geflügelmarkt bei Friedrichsfelde hat jetzt ihren Anfang genommen. Täglich treffen große Transporte von Gänsen und Enten ein, die zum größten Teil aus Russland kommen und in besonderen Eisenbahnwagen befördert werden. Die Gesamtzufuhr belief sich in der letzten Woche auf 41 200 Tiere, am Donnerstag allein trafen 14 800 Stück ein. Die Gänse und Enten, die ein Höchstgewicht von 7 bis 8 Pfund haben, werden fast ausschließlich von großen Mästereien in der Umgebung Berlins angeliefert, um dann nach der Reichshauptstadt geliefert zu werden. Gegenwärtig beträgt der Preis der Magergänse bei Abnahme von mindestens 300 Stück 3 bis 3,75 Mk.

Ein schwerer Unglück hat sich auf einem Dampferausflug ereignet, den in der letzten Woche eine Berliner Gesellschaft unternahm. Das Schiff, der Dampfer „Hubert“, hatte morgens die Charlottenburger Schleuse passiert und fuhr bei Fürstenbrunn zwei bis drei Meter entfernt von einem vor Anker liegenden leeren Lastkahn vorüber, dessen Steuer nicht, wie es Vorschriften ist, besetzt war. Durch die vom Dampfer verursachten Wellen geriet das Steuer in Bewegung und der Steuerhelfer schlug mit großer Gewalt über Bord des Dampfers, wo er mehrere Fahrgäste teils schwer, teils leicht verletzte. Eine junge Dame, Gertrud Krüger, erlitt Knochenbrüche der Brust und liegt bedenklich krank daneben, ein Herr Widow wurde schwer an der Schulter verletzt; sechs Personen haben leichtere Verletzungen davongetragen.

Eine eigenartige Antwort ist der Gemeinde Welken seitens des Ministers der öffentlichen Arbeiten zuteil geworden. Der Gemeindevorsteher des Nachbarortes hatte auf dem Instanzenwege, das heißt durch Vermittelung des Landrats und des Regierungspräsidenten, an das Ministerium die Anfrage gerichtet, wann mit der Ausführung der Arbeiten zum Hauptbahnverkehr Berlin-Welken begonnen werde. Darauf ist jetzt die lakonische und rätselhafte Antwort eingetroffen, „es sein kein Grund ersichtlich, weshalb die Gemeinde Welken eine derartige Anfrage stelle“.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom Sonntag gemeldet. Gegen 5 Uhr früh verfuhr der Nachfahre Martin Altesch aus der Pestalozzistraße 69 in Charlottenburg in der Bahnanallee unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 51 die Gleise zu kreuzen. Er wurde jedoch von dem Bahnwagen erfasst, umgestoßen und kam neben dem Wagon zu liegen. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht, wo eine schwere Gehirnerschütterung, eine stark blutende Wunde am Hinterkopf sowie erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht und an den Beinen festgestellt wurden. Nach Anlegung von Korbverbänden wurde er mittels Krankenwagens nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt. — Der Arbeiter Ernst Schörm, Richtenberger Str. 18 wohnhaft, geriet gegen 2 Uhr nachmittags am Bahnhofsplatz gegen den Vorderperson des Motorwagens Nr. 1828 eines Straßenbahnzuges der Linie 75, und wurde so heftig zu Boden geschleudert, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann in kostungslos am Unfallort nach dem Krankenhaus Friedrichshain transportiert.

Von einem Luxusautomobil wurde gestern in der Landsberger Allee ein Kind überfahren. Eine große Menschenmenge sammelte sich an, die verlangte, daß der Führer das über beide Weine gefahrene Kind nach dem Krankenhaus bringen mußte. Der Wagen trug die Nummer VIa 583.

Offentliche Belobigung eines Kindes. Diese seltene Auszeichnung ist der zwölfjährigen Tochter des Musikdirektors Karl Weder in Köpenick zuteil geworden. Die Kleine hatte am 28. April dieses Jahres unter eigener Lebensgefahr die elfjährige Schülerin Hildegard Rogge, die beim Spielen am Seminarpark in die Spree gestürzt war, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Jetzt bringt der Regierungspräsident diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat im Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis.

Schwerer Einbruch. Wie die Bandalen haben Sonntagmorgens in der Wohnung des Schulinspektors Hans Raminier im dritten Stock des Hauses Potzingerstraße 38 geknast. Raminier machte einen Ausflug, nachdem seine Frau vormittags abgereist war, um ihre Eltern zu besuchen. Als er abends 11 1/2 Uhr zurückkehrte, fand er seine Wohnung erdröhen. In allen Räumen lag es wüst aus. Die Einbrecher hatten die Behälter mit Gewalt geöffnet, Wäsche und Tischtücher zerissen, die Kleidungsstücke beschädigt und durcheinander geworfen. Vares Geld hatten sie nicht gefunden, dagegen für etwa 800 Mk. Gold- und Silberfachen, Uhren, Ringe, Bestecke usw. weggeschleppt. Die Täter sind unbekannt.

Neuer Unfall wird vom Sonntag berichtet: Vormittags gegen 10 1/2 Uhr glitt der 31 Jahre alte Telegraphenarbeiter Paul Janz aus Baumhulsenweg bei der Ausführung von Arbeiten auf dem Dach des Vorderhauses Bergstraße 23 aus und wäre infelisch in die Tiefe gestürzt, wenn er sich nicht an einer Schornsteinkappe gehalten hätte. Ein Mauersteinfiel, das sich gelöst hatte, fiel auf die Straße und traf den vorübergehenden 28 Jahre alten Arbeiter Oskar Lehmann am Kopfe. Er ließ sich die Verletzung auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße verbinden.

Eine Ruberregatta mit Hindernissen war es, die der „Freie Ruberbund“ am Sonntag in Straßau veranstaltete. Der Start sollte an der Ringbahnbrücke zwischen Straßau und Treptow, das Ziel zwischen dem Restaurant „Schwanenberg“ und der Abtei sein. Gleich der erste Start wollte nicht recht glücken. Mehrere Schleppzüge hinderten die Abfahrt der Ruberer. Als sie endlich in Linie ausgerichtet lagen, fuhr ein großer Passagierdampfer der Niederschen Reederei mit dicken Bug- und Heckwellen rücksichtslos durch sie hindurch, eine auf der Spree bei Passagierdampfern sonst glücklicherweise nicht allgemein übliche Vorgehensweise. Die hinter diesem Dampfer folgende Robinsche „Jehennid“, die seitwärts und mit abgehoppelter Maschine beinahe ohne Wellen passierte, zeigte dem auch, wie man startende Sportboote passieren kann, ohne diese direkt zu gefährden. Der zweite Start sollte ein anderes Hindernis finden. Die Boote waren gestartet worden und eben wollte sich das kleine, lebhafte Argus-Traineeboot, das Richter und Unparteiische trug, in Bewegung setzen, da legte sich die schnelle Motorjacht „Nah“, dem Direktor der Zuteilung in Straßau gehörig, quer vor das Traineeboot! Nur durch schnelles Rückwärtsarbeiten der Schraube wurde ein Unfall verhütet. In dem mit blau-weiß-roter Phantasielacke (oder der verkehrt gezeichneten niederländischen Flagge?) „gezeichneten“ Boot erkannte man jetzt hinter dem Führer einen Herrn in Dienstkleidung, den Herrn Wasserbauinspektor in eigener Person, der die Fortsetzung der Regatta verbot! So eilig hatte der Herr es, daß er das Eintreffen des durch eine Dienstflagge gekennzeichneten Holzbootes nicht abwartete, sondern sich

selbst und den sonderbar verkehrt fliegenden Holländer des Herrn
Zufuhrdirektors in die Gefahr des Liebererwerbens brachte.
Hinterher darauf, daß noch andere Klubs auf derselben Straße tag-
täglich mit Rennbooten zu trainieren pflegen, brachten ihn nicht
von seinem Verbot ab. Erst als man ihm alle Eventualitäten vor-
hielt und dabei u. a. fragte, was er unternehmen würde, wenn man
das Rennen nach dem Mümmelburger See verlegte, bekannte er,
daß er dort nichts zu verfügen habe, das sei Sache der Ver-
liner Polizei. Das war ein Ausweg, fröhlich knarrte das
Richterboot nach dem „Schwanenberg“, dort die Mitteilung von
dem polizeilichen Einschreiten überbringend; der Start wurde nach
dem Restaurant „Velleuse“, das Ziel nach der „Liedesinsel“ verlegt.
Die Zuschauer verließen fluchtartig den „Schwanenberg“ und folgten
der Parole: „Auf der Liedesinsel ist es schön, nach der Liedesinsel
laht uns gehn!“ Das von den Berlinern ganz unverbürgt halb-
bergesagene idyllische Eiland im Mümmelburger See kam unermutet
plötzlich wieder zu längst nicht mehr gesehenen wasserportlichen
Ehren.

Die Rennen selbst, an denen die Vereine „Vormärts“ und
„Freiheit“ (beide Stralau) und „Collegia“ (Lieswerder) beteiligt
waren, zeigten gutes Können und vor allen Dingen, namentlich bei
den „Einern“, unwürdige Kraft, wie sie in den Booten anderer
Klubs nicht oft zu finden ist. Die „Bierer“ hielten sich leider nicht
genau in ihrem Fahrwasser und eine Ungültigkeitsklärung,
namentlich des ersten Rennens, erfolgte lediglich deswegen nicht,
weil es zufällig zu keiner Kollision kam. Brächtig waren beide
Wasser-Rennen, bei denen eine Achtzehnhundertmeter-Geschwindigkeit
herausgeholt wurde. Im Doppelwettbewerb für Damen war Boot 1
dem Nummer 2, das aber in schönem Stil gerudert wurde, an
Geschwindigkeit stark überlegen. Obgleich das „Schlag-Fräulein“
im ersten Boot einen Fußriemen verlor, so daß man zur Be-
seitigung dieses Schadens abstoppen mußte, gewann dieses Boot
doch das Rennen überlegen. Es sei bei der Gelegenheit erwähnt,
daß der Ruderverein „Vormärts“ eigentlich der Begründer des
sportlichen Damenruderns auf der Spree, vielleicht in ganz Deutsch-
land ist.

In den ersten sportlichen Teil der Veranstaltung schloß sich
noch ein fröhlicher an, der ebenfalls bewies, daß die Arbeiter-
ruderer es mit dem flüssigen Element aufzunehmen verstehen.
Vielleicht regen die Erfolge der Arbeiterruderer in Berlin auch
auswärtige Wasserplätze, Hamburg, Frankfurt, Mainz usw. an,
diesen schönen Sport, von dem man die Arbeiterschaft geflissentlich
ferngelassen hat, auch dieser zu erschließen.

Nadrennen in Steglitz. Der „Große Sommerpreis“,
ein 100 Kilometerrennen, fand am Sonntag im Mittelpunkt des
Interesses. Das sehr umfangreiche Programm, das eine Menge
Fliegerrennen enthielt, schien wiederum vom Wetter beeinträchtigt zu
werden, denn während der zahllosen Vorläufe setzte ein starker
Sprühregen ein; aber zum Glück wurde die Bahn nicht so naß, daß
das Programm eine Einbuße oder einen Ausfall erlitt. In dem
Dauerrennen hatte bis zur 70. Runde der Franzose Contentet die
Spitze vor dem gut aufgefundenen Theile, Verbiß, Robl und
Salmann. Von nun an bis zum Schluß blieb Theile vorn, der das
Tempo gegen den Schluß so verstärkte, daß alle seine Gegner be-
deutend zurückfielen. — Robl, der den zweiten Platz belegte, fuhr
sehr schön, hätte aber ohne das Unglück von Contentet und
Salmann diesen Platz nicht behauptet, denn besonders Salmann
war öfter der schnellste Mann im Rennen und holte
verschiedene Runden auf, ebenso Contentet, dessen fahren alle
Achtung verdient. Der Belgier Verbiß fuhr mäßig. — Die Flieger-
rennen verliefen äußerst interessant und zeitigten schöne Kämpfe und
brachten im Hauptfahren einen Sieg von Otto Meyer vor
B. Arend und im Tandemfahren siegte Rudela-Peter vor
Meyer-Bettinger. Der Besuch war mäßig. Die Ergebnisse sind:
Großer Sommer-Preis. 3000, 2200, 1800, 1400 und
1200 M. 1. Theile 1 Std. 8 Min. 27¹/₂ Sek.; 2. Robl, 2700 Meter;
3. Verbiß, 8100 Meter; 4. Contentet, 4100 Meter; 5. Salmann,
7100 Meter zurück. — **Sommer-Preis.** 1. D. Meyer,
2. Arend, 3. Bettinger, 4. Carozzi. — **Kleiner Sommer-
Preis.** 1. Zeylaff, 2. Pawle, 3. Schwab, 4. Saldow. —
Tandem-Hauptfahren. 1. Rudela-Peter, 2. Meyer-
Bettinger, 3. Ganzevoort-Kendelbacher. — Ferner noch 4 Flieger-
rennen.

Nadrennen im Botanischen Garten. Die neuerbaute Holzbahn,
die einen Umfang von 833¹/₂ Meter hat und deren Eröffnung sich
teils infolge des unbeschränkten Wetters, teils durch das anfängliche
Startverbot seitens des Verbandes deutscher Nadrennbahnen um
Wochen verzögert hatte, konnte am Sonntag nunmehr die ersten
Nadrennen abhalten, obwohl auch diese noch in letzter Stunde vom
Verbande untersagt worden waren mit der Begründung, daß der
Sportklub „Romet“, der am Sonntag seine Olympischen Spiele
abhielt, nicht Mitglied des Verbandes sei. Trotzdem entschloß
sich die Leitung der Bahn, die Versuchrennen ausfahren zu lassen.
Vier Fahrer, der Holländer van Red, der Münchener Baumler
und die Berliner Janke und Suchy, mochten in 2 Rennen über je
20 Kilometer ihre Kräfte. Das erste Rennen gewann van Red
in 18 Min. 9¹/₂ Sek. vor Suchy, 700 Meter; Baumler und
Janke endeten infolge von Motordefekten weit zurück. Glücklich
zeigte sich Gustav Janke in dem zweiten Laufe, den er in 15 Min.
46¹/₂ Sek. gewann; van Red 160 Meter, Suchy 220 Meter zurück.
Baumler, der ohne Führung fuhr, konnte sich auch hier nicht zur
Geltung bringen. Das nächste größere Rennen findet morgen
(Wittwoch) statt, mit der Beteiligung von Vouhours, Peter
Güntzer, Herm. Przh'emebel und John Stol. Man hofft,
daß die Holzbahn größere Geschwindigkeiten als die Zementbahnen
zuläßt.

Ein Zeltklub (Charles) hat sich am Mahbach-Ufer aufgetan.
Beim Sommerfest des vierten Kreises in der Seeterrasse ist eine
Waise gefunden worden. Sie enthält das Bildnis eines Herrn.
Abzuholen von Robert Wäde, Falkensteinstr. 27, II, abends zwischen
6—7 Uhr.

Wer kennt die Tote? Am 24. Juni ist im Griebnitz-See eine
unbekannte weibliche Leiche gefanden. Alter circa 26 bis 28 Jahre,
1,66 groß, schwarze Haare, gekämmte Nase, vorkühnende Unterzähne.
Westeidet mit braunem Strohhut, weiß-blau gestreifter Bluse, grauem
Oberrock, rotem Unterrock, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schür-
schuhen, Lederhüften mit Schnalle, braunem Schlips mit Steh-
umlegebogen, braune Glacéhandschuhe. — Personen, welche über
die aufgefundenen Leiche Angaben machen können, wollen sich entweder
an den Amtsvorsteher zu Al.-Mleinke oder im Polizeipräsidium,
Zimmer 823, melden zu 2672 IV 24. 09.

Die Invalidenstraße von der Sandtugbrücke einschließlich bis
zum Plage vor dem Neuen Tor wird behufs Umphysiierung vom
12. d. Mts. ab bis auf weiteres für den Lastwagenverkehr gesperrt,
desgleichen der südliche Damm von der Gütshamer Straße von der
Prinzenstraße bis zum Luisenfer.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Montag kam um 11¹/₂ Uhr
im Laboratorium der II. Medizinischen Klinik durch Stichflammen
aus der Gasleitung Feuer aus, wodurch die Balkenlage in Brand
geriet. Mit Hilfe der anwesenden Feuerwehr konnte die Gefahr
ohne Verunreinigung der Kranken beseitigt werden. Zweimal wurde
die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 176 und 83a alarmiert.
Nr. 176 brannte der Dachstuhl über einem Fabrikgebäude und
Nr. 83a ein Epind und anderes in einem Fabriktraume.
Durch kräftiges Vorgehen konnten die Flammen an weiterer
Ausdehnung verhindert werden. Der Automobilzug hatte
in der „Lindenkolonie am Rordring“ zu tun, wo eine
Laube mit allem Inhalt brannte. Vor dem Hause Friedrichs-
gracht 58 drohte gestern ein großer Kahn unterzugehen. Die be-
halb alarmierte Wehr pumpte mit einer Dampfpritze den Kahn leer.
Brechtlostenbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Weihenburger
Straße 18 und an anderen Stellen. In der Schönhauser
Allee 30 mußte ein Kellerbrand, in der Gütshamer Str. 84 ein
Wohnungsbrand und in der Gaussestr. 112 ein Schornsteinbrand usw.

gelöscht werden. Diensthörmärkte wurden Dransensir. 61, auf dem
Wedding und an anderen Orten eingezogen. Außerdem liefen noch
Feuermeldungen aus der Winterfeldstr. 25, Dransensir. 44 und von
anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Das Armenwesen in den Vororten

liegt sehr im Argen. Besonders die kleineren Gemeinden
suchen sich ihren armenrechtlichen Verpflichtungen nach Möglich-
keit zu entziehen oder aber, wenn sie schon eine Unterstützung
geben, diese so niedrig zu bemessen, daß sie zum Sterben zu
viel, zum Sattessen zu wenig ist. Einen Beitrag hierzu liefert
der Bericht über eine Verhandlung des Kreisaußschusses im
Kreise Teltow, den wir dem „Teltower Kreisblatt“ entnehmen.
Dort lesen wir:

„Witwe Agnes W. in Deutsch-Busterhausen klagt gegen
den dortigen Ortsarmenverband. Berichterstatter Herr Kreis-
insidius Braumüller. Der Ehemann der Antragstellerin ist an der
Schwindsucht gestorben und hat seiner Gattin vier unmündige
Kinder hinterlassen. Von der Gemeinde erhält sie freie Wohnung im
Hause des Nachwächters und eine bare Unterstützung von 7,50 M.
vierteljährlich. Ihr Verdienst beläuft sich täglich auf 80 Pf., bei
einer Arbeitszeit von vier Stunden und freier Verköstigung. Da-
mit könne sie, wie sie in der mündlichen Verhandlung erklärte,
ihre vier Kinder nicht ernähren und kleiden. Die Gemeinde ver-
langte, sie solle ins Armenhaus ziehen. Auch dazu wollte sich
Frau W. verziehen; dagegen habe aber die bei ihr wohnende,
ebenfalls aus Gemeindegeldern unterstützte Schwiegermutter
Widerspruch erhoben, mit der Begründung, daß sie als
alte Frau ihre Ruhe haben müsse, die sie bei den
zugewiesenen Räumlichkeiten im Armenhause sicher nicht
finden werde. — Herr Kreisdeputierter Wrede ließ sich vom
Vertreter des Verbandes genaue Auskunft über die Flächenmaße
der zur Verfügung stehenden Stube und Kammer geben. Herr
Bürgermeister Schulz fragte nach dem Mietpreise der bisherigen
Wohnung der Frau W. Der Vertreter des Verbandes erwiderte,
daß die Gemeinde dafür 5 M. monatlich zahle; diese sei mit
Armenunterstützungen geradezu überlastet. — Der Kreisaußschuß
erachtete die bisher in Höhe von 7,50 M. vierteljährlich der Frau
W. gewährte Unterstützung in Rücksicht auf ihre vier Kinder nicht
für ausreichend und setzte den Betrag auf 15 M. vierteljährlich
fest. Auch ließ er dahingestellt sein, ob unter den geschätzten
Verhältnissen es sich empfehle, daß Frau W. Wohnung im Armen-
hause angewiesen wird; jedenfalls sei der Weg freier Vereinbarung
hier vorzuziehen.“

Wird für vier unmündige Kinder zählt die Gemeinde
Deutsch-Busterhausen eine vierteljährliche Unterstützung von
7,50 M., macht die Woche ganze 58 Pf., auf jedes Kind
zirka 15 Pf. Es ist schier unglücklich, wie die Gemeinde
Deutsch-Busterhausen die Unterstützungsbedürftigen abzufinden
sucht. Auch der Betrag, der vom Kreisaußschuß festgesetzt und
das Doppelte beträgt, ist so minimal, daß er auch nicht den
billigsten Anforderungen entspricht. Wenn die bedauernswerte
Witwe sich schon selbst durchbringt, so muß ihr doch mindestens
für die vier Kinder ein entsprechendes Pflegegeld gegeben
werden. Das ist aber weder der Satz, den der Kreisaußschuß
festgesetzt hat, noch viel weniger der, den die Gemeinde Deutsch-
Busterhausen bisher geleistet hat.

Charlottenburg.

Das Gruppensuch der 4. Gruppe ist mit 300 Beitragsmarken
a 80 Pf. und 40 Beitragsmarken a 20 Pf. verloren gegangen. Diese
Marken sind für jedermann wertlos, für den Verlierer aber,
der augenblicklich noch durch Krankheit in der Familie geschädigt ist,
bedeuten sie einen Verlust von 98 M. Falls das Buch mit Inhalt
gefunden werden sollte, bitten wir dasselbe eventuell gegen Be-
lohnung an den Kassierer, Genossen Reinsch, Galvanistr. 15, ab-
zugeben.

Pankow.

Ein braver Parteigenosse ist in der Person des Genossen Max
Obier dahingegangen. Obier war ein ruhiger, eifriger Partei-
freund, der unermüdet und unverbrossen für die gewerkschaftliche
wie für die politische Organisation wirkte. Wie sehr ihm die Partei
am Herzen lag, haben wir erst noch vor einigen Monaten bei einer
ganz besonderen Gelegenheit feststellen können. In der Pankower
Versammlung, in der es sich um die Einigung handelte, erschien
auch der tollkranke, fortwährend nach Luft ringende Genosse Obier
und trat unter Aufbietung der ganzen ihm noch zur Verfügung
stehenden Kraft für die Einigung ein, die denn auch zustande kam.
Es war seine letzte Parteitätigkeit, aber ein schönes Zeichen von
Idealismus, den Obier besaß. Die Pankower Genossen werden
durch den Verlust des Genossen Obier, der auch Gemeindevertreter
war, schwer getroffen und werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet heute nachmittags 6 Uhr von der Halle des
Pankower Friedhofes statt. Treffpunkt der Pankower Genossen heute
nachmittags 5 Uhr beim Genossen Clemen, Wollanstr. 122. Am rege
Beteiligung ersucht der Vorstand.

Rigsdorf.

Beim Sommerfest des Wahlvereins in der Neuen Welt ist ein
schwarzer Sommerschirm abhanden gekommen. Es wird gebeten,
denselben in der Expedition Redaktr. 2 abzugeben.

Nieder-Schönhausen.

Die Einführung des Nacht-Ladenschlusses ist vom Regierungs-
präsidenten für den hiesigen Ort angeordnet worden. Die Ein-
führung tritt mit dem heutigen Tage schon in Kraft.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst mitgeteilt,
daß für die von der Gemeindevertretung festgesetzten Steuern für
das laufende Etatsjahr die Genehmigung erfolgt sei. Die Ver-
gebung der Erd-, Maurer-, Kesselpol-, Steinmetzarbeiten
für den Schulhausneubau in der Charlottenstraße wurde
von der Tagesordnung abgesetzt. Als Armenbezirksvorsteher
an Stelle des Gemeindevertreters Lüdersdorf wurde der
Bürgermeister der Großen Berliner Straßenbahn Herr Nähl
gewählt, als Armendeputierte für den siedenden Armenbezirk Frau
Schmidt, Idastraße. Die Beschlußfassung über den Anschluß des
Hoferechtschen Grundstücks (Straße 23 an der Schlossallee) an die
Wasserleitung zeitigte eine längere Debatte. Die dortigen Wasser-
verhältnisse sind sehr mangelhaft, indem bei Wohnungen meistens
nur unbrauchbares Wasser gefunden wird. Dieser Umstand ver-
anlaßt die Vertretung, das Grundstück an die Wasserleitung anzu-
schließen, wenn das dazu nötige Straßengrund aufgelassen wird. Ein
Antrag der freiwilligen Feuerwehr auf Bewilligung der Kosten zur
Beschaffung von Rammstiftspindeln für das Feuerwehrdepot wurde
angehört, der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde bis zum
nächsten Jahre zurückgestellt. Hierauf fand eine nichtöffentliche
Sitzung statt.

Adlerhof.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich wiederum mit
der Gewährung von Vergütungen an Feuerwehrleute für Dienst-
leistungen bei Bränden. Vom Gemeindevorsteher waren Auskünfte
der vereideten Nachbargemeinden vorgelegt worden und beschloß
die Vertretung, den Feuerwehrleuten für jede Stunde Dienstleistung
bei Bränden 76 Pf. zu entschädigen. Jede angefallene
Stunde wird für voll gerechnet. Auch mit der Desinfektion
von Wohnungen, in denen Personen mit ansteckenden Krank-
heiten vorhanden waren, beschäftigte sich die Gemeindevertretung

zum wiederholten Male. Beschlossen wurde, einen anderen Ge-
meindebeamten zum Desinfektor ausbilden zu lassen, einen
Desinfektionsapparat anzuschaffen und die Desinfektion in eigene
Regie aufzuführen. In der zu erlassenden Gebührenordnung soll
festgelegt werden, daß Personen mit Einkommen unter 2000 M. von
der Zahlung der Gebühr befreit bleiben. Entsprechend den Kom-
missionsvorschlägen wurden die Brennmaterialien für 1909 vergeben
und zum übergroßen Teile an außerhalb wohnende Unternehmer,
da die hiesigen Unternehmer einen Ring gebildet und gleiche Preise
abgegeben haben. Durch die Vergabung an auswärtige Lieferanten
werden der Gemeindekasse bei dem verhältnismäßig geringen Ver-
brauch doch 500 M. erspart. Des weiteren hatte sich die Gemeinde-
vertretung mit dem Gesuch eines Einwohners zu beschäftigen, welcher
die Urne eines Verstorbenen auf ein schon auf dem Begräbnisplatz
vorhandenes Familiengrab beisetzen wollte. Da die Beisetzung von
Urnen für unseren Ort eine Neuheit ist, wurde durch Beschluß die
Friedhofskommission beauftragt, die Möglichkeit der Aufstellung von
Urnen vorzubereiten eent. durch Vorlage eines Entwurfes für eine
zu errichtende Urnenhalle, falls die Regierung gegen die freie Auf-
stellung von Urnen Bedenken erheben sollte. Das ist
sonst bei Erörterung der Feuerbestattung breit machende
Materium fand innerhalb der Vertretung keine Ver-
ständigung. Der Einbau des Feuerhydranten in der
I. Gemeindefschule wurde dem Unternehmer Adermann zum Preise
von 1050,80 M. übertragen. Für das Steuerjahr 1908 mußten
22 878,98 M. nachbewilligt werden. Darunter 10 000 M. Kreissteuer,
1000 M. für Druckachen und 8980,88 M. für Armenunterstützungen.
Gerade in Rücksicht auf die vorhandene Krise war letzterer Posten
schon bei der Festsetzung des Voranschlags um 25 Proz. erhöht
worden. Heute kann man erkennen, daß die Krise noch viel stärker
ihre Wirkung ausgeübt hat als man im Februar 1908 voraussehen
konnte. Welche Opfer sie erfordert hat, kann man daran erkennen, daß,
trotzdem die hiesige Arbeiterschaft gewerkschaftlich gut organisiert ist und
in der Zeit der Krise durch ihre Organisationen gut unterstützt
wurde, dennoch seitens der Gemeinde im ganzen 8180 M. für
Armenunterstützungen und zur Minderung der Rot mehr verausgabt
wurden, als im Jahre 1907. Und das in einer finanziell nur
schwachen Gemeinde von 10 000 Einwohnern. Ein Beweis dafür,
wie verbesserungsbedürftig unsere so viel gerühmte kapitalistische Ge-
sellschaftsordnung ist.

Hohen-Schönhausen.

In einer Volksversammlung hielt Genosse Fritz Runert einen
wirkungsvollen Vortrag über die Notwendigkeit der Auflösung des
Reichstages. Der lebhafteste Beifall, welcher dem Redner am Schluß
seiner Ausführungen gemacht wurde, zeugte davon, daß den An-
wesenden aus dem Herzen gesprochen war. Dann gab Genosse Theile
als Gemeindevorsteher eine Schilderung kommunaler Angelegenheiten
des hiesigen Ortes. Besonders brandmarkte er die Steuerdrücke-
bergerlei mancher ortseingewohnten Vessiger, welche weniger Ein-
kommenssteuer zahlten als Arbeiter. Mit einem Ruf auf die Vor-
sitzenden an die Versammelten, der Organisation beizutreten, wurde
die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Steglitz.

Ausstellung der Wählerlisten zur Gewerbegerichtswahl. Aus
der bisher äußerst geringen Eintragung von Wahlberechtigten in die
Wählerlisten muß geschlossen werden, daß in der Arbeiterschaft
Unklarheit über das Wahlverfahren herrscht. Es sei deshalb hier
darauf hingewiesen, daß die Aufstellung der Wählerliste zur Ge-
werbegerichtswahl anders vor sich geht, wie z. B. bei der Ge-
meindewahl. Während hier seitens der Gemeindever-
waltung die Liste aufgestellt wird und die Wähler nur nötig
haben, sich in einer bestimmten Zeit zu verewissen, ob ihre
Namen in der Liste enthalten sind, werden bei der Ge-
werbegerichtswahl nur diejenigen Wahlberech-
tigten in die Wählerliste aufgenommen, welche
einen diesbezüglichen Antrag bei der Gemein-
debehörde stellen. Deshalb veräume niemand den Gang nach
dem Rathaus! Die Ausübung des Stimmrechts steht nur
denjenigen Wahlberechtigten zu, die ihre Namen in die Wählerlisten
haben eintragen lassen. Der Antrag auf Eintragung
muß bis spätestens den 19. Juli schriftlich oder mündlich gestellt
werden, später erfolgende Anträge bleiben unberücksichtigt. Per
Antrag muß enthalten sein: Name und Zunamen sowie Wohnung und
Alter des Antragstellers. In Steglitz nur beschäftigte Ar-
beitnehmer haben außerdem noch ein Zeugnis ihres Arbeitgebers
beizubringen, daß sie bei ihm beschäftigt sind. Formuläre zu diesen
Zeugnissen werden im Rathaus, Zimmer 21, kostenlos verabfolgt.
Außerhalb wohnhafte Wahlberechtigte müssen sich über
ihre Person ausweisen, was durch Geburtsurkunde, Taufschein,
Steuerzettel, Militärapapier oder dergleichen geschehen kann.
Mündliche Anträge werden bis 19. Juli, wochentags von 8 Uhr
vormittags bis 8 Uhr nachmittags und abends von 5 bis
7 Uhr, Sonntags von 12 bis 14 Uhr mittags im Zimmer 21
entgegengenommen. Während dieser Zeit liegen auch die Wähler-
listen zu jedermanns Einsicht aus. — Zur Teilnahme an den
Wahlen ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat
und in Steglitz Wohnung oder Beschäftigung hat. — Wir betonen
nodmals: wer sein Wahlrecht am 18. August aus-
üben will, muß sich bis spätestens den 19. Juli
in die Wählerliste aufnehmen lassen.

Potsdam.

Die Bandalen aus dem Banseer Bankierviertel vor der Straf-
kammer. In der Banseer Villenkolonie herrschte in diesem Winter
nach dem Einbruch in den Villen Krndt und Rosenberg eine be-
greifliche Aufregung. Wie erinnerlich sein dürfte, verpackten sich in
der Nacht vom 6. zum 7. Januar und dann in der Nacht vom 10.
zum 17. Januar unbekante Täter Eingang in die unverwahrten
Villen Krndt, Dernburg, Rosenberg und Salomon. Am tollsten
hauften die Gauner in der Villa Krndt, wo sie einen unglück-
lichen Wandalismus an den Tag legten. Sie zertrümmerten die
Fenster, demolierten das Klavier und fast alle Möbelstücke, die sie
mit dem Weil, das sie anderwärts gestohlen hatten, zu Kleinholz
zerhackten. Auch der Fernsprecher blieb verschont. Schnell
baute sie in der Villa Dernburg und bei Banddirektor Rosenberg,
wo sie eine Bronzenuhr und einen Anzug stahlen. Von dort stammt
auch das Handbeil. Durch den Nachwächter Wlanenburg gelang
die Verhaftung der Gauner, die als der Rudolphsküler Rabiße
und sein Spleßgelle Weich ermittelt wurden. Die Festnahme
gelang in der Villa Rosenberg, wo sich die verfolgten Ein-
brecher versteckten. Der Ritzangestellte Weich ist wegen
Militärdienstleistung vom Erscheinen dispensiert. Die Verhandlung
gegen ihn findet gefondert statt. Der Staatsanwalt beantragt
gegen den Rabiße im Hinblick auf den Wandalismus und den an-
gerichteten Schaden 6¹/₂ Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilt
den Angestellten wegen zweier vollendeter und zweier versuchter
Einbrüche im Hinblick auf vier Jahren Zuchthaus. Zwei Monate
der Untersuchungshaft wurden dem Angeklagten auf die Strafe an-
gerechnet. Rabiße bekannte sich aller Anklagepunkte schuldig.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof,
dritter Eingang, hier Kreppes, **Dank** **Dank** **Dank** wochentags
abends von 7¹/₂ bis 9¹/₂ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die
Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl
mitzuteilen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur
Verantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen
man in der Sprechstunde vor.

Schmeide 10. Durch die von uns selbst bestellten Berichterstatter. —
R. Dallhoff, Verlag der „Sonnenschein“, 100, Struwe in Hamburg.
Hinter Abonnent R. W. Vorst ist gebeten. Beste Auskunft über
Ankündigungen erhalten Sie durch Eugen Simonowitsch, Engländer 15. —
J. W. 86. 1. 6. Wilmersdorf. 2. Ruhland, die Summe ist von hier aus
nicht festzustellen. 3. Der Preis ist sehr vermindert und richtet sich selbst-
verständlich nach Größe und Qualität. — S. 17. Der Deutsche Techniker-
verband ist ein Harmonieverein, verfolgt teilweise direkt reaktionäre Tendenzen.
Treten Sie dem Bund technisch-industrieller Beamten bei. Geschäftsstelle

Berlin NW. 52, Dorfstraße 7. — H. Sch. Im "Vorwärts" vom 6. Juli haben wir schon mitgeteilt, daß Genosse Schöpslin dort aufgestellt ist. — "Bühnenzeitung". Senden Sie sich an die Redaktion der "Deutschen Bühnengenossenschaft", Charlottenstraße 85. — Treuer Abonnent M. G. 100. Durch unsere Buchhandlung, SW, Lindenstraße 69. — Stammtisch. Jetzt gilt allgemein Leutnant Köppen als Sieger. Es entstand dann aber darüber ein Streit, dessen Ausgang uns jedoch unbekannt blieb. — N. M. 52. Berliner Bau- und Sparverein, Siedingstraße 8. Soweit uns bekannt, werden nur Mitglieder berücksichtigt. — W. M. 49. Senden Sie sich schriftlich an den Vorsitzenden des Arbeiter-Rundbundes Albert Hebrant, Kulkauer Str. 15. — M. 33. Senden Sie sich schriftlich unter Beifügung eines frankierten Kuperts an Konrad Schmidt, Charlottenburg, Am Hahnen 16. — G. 777. 1. Gedruckt sind fast alle Systeme. Die Adressen derselben finden Sie im Adreßbuch 2. Band Teil 2 Seite 293. Welche davon am meisten im Gebrauch sind,

magen wir nicht zu behaupten. 2. Die Verbrüder besorgt Ihnen unsere Buchhandlung, Lindenstr. 69. 3. Von denartigen Heftchen gibt das Handbuch der Besse ungefähr hundert verschiedene Ausgaben an. — R. M. D. 250. Sie möchten schnellst auf Zahlung der verborgenen Summe und eventuelle Herausgabe der Sachen klagen. — M. 1000. Ein Besuch war unseres Wissens nicht eingeleitet. Bei jedem Todesurteil hat auch ohne Besuch der König zu entscheiden, ob Begnadigung eintreten soll. Erst wenn von ihm das Gegenteil erklärt ist, darf Hinrichtung erfolgen. — Teget 35. Sie würden das Urteil mit Erfolg anfechten können. Dann würden Sie aber Ihre unvorsichtige Frau in die Lage bringen, wegen Unkundenfälligkeit angeklagt zu werden; sie war ohne Ihre Zustimmung zur Ausstellung der Vollmacht nicht berechtigt. — N. M. Rein. — M. 19. Keineswegs. — G. 2. 14. Krankenkassenversicherungspflicht ist die Sache der Hausfrau nicht. Die Herrschaft ist aber verpflichtet, für das im Hause aufgenommene Mädchen für die Dauer von sechs Wochen Aus-

kosten und Pflege zu bezahlen. Gegenwärtig darf die Herrschaft nur das für die Krankheitszeit (nicht für die Zeit vor oder nachher) zu zahlende Gehalt. Ihre Verwandte soll auf Rückzahlung klagen. — G. 2. 100. Die Forderung ist nicht verjährt. Daraus verfahren in 30 Jahren. — C. 2. 30. Nein; Dem außerordentlichen Kind steht gegen seinen Erzeuger ein Erbrecht nicht zu. Die Alimentationsklage könnte noch jetzt angeleitet werden. — G. B. 83. Der Vertrag ist für Sie bindend. Es ist ein allerdings weitverbreiteter Irrtum, daß ein abgeklärter Vertrag innerhalb 24 Stunden aufgehoben werden könne. Ein abgeklärter Vertrag kann nur mit Zustimmung beider Kontrahenten aufgehoben werden — abgesehen von Unsetzungen wegen Irrtumserregung, Betrug, Gewalt usw. oder wegen vertraglicher oder gesetzlicher Aufhebungsgründe. — Heilig 17. Die alte Wohnung müßte Sie am 1. Oktober räumen. Von der neuen Wohnung müssen Ihnen am 1. Oktober zwei Wohnzimmer und bis am 3. Oktober mittags 12 Uhr die gesamte Wohnung eingeräumt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 13. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Norma.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches. In der Erde und im ersten Hölle.
Kommerzialtheater. Ein Stund in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstabend.
Neues Schauspielhaus. Roral.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Madame Bonnard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Martha.
Römische Oper. Die Leutnants.
Neues. Der Hoteldieb.
Thalia. Im Café Robles.
Schauspielhaus. Der feiche Rudi.
Neues Operetten-Theater. Die Sprudelfee.
Julius Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Detektiv usw. Anf. 8 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Neje. Was eine Frau kann.

Berliner Prater. Was ist ja nur einmal.
W. Noacks Theater. Verbotene Wege.
Apollo. Der Stein. Er oder Er.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Volkspark. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Die Spreewald-Räuber.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompanieball.
Urania. Tausendstrafe 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Mosellande und ihr Weinbau.
Sternwarte. Jubiläumsk. 87/62.

Lessing-Theater.
Schauspiel d. Neuen Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Berliner Theater.
Operetten-Schauspiel.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Hoteldieb.
Montag und folgende Tage:
Der Hoteldieb.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
Gura-Oper.
Lilli Lehmann:
Norma.

Oper von Bellini. — Anf. 8 Uhr.
Mittw.: Holländer. Donnerstag:
Tausendstrafe. Freitag: Lehnstein.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr:
Martha oder Der Markt zu Richmond.

Mittwoch: Die Nibel.
Donnerstag: Der Kreuzbäum.
Freitag: Nachtlager von Granada.

Neues Operetten-Theater.
Schauspielhaus, Am Hahnen 16.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der feiche Rudi.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Franzfurter Str. 132.
Was eine Frau kann.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.
11 a.: Billi Agoston in Berlin auf Steigen. Paul Coradini usw.
Spezialitäten.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Mosellande u. ihr Weinbau.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab
50 Pf. Kind u. 10 Jahr. d. Halbt.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festhalle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab

Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Fround.
Musik v. Gust. Kerkar. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schults.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die glänzend. Attraktionen.
Prolongiert! Jean Paul Prolongiert!
Die 9 Yankee Doodle Girls.
Novität! Novität!
Die lustigen Zecher.
Original-Steich von Leo Billward.
Zum 83. Male:

Hartstein
in
Er oder Er.

WINTER GARTEN
7 6 5

„La Pia“
in ihren Phantasie-Tänzen.
Golemans gemischer
Drossur-Akt.
Iris sisters, engl. song and dance,
sowie die
sensationalen Attraktionen
des Juli-Programms.

Reservierter Platz 2 M., Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)
Brunnen-Theater
Badstraße 68. Direktion: Willi Volt.
Heute sowie täglich:
× Größtartige Spezialitäten! ×
Novität! Novität!
Eine tolle Nacht.
Gr. Musikanten-Vorstellung
mit Gesang und Tanz in 5 Bildern
von Freund und Mannsbild.
Rosenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Das neue Juli-Programm.
Gustav Eulenburg. × Trudi Truth.
Geschw. Wiedemann. The 3 Syboga.
Der Brandstifter von Berlin.
Vollst. m. Ges. u. Tanz u. Reihlingen.

Walhalla Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: Freikonzert.
Vor der spanischen Arena.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Täglich:
Madame Bonnard.
Schönheit in 3 Akten von Alexander
Dillon und Anton Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebstahlschöpfung in 4 Akten von
Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Cof I. Amt 3, 1233. Charlottenstraße 3. Cof III. Amt 3, 1967.

Ausflug
der in der Metallindustrie beschäftigten
jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge
am Sonntag, den 18. Juli, nach Sadowa-Pferdebucht.
Treffpunkt in Sadowa, Waldschenke.
Für Nachzügler bis 1 Uhr: Pferdebucht.
Die Vertrauensleute werden erucht, unter den jugendlichen
Arbeitern und Lehrlingen zu agitieren, daß dieselben sich an
diesem Ausflug beteiligen.
Von Schleißhofs Bahnhof gehen die Züge 8.23, 8.53 und 9.23 Uhr,
von Stralau-Rummelsburg 8.27, 8.57 und 9.27 Uhr. 119/17

Die Hauptbibliothek ist geschlossen und werden die-
jenigen Kollegen, welche sich noch im Besitz von ent-
lehnten Büchern befinden, ersucht, dieselben schnellst mög-
lich abzuliefern. Die Wiedereröffnung der Bibliothek wird dem-
nächst bekanntgegeben werden. Die Ortsverwaltung.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.
In nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich geeignete,
billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit
auch ohne Bad, Balkon pp. sofort bewohnbar in den Neubauten der Schiller-
Promenade, Vrieger Straße, Mühl-Str., Holländer- u. Thuner Straße.
Von der Dampferstation Michaelbrücke.
Achtung! Sämtliche angezeigten Wochen-
tagspausen früh und nachmittags fallen bis und zurück nur
60 Pf., für Kinder 30 Pf. (Siehe Inserate vom Sonntag,
den 11. d. M. 1965)
G. Zachow, Tel. IV, 5621.

Zirkus Charles
Maybach-Ufer
an der Thielen-Brücke,
Ecke Pflüger- u. Pannierstraße.
Straßenbahnlinien 94, 46 u. 22.
Erzielt enorme Erfolge
und
täglich ausverkauft
Haus.
Die Leistungen sind das heutige
Stadtgespräch
von ganz Berlin.
Allabendlich 8 Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung.
mit einem noch nie vorher
hier gezeigten mannigfaltigen
Sensations-Programm, jede
einzelne Nummer eine
Attraktion u. Schlager.
Täglich abda. 10 U. 20 Min.:
Auftreten der weltberühmten
Löwen-Dompteur
Miss Charles
mit ihren
14 wilden Löwen 14
einsig daehend
ohne Konkurrenz.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke
Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abnehmend von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Bestbewährte
gesunde
und
magen-
darmkranke
Kufek
Nahrung fürs
schwächliche,
in der Entwicklung
zurückgebliebene
Kinder.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1730L
Amt 4, 3014.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung montags 7 Uhr,
Koncert 6 Uhr. Sonnt. 6 u. 8 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Elitetag, Spezia-
litäten und Sotree der „Lustigen
Sänger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.

Königstadt-Kasino.
Dolmartscher 72 (Ecke Wexhauerstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten
bei ungünstiger Witterung i. Saale
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung
Schwanf m. Ges.
von Braune,
Mölnner, Domy, Las Mignons,
Byron u. erlöbige Spezialitäten.
Anf. montags 8, Sonntags 5 Uhr.

Puhlmann's Theater
Schauspielhaus Allee 145
Kastanien-Allee 27/28
Goldene Jugend.
Ausstattungs-Operette
von Walter Gerde
Sotree
12 erstklassige Spezialitäten.
Affen-Pantomime.
Beginn 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Heute:
Drittletzte Sotree der
Stettiner Sänger
vor ihrer Heimreise.
Anfang
8 Uhr.
Freitag,
den 16. 7.
1. Ostspiel
Winter-
Tymian.

Ein Wink für Kranke.
Deutschland besitzt im Ramlaher Stahlbrennen einen
Heilquell ersten Ranges, der verdient, der leidenden Mensch-
heit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (Geheimer
Medizinrat Professor Dr. Hebrich.)

Tausende wurden gesund.
Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich bin 1 1/2 Jahre
sehr krank gewesen, konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte
Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen,
große Nervenschwäche, große Blutmangel und Geschwülste
in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals
wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam
meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin entzückt über
den raschen, ausgezeichneten Erfolg, den ich erzielt; habe
ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten,
alle lästigen Kopfschmerzen sind verschwunden, und die
alle Laktose lähmende Schwäche nimmt immer mehr
ab.“ — „Der Ramlaher Stahlbrennen hat mir meine
Kraft und meinen Mut wiedergegeben.“ — „Trink-
kuren im Hause waren empfindlich bei Blutmangel, Bleich-
sucht, versch. Arten von Nervenkrankheiten, Magen-
und Darmleiden, Nervenkrankheiten, Blutmangelzuständen, bei
denen eine Minderung der Blutmenge und Besserung der Blut-
beschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten
infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach über-
standenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Influenza zc.
Professoren folgendes durch: Ramlaher Stahlbrennen in
Düsseldorf S. 104.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Aga, die schwabende
Jungfrau.
Ganz Berlin zerbricht
sich den Kopf über Aga.
Alles ohne Extra-Entree.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenhöhe 13/16.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Kst. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: Elitetag.
Während und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Havemanns größte Musikschule
d. Welt. Spezialität, Konzert, Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Volkspark (früher
Landsberger Allee 80/91.)**
In der Riesen-Kunst-Arena
Sonntag, den 11. Juli:
Herausforderungs-Ringkampf
berühmter Meisterschaftsringler,
Im Volkspark-Theatergarten
Landsberger Allee 70/77:
Spezialitäten-Vorstellung u. Konz.

Neue Welt
Hasenhöhe 108/114.
Spezialitäten.
Jede Nummer
eine Attraktion.
Gr. Konzert.
Anf. 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwochs:
Erntefest.
Donnerstags:
Elitetag.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Anf. 15 Uhr. Röhre od. Schälpegrat.

Leihhaus
Goldschmuckstücke verfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28
Ecke Ritterstr.

Bekanntmachung
der Ortskrankenkasse des
Zimmerer gewerbes
zu Berlin.
Gemäß § 60 des Krankenstatuts
bringen wir hiermit den Interessenten
(Arbeitgebern und Arbeitnehmern)
zur Kenntnis, daß die durch die
Generalversammlung vom 25. April
1909 beschlossene dritte Abänderung
zum Statut die Genehmigung der
höheren Verwaltungsbehörde er-
halten hat.
Die diesbezügliche Änderung be-
trifft die §§ 10, 12, 16 und 25. Die-
selbe ist den Arbeitgebern sowie den
einzelnen bei letzteren beschäftigten
Mitgliedern im Wortlaut (Druck-
exemplar) übersandt worden.
Diese Abänderung tritt mit dem
18. Juli cr. in Kraft und kann von
den freiwilligen Mitgliedern im
Kassenlokal in Empfang genommen
werden. 4808

Der Vorstand.
A. Brunzel, E. Petermann,
Vorstehender, Schriftföhrer.

Schweizer-Garten
Ein köstlicher. Am Friedrichshain
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialitäten. D. neue Juli-
Kinematograph, Volksbelustigung.
Zed. 10 Uhr: Der Seekadet. Singpiel
in 2 Ak.
Zed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Damm's Volkspark-Theater.
Landsberger Allee 74/77 (St. Dietz).
Ab Freitag, den 16. Juli 1909:
Beginn der Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz,
worin die berühmtesten Ringler des
In- und Auslandes teilnehmen.
An dieser Konkurrenz kann sich jeder
beteiligen. — Meldungen im Bureau.
Vor d. Ringl.: Spezialität-Vorst.

A. Grimberger
Berlin N., Hussenstraße 40
Tel. Amt III. No. 4304.
Holz- u. Kohlenhandlung
Ausnahme-Preise.
Abnahme: Juni-Juli.
Beste Sektberger Marken ab
Platz von 10 Zentner an:
Prima Halbstein, Lauch-
hammer Zfr. 81 Pf.
„ Halbstein, Hays „ 85 „
„ Bockwitz-Briketts „ 80 „
„ Anna „ 87 „
„ Vulkan u. Pfämer-
schaft „ 89 „
„ In Anhalt-Kohlen-
werke „ 85 „
„ In Ilsa „ 85 „
„ Anthrazit-Cadé „ 215 M.
Koks, Steinkohlen u. Holz
zu den billigsten Tages- und Kon-
ventionspreisen.
Anlieferung frei Koller, je nach
Quantum, pro Zentner 10 bis
15 Pf. mehr.
Bei größeren Abschüssen ver-
langen Sie meinen Vertreter.

Waldmann's Jahrt-Streit.
Täglich. Kurfürstendamm 241
Rübe Zoologischer Garten.

